



**Bundesinstitut
für Bau-, Stadt- und
Raumforschung**

im Bundesamt für Bauwesen
und Raumordnung



BBSR-Online-Publikation, Nr. 12/2015

Gemeinschaftsgärten im Quartier

Impressum

Herausgeber

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im
Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR), Bonn

Projektleitung

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR)

Juliane Wagner

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)

Susanne Glöckner

Bearbeitung

stadtforschen.de – Büro für Stadtforschung, Entwicklung, Kommunikation

Dr. Ulrich Berding, Dr. Juliane von Hagen, Antje Havemann

Vervielfältigung

Alle Rechte vorbehalten

Zitierhinweise

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für
Bauwesen und Raumordnung (BBR) (Hrsg.): Gemeinschaftsgärten im Quartier.
BBSR-Online-Publikation 12/2015, Bonn, Oktober 2015.

Die von den Autoren vertretenen Auffassungen sind nicht unbedingt mit denen des
Herausgebers identisch.

ISSN 1868-0097



Liebe Leserinnen und Leser,

wer aufmerksam durch Städte und Quartiere geht, der mag sich schon über ungewöhnlich anmutende grüne Oasen gewundert haben. Ob in Baulücken, am Rande von Grünanlagen oder auf Dächern von Parkgaragen, es werden vermehrt Beete angelegt, um inmitten der Stadt Obst und Gemüse anzubauen. So außergewöhnlich diese Orte zunächst erscheinen, so alltäglich ist ihre Intention: Sie bieten den Menschen inmitten der Stadt Raum zum Anbau von Nutz- und Zierpflanzen. Und das ist nichts Unbekanntes, vielmehr hat das Gärtnern in der Stadt eine lange Tradition. In fast allen Epochen der Stadtentwicklung pflegten Menschen Gärten in unmittelbarer Nähe ihres Wohnortes. Erst in den vergangenen Jahrzehnten ist dies in Vergessenheit geraten und das Gärtnern blieb vor allem denjenigen vorbehalten, die über privaten Grund und Boden oder Zugang zu Kleingärten verfügten. Das ändert sich derzeit. In vielen Städten engagieren sich Bürgerinnen und Bürger gemeinsam und verwandeln urbane Orte in Gemeinschaftsgärten.

Hinter dem Sammelbegriff „Gemeinschaftsgärten“ verbergen sich zahlreiche Formen und Ausprägungen von Projekten, in denen gemeinschaftlich gepflanzt, gepflegt, geerntet wird. Die Vielfalt ist dabei groß. Für die einen steht der Anbau von Gemüse für den eigenen Verzehr im Vordergrund, während für andere das gemeinsame Arbeiten in der Natur, die Begegnung und der Austausch, das Lernen und Teilen sowie der verantwortungsvolle Umgang mit Ressourcen besonders wichtig sind. All diese Komponenten stellen wichtige Beiträge zur nachhaltigen Stadtentwicklung insbesondere in sozial benachteiligten Quartieren dar.

Was zeichnet die aktuellen gemeinschaftlichen Gartenprojekte genau aus? Welche Beiträge leisten sie für die Quartiersentwicklung? Welche Unterstützung benötigen diese Projekte? Diese Fragen waren Anlass für das Bundesumwelt- und -bauministerium und das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung, in einem Forschungsprojekt Gemeinschaftsgärten in Quartieren zu untersuchen und Handlungsempfehlungen für die Praxis zu formulieren. Dieser Bericht zeigt, wie groß die Bedeutung von Gemeinschaftsgärten für die Entwicklung sozial benachteiligter Quartiere ist und wie diese das Leben dort verbessern können.

Ich wünsche Ihnen eine angenehme Lektüre.

A handwritten signature in blue ink, reading 'H. Herrmann', written in a cursive, flowing style.

Direktor und Professor Harald Herrmann

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	3
Summary	8
1 Gemeinschaftsgärten in benachteiligten Stadtquartieren	13
1.1 Anlass und Ziel des Forschungsprojekts	13
1.2 Methodik und Vorgehensweise.....	14
2 Gemeinschaftsgärten im Diskurs	17
2.1 Urbane Gärten in der Geschichte	17
2.2 Begriffe und Formen von Gärten	19
2.3 Gemeinschaftsgärten in den Medien	24
2.4 Gemeinschaftsgärten im gesellschaftspolitischen Diskurs.....	25
2.5 Gemeinschaftsgärten in der Stadt- und Quartiersentwicklung.....	29
3 Ausgewählte Beispiele: Sieben Gemeinschaftsgärten in deutschen Städten.....	35
3.1 Lagen, Kontexte und Flächentypen	35
3.2 Zeitliche Perspektiven und rechtliche Rahmenbedingungen.....	36
3.3 Räumliche Strukturierung der Gemeinschaftsgärten.....	38
3.4 Organisationsformen der Gemeinschaften	40
3.5 Einmalige und wiederkehrende Kosten	41
3.6 Entstehungsanlässe und Entwicklungsprozesse	43
3.7 Akteure	45
4 Beiträge von Gemeinschaftsgärten zur Quartiersentwicklung.....	49
4.1 Orte der Produktion und des Austauschs.....	49
4.2 Orte der Begegnung, Inklusion und Teilhabe	50
4.3 Orte der Projekte, Kooperationen und Bildung.....	51
4.4 Orte des Engagements	51
4.5 Stadträumliche Relevanz	52
4.6 Orte der Nachhaltigkeit und Ressourceneffizienz.....	53
4.7 Die Bedeutung von Gemeinschaftsgärten für besondere Zielgruppen	54
5 Gemeinschaftsgärten ermöglichen und fördern	54
5.1 Fazit der Studie	54
5.2 Handlungsempfehlungen für die Praxis	56
5.3 Ausblick und Forschungsbedarf	61
Anhang	63
Kurzporträts der Fallstudien.....	63
Literatur	77
Abbildungsverzeichnis	81

Zusammenfassung

Urbane gärtnerische Aktivitäten sorgen für viel Aufmerksamkeit. Die Zahl von Projekten, in denen sich Bürgerinnen und Bürger engagieren, steigt. Dabei geht es nicht allein um den Anbau von Obst und Gemüse. Viele Aktivitäten basieren auf dem Wunsch, gemeinschaftlich aktiv zu werden, Begegnungen zu initiieren, lokale Kreisläufe zu stärken und einen Ort in der Stadt nach eigenen Vorstellungen zu gestalten. Aber auch Herausforderungen wie demographischer und Klimawandel, schrumpfende öffentliche Budgets und neue Verfügbarkeiten von Räumen verändern den Umgang mit urbanem Grün. Es wird mehr denn je als wichtige Aufgabe der integrierten Stadtentwicklung gesehen.

Ziel und Forschungsmethodik

Die zahlreichen im allgemeinen Sprachgebrauch verwendeten Bezeichnungen für urbane Gartenprojekte wie z.B. Gemeinschafts-, Nachbarschafts-, Quartiersgärten oder mobile, temporäre oder interkulturelle Gärten verweisen auf ihre verschiedenen Ausprägungen. Entsprechend unterschiedlich sind ihre Beiträge zur Verbesserung der Lebensqualität: Unter anderem werden ihnen soziale, integrative, kommunikative, bildungsrelevante, gesundheitliche, ökologische sowie klimatische Wirkungen attestiert. Außerdem stellen sie wichtige soziale Orte und in von Migration geprägten Umfeldern auch Orte der Integration dar. Nutzgärten in der Stadt sind per se nichts Neues, aber die aktuell zu beobachtende dynamische Entwicklung von gemeinschaftlichen Gartenprojekten war Anlass, „Gemeinschaftsgärten im Quartier“ genauer zu untersuchen.

Ziel der vorliegenden Untersuchung war es, die Bedeutung von Gemeinschaftsgärten für die Entwicklung insbesondere benachteiligter Quartiere zu beleuchten und Handlungsempfehlungen für die Praxis abzuleiten. Hierzu wurden zunächst Ausgangssituationen für die Entwicklung von Gemeinschaftsgärten recherchiert, ihre Beiträge zur nachhaltigen Entwicklung dieser Quartiere identifiziert und Konsequenzen für die Planung formuliert. Es wurden sieben Fallbeispiele untersucht, die sich hinsichtlich ihres Garten- und Quartierstyps, der Akteure, der Garten- und Stadtgröße unterschieden. Die gesammelten Erkenntnisse wurden mit ausgewählten Expertinnen und Experten des Themenfelds in einer Fachwerkstatt diskutiert. Schließlich wurden Empfehlungen für die Kommunen, die Länder und den Bund abgeleitet, die auch einem parallel veröffentlichten Handlungsleitfaden für die kommunale Praxis zu entnehmen sind.

Gemeinschaftsgärten im Diskurs

Gärten verschiedener Art und Ausprägung waren in allen Epochen in Städten zu finden. Sie dienten sowohl der Erholung als auch dem Anbau von Nutzpflanzen. Diese beiden Zielrichtungen sind schon im 1864 gegründeten „Schreberverein für Jugendpflege und Volksbildung“ von Bedeutung. Noch heute ist in Schreber- und Kleingartenanlagen eine Aufteilung der Gartenparzellen in Nutz- und Erholungsbereiche zu finden. Im Laufe der Jahre entwickelten sich, oft als Reaktion auf Not- oder Problemlagen, weitere Gartenarten. Inspiriert durch die in den 1990er Jahren in den dichten Städten Nordamerikas entwickelten Community Gardens gewann auch in deutschen Städten das Gärtnern auf Brachflächen an Bedeutung. Auch im Kontext von Wohnumfeldverbesserungen entstanden Gärten, in denen die nachbarschaftliche Gemeinschaft gepflegt wurde.

Im aktuellen Diskurs zu urbanen Gartenprojekten haben sich zahlreiche Begrifflichkeiten etabliert. Der Terminus des urbanen Gärtnerns hat sich mittlerweile als Sammelbegriff für neue Formen des Gärtnerns an für eine Gemeinschaft zugänglichen Orten verbreitet. Gleichmaßen ist der Begriff des

Gemeinschaftsgartens gebräuchlich geworden. In dieser Studie wurden drei wesentliche Kriterien für die Charakterisierung von Gemeinschaftsgärten zugrunde gelegt: die gemeinschaftliche gärtnerische Bewirtschaftung einer Fläche; das freiwillige, am Gemeinwohl orientierte Engagement; und die prinzipielle Offenheit und Zugänglichkeit der Gartenflächen. Die Anzahl urbaner Gartenprojekte wurde in Deutschland 2013 auf etwa 500 geschätzt. Die hierzu gezählten Gärten unterscheiden sich hinsichtlich ihrer Lagen und Kontexte, ihrer Größen und gestalterischen Ausprägungen, ihrer Entstehung und Zielsetzungen, ihrer Organisationsformen und Nutzergruppen, ihres Alters und ihrer zeitlichen Perspektiven. Diese große Vielfalt macht eine eindeutige Zuordnung zu einer bekannten Freiraumtypisierung oder -kategorie schwierig.

Ausgewählte Beispiele: Sieben Gemeinschaftsgärten in deutschen Städten

Bei der Recherche zur Auswahl der sieben Fallstudien in Berlin, Potsdam, Leipzig, Hannover, Essen, Marburg und München bestätigten sich die Erkenntnisse der Literaturschau: Gemeinschaftsgärten sind sowohl in von Wohnnutzung dominierte Bereiche als auch in gemischte und von gewerblicher Nutzung geprägte Strukturen eingebettet. Auch die baustrukturellen Merkmale ihres Umfeldes unterscheiden sich: Die im Rahmen dieser Studie untersuchten Gemeinschaftsgärten befinden sich in Blockinnenhöfen, in Zeilen- und Reihenhäusern, in Großwohnsiedlungen oder grenzen an offene Baustrukturen, die abhängig vom Umfeld jeweils von unterschiedlich zusammengesetzten Bevölkerungsgruppen bewohnt werden.

Ebenso verschieden sind auch die zeitlichen Perspektiven der Gärten. Während einige Gärten ausdrücklich als Zwischennutzung bzw. unter der Prämisse der zeitlichen Befristung entstanden, ist das Bestehen anderer Gärten gesichert. Abgesehen von einer Ausnahme ist allen Fallstudien gemein, dass es keine baurechtliche Sicherung der gärtnerischen Nutzung gibt. Entscheidend ist weniger der planungsrechtliche Status als die Nutzungsvereinbarung oder der privatrechtliche Vertrag mit den jeweiligen Eigentümern.

Obwohl das gemeinschaftliche Gärtnern bei allen Projekten im Fokus steht, unterscheiden sie sich hinsichtlich der Aufgabenverteilungen und Verantwortlichkeiten. Gemeinschaftlich zu gärtnern, bedeutet in einigen Fällen durchaus, dass alle Aufgaben von der Gartengemeinschaft bewältigt werden. In anderen Gärten gibt es Mischformen, in denen sich gemeinschaftlich durchgeführte Arbeiten und individuelle Verantwortung für die jeweilige Parzelle ergänzen.

Zudem weisen Gemeinschaftsgärten auch sehr unterschiedliche Organisationsstrukturen auf. Einige Garteninitiatoren starten als lose Initiative und agieren auch langfristig als solche, andere gründen einen Verein oder begeben sich in die Trägerschaft eines existierenden Vereins. Diese nach außen wirkenden Organisationsstrukturen spiegeln nicht unbedingt wider, wie die Gartengemeinschaften intern organisiert sind. In einigen Gärten übernehmen Honorarkräfte die organisatorischen und administrativen Aufgaben, während in anderen die Gärtnerinnen und Gärtner alle Arbeiten basisdemokratisch unter sich aufteilen.

Das Problem der notwendigerweise anfallenden Kosten – beispielsweise für die Wasserversorgung – löst sich in den untersuchten Projekten auf unterschiedliche Weise: In einigen Projekten leisten Kommune oder Sponsoren finanzielle Unterstützung, in anderen Gärten entrichten die Mitglieder Beiträge, werben Fördermittel ein oder generieren selber Einnahmen.

Auch bezüglich ihrer Entstehung und Entwicklung unterscheiden sich Gemeinschaftsgärten voneinander. In vielen untersuchten Projekten ging die Gründungsinitiative von Menschen aus, die selber gerne gärtnern. In anderen Fällen erkannten bildungsnahe Gruppen in Leerständen Chancen für die

Gestaltung ihres Lebensumfeldes und motivierten zum Mitmachen. In zwei Fällen war schon die Entstehung der Gärten dem Engagement kommunaler Akteure zu verdanken. Von sieben untersuchten Gärten besteht nur einer komplett ohne kommunale Unterstützung bzw. Kenntnis.

Vielfältig ist auch das Spektrum der Akteure, die zur Entstehung und zum Betrieb der Gärten beitragen. Zu den wichtigsten zählen – oft mit gegenseitigen Überschneidungen – die Gründer und Initiatoren sowie die Gemeinschaft der aktiv Gärtnernden. Hinzu kommen neben den Flächeneigentümern die Vertreter kommunaler Verwaltungsressorts sowie Kooperationspartner beispielsweise aus Bildungs- oder Betreuungseinrichtungen. Der Kreis der gärtnernden Gemeinschaft bildet sich zumeist – aber nicht ausschließlich – aus den Bewohnern des unmittelbaren Gartenumfeldes und entwickelt sich oft sehr dynamisch: Im Laufe der Zeit kommen Interessierte dazu und bleiben entweder langfristig dabei oder beenden ihre Mitarbeit nach einiger Zeit wieder. Je nach Umfeld prägen einige Gärten vor allem Menschen mit Migrationshintergrund, während in anderen Gärten Studenten, Freiberufler, Arbeitslose oder Rentner aktiv sind.

Beiträge von Gemeinschaftsgärten zur Quartierentwicklung

Gemeinschaftsgärten als Orte der Produktion und des Austauschs, der Begegnung und Inklusion, der Kooperationen und Bildung bilden besondere Nuklei in Quartieren. Sie haben das Potenzial, in Ergänzung zu anderen Angeboten und Strukturen, einen wichtigen Beitrag zur Quartiersentwicklung zu leisten. Die Fallstudien zeigen, dass Gemeinschaftsgärten vielfältige sozialräumliche Ausstrahlungseffekte haben können: Die Gärtner entwickeln häufig ein neues Gemeinschaftsgefühl, Perspektiven für die Gestaltung des eigenen Lebens, und die Betätigung im Garten motiviert zu weiterem Engagement im Stadtteil.

Obwohl in vielen Gärten auch Zierpflanzen zu finden sind, steht der Anbau von Obst und Gemüse für den eigenen Bedarf im Vordergrund. Für viele Gärtner ist die Erntezeit die wichtigste Zeit. Neben dem eigenen Verzehr bietet die Ernte Anlass, sich auszutauschen, bei der Verarbeitung zusammenzuarbeiten und voneinander zu lernen sowie die Möglichkeit, etwas zu „geben“ und Gastgeber sein zu können. Das gemeinschaftliche Tun fördert Begegnungen, Austausch und Kommunikation. Oft kommen Menschen zusammen, die ansonsten eher von Ausgrenzung, Benachteiligung und schwierigen Lebensperspektiven betroffen sind. Wenn auch nicht in allen Gemeinschaftsgärten Menschen unterschiedlicher Herkunft und Hintergründe zusammenfinden, dienen sie dennoch innerhalb verschiedener Milieus als wichtige Begegnungsorte.

Darüber hinaus tragen viele Gärten mit außergewöhnlichen Aktivitäten zur Entwicklung von benachteiligten Quartieren bei – seien es Veranstaltungen mit Kindern und Jugendlichen oder jährlich wiederkehrende Festivitäten, zu denen Menschen aus dem Quartier eingeladen werden. Mit der Öffnung zu Quartier und Stadt sollen Menschen angesprochen werden, die bisher nicht im Garten aktiv waren. Auf diese Weise werden Gemeinschaftsgärten zu „Draußen-Stadtteilzentren“, in denen Begegnung möglich ist und Bildung erworben wird, in denen Arbeit und Teilhabe sowie Selbstorganisation und Demokratie praktiziert werden.

Gemeinschaftlich angelegte und genutzte Gärten sind von einer Gemeinschaft gestaltete Räume, die zwar allen Interessierten offen stehen, aber zunächst einer gegenseitigen Annäherung bedürfen. So bilden sie besondere Freiräume, die das städtische Gefüge ergänzen. Inwieweit die gärtnerische Aneignung auch als gestalterische Bereicherung verstanden werden kann, hängt von individuellen Vorstellungen ab. Dort, wo gärtnerische Nutzungen illegale Müllablageplätze in Grünräume verwandelt haben, wird jeder von einer Aufwertung sprechen. Wer bei diesen Nutzgärten an eine eher bürgerli-

che Hausgartenästhetik denkt, wird irritiert sein. Die Experimentierfreude der ehrenamtlich Engagierten in Verbindung mit stark begrenzten Mitteln und dem Leitgedanken nachhaltiger Ressourcenverwendung lässt Freiräume entstehen, die ganz bewusst tradierten Bildern von Grün in der Stadt widersprechen.

Vor allem Kindern und Jugendlichen in benachteiligten Quartieren bieten Gemeinschaftsgärten naturnahe, unbebaute und sichere Aufenthaltsorte. Es sind gleichzeitig Orte für Projekte und Aktivitäten, die Kinder und Jugendliche verschiedener Altersgruppen gezielt ansprechen und ihnen Themen im Kontext von Natur nahebringen. Auch für Migrantinnen und Migranten sind Gärten als Orte der Begegnung und des gemeinschaftlichen Arbeitens von besonderer Bedeutung. Viele können dort an heimatische Traditionen anknüpfen, ihr Wissen anwenden und weitergeben, kommen in Kontakt mit anderen Menschen im Quartier und werden angeregt, die deutsche Sprache zu erlernen.

Fazit und Handlungsempfehlungen

Die vorliegende Studie hat gezeigt, dass Gemeinschaftsgärten in ihrer großen Vielfalt wichtige Beiträge zur Entwicklung insbesondere von benachteiligten Quartieren leisten. Vor diesem Hintergrund empfiehlt es sich von kommunaler, Länder- und Bundeseite, die Entstehung und Erhaltung von Gemeinschaftsgärten zu unterstützen. Insbesondere in benachteiligten Quartieren ist dies wichtig, da hier die Beiträge der Gärten zur Quartiersentwicklung von besonderer Bedeutung sind, aber die Akteure vor Ort allein nicht immer in der Lage sind, die zahlreichen organisatorischen und rechtlichen Herausforderungen zu meistern.

Der ungewöhnlichen Natur von Gemeinschaftsgärten ist es geschuldet, dass sich die Projekte selten in bestehende Freiflächen-Kategorien einordnen lassen. Sowohl ihre Organisationsformen als auch die Aktivitäten, die sie anbieten, sind schwierig herkömmlichen Förderstrukturen, -maßnahmen und Genehmigungsprozessen zuzuordnen. Vor diesem Hintergrund empfiehlt es sich, auch unkonventionelle Wege der Unterstützung und innovative Arten der Zusammenarbeit – beispielsweise auch mit Kleingartenvereinen – zu erwägen. Urbane Gärten bieten die Chance, zu Laboren für innovative Ansätze zur Unterstützung zivilgesellschaftlichen Engagements zu werden.

Der Bund kann zuvorderst die Gemeinschaftsgärten als Projekte würdigen und ausdrücklich wertschätzen, die auf vielfältige Weise zur positiven Entwicklung von Quartieren beitragen. Direkter kann der Bund auf die Entwicklung einwirken, indem er bestehende Förderprogramme dahingehend anpasst, dass Gärten über einen so langen Zeitraum Unterstützung erhalten, wie es für die Entfaltung ihrer quartierswirksamen Wirkung notwendig ist. Förderstrukturen sollten so angelegt sein, dass neben investiven Maßnahmen auch der Einsatz von Personal langfristig plan- und kalkulierbar wird. Darüber hinaus kann der Bund aktiv Kooperationen zwischen Kleingärten und Gemeinschaftsgärten anregen, um Synergieeffekte dieser beiden urbanen Gartenaktivitäten nutzbar zu machen. Hier könnte auch eine entsprechende Ausweitung des Bundeskleingartengesetzes sinnvoll sein. Außerdem sollten auf Bundeseite auch Optionen für andere Arten der planungsrechtlichen Sicherung von urbanen Gartennutzungen diskutiert werden.

Auch auf Landesebene sollten Gemeinschaftsgärten als wertvolle zivilgesellschaftliche Projekte anerkannt werden. Um die partizipativen Strukturen der Gärten zu verstetigen, sollten Länder und Akteure in einen Dialog über Ansätze für neue Unterstützungsstrukturen treten. Zudem sollten die Länder Gemeinschaftsgärten als ressortübergreifende Projekte anerkennen, in denen die Themenfelder Stadtentwicklung, Soziales, Bildung, Integration, Umwelt und Gesundheit von Bedeutung sind. In Konzepten und Planungen zur nachhaltigen Stadtentwicklung sollten Gemeinschaftsgärten zu festen

Bestandteilen werden. Je nach Zielsetzung und Maßstab der Konzepte sollten Flächen für Gärten identifiziert sowie Ideen zur Initiierung von Projekten integriert werden. Auch auf Länderebene empfiehlt sich ein Austausch untereinander, da in verschiedenen Regionen unterschiedliche Erfahrungen mit Gärten und deren Einbindung in die Quartiersentwicklung gemacht wurden.

Da die Entwicklung und das Gelingen von gemeinschaftlichen Gartenprojekten sehr von lokalen Rahmenbedingungen abhängen, bieten sich für Kommunen unterschiedliche Unterstützungsmöglichkeiten. Im Rahmen des in diesem Projekt erarbeiteten Handlungsleitfadens wird aufgezeigt, dass auch Kommunen zunächst die positiven Beiträge von Gemeinschaftsgärten zur Quartierentwicklung kommunizieren müssen. Des Weiteren wird empfohlen, konkrete kommunale Ansprechpartner zu benennen, die als zentrale Anlaufstelle für gründungsinteressierte Gärtnerinnen und Gärtner agieren und die ressortübergreifende Kommunikation begleiten. Gemeinschaftsgärten sind als ressortübergreifende Angelegenheiten zu begreifen, die mit allen projektrelevanten Abteilungen thematisiert werden sollten. Gleichmaßen empfiehlt sich ein Austausch mit den zivilgesellschaftlichen Akteuren, die in verwandten Themenfeldern tätig sind.

Trotz vielfältiger Erkenntnisse, die in dieser Studie gewonnen werden konnten, bleiben weitere Fragen offen, so z.B. nach dem Zusammenhang zwischen Zeit und Wirkung, also wie viel Zeit Gartenprojekte mindestens benötigen, um quartiersrelevante Wirkung zu erzielen. Ebenso offen sind die Fragen, welche Möglichkeiten und Rahmenbedingungen zur planungsrechtlichen Sicherung von Gemeinschaftsgärten existieren und mit welchen Ansätzen Gartenprojekte stadtgestalterisch integriert werden können.

Summary

Urban gardening activities attract a lot of attention. The number of projects in which citizen get involved in not only cultivating fruits and vegetables but in deeper community initiatives is growing every year. A lot of garden activities are based on the desire to engage collaboratively, to initiate encounters, to strengthen local cycles, and to shape the city according to one's own ideas. Challenges such as demographic shifts and climate change, shrinking public budgets and availability of new public spaces are changing the way the urban green spaces are handled. More than ever, these processes are seen as a vital element of integrated urban development.

Objectives and Research Methods

The terms for urban garden projects used in the general language are as numerous as they are varied. For example 'community', 'neighborhood', 'mobile', 'temporary' or 'intercultural garden' refer to their different characteristics. Accordingly their contributions to improving the quality of life vary from project to project: Among other qualities, there are proven social, integrative, communicative, education and health related, ecological and climate-related effects. In addition they constitute important social locations and in migration influenced contexts places of integration. Fruit and vegetable gardens in their traditional sense are nothing new, however the recent emergence of a range of new dynamic community garden projects was the motivation behind the study of "Community Gardens in Neighborhoods" more in detail.

The objective of this study was to analyze the importance of community gardens in the development of disadvantaged neighborhoods, and to derive recommendations for action in the communal practice. To do so, the starting point for the development of each of the community gardens were researched, their contributions to sustainable neighborhood development identified, and consequences for their planning derived. Seven cases were studied which differ in their type, neighborhood context, actors and stakeholders, size, and town. The results gathered were discussed with selected experts in a workshop environment to draw a number of key conclusions about the current situation and future direction for Community Gardens. Based on these conclusions, recommendations were presented in a brochure for use by local, state and federal government agencies. These recommendations were published with guidelines specific for the local government context in parallel to this report.

Community Gardens in Discourse

Gardens of different kind and characteristics have been a part of cities throughout history. They served as locations for recreation as well as the cultivation of useful plants. These two goals were already important in the "Schreber Association for Youth Care and National Education" founded in 1864. From that time on, the parcels of Schreber (or 'allotment gardens') have been divided into areas for recreation and agricultural activities. Over the years, new kinds of gardens evolved in response to changing needs or reactions to emergencies. Inspired by the community gardens of the dense North American cities, gardening on brownfield sites gained relevance in German cities. These gardens were closely linked to the emergence of neighborhood improvement projects as they were seen to be beneficial to residential communities.

Several terms were established in the current discourse on urban gardening. The German term '*urbanes Gärtnern*' (urban gardening) came to represent a collective term for several forms of gardening

in locations accessible to groups of people. Similarly, the term '*Gemeinschaftsgarten*' (community garden) became increasingly commonplace. In this study three central criteria were used to identify community gardens: firstly, the communal cultivation of a site; secondly, the voluntary engagement for public welfare; and finally, the garden's general openness and accessibility for the community. In 2013 the number of urban garden projects in Germany was estimated at approximately 500. These gardens all differed in respect to their locations and contexts, their sizes and designs, their development and goals, their forms of organization and user groups, and their ages and perspectives. The varied nature of these gardens presented a significant challenge for classification into known open space categories.

Selected Examples: Seven Community Gardens in German Cities

Seven case studies from Berlin, Potsdam, Leipzig, Hannover, Essen, Marburg and Munich were selected to give a broad insight into the German context. Following the extensive field work and re-search of these case studies, key findings from literature study were confirmed; firstly community gardens are embedded in housing dominated areas as well as mixed use or commercially used structures. Secondly the characteristics of their building structure differ: the gardens studied in this project lie in inner block areas, in '*zeilen*' or '*reihen*' structures, in high rise residential developments or adjoin open building structures. Similarly manifold are the perspectives of the gardens. While some exist as interim or temporary uses, others are secured in their long-term existence. Other than one exception, all case studies have one key point in common: their garden uses are not secured by planning or building law. Hence, the individual agreement or contract with the owner of the lot is of paramount importance rather than the site's status according to planning law.

Although communal gardening is the focus of all the case study projects, they differ in the way tasks and responsibilities are shared. In some cases, 'communal gardening' means that all tasks are shared by the entire group of gardeners. In other cases strategies to collectively manage tasks are combined with individual responsibilities for certain parcels of land.

In addition to this, community gardens have different organizational structures. Some garden initiators start as a loose group and act as such for an extended period of time, while others found a not-for-profit association or work closely with an existing association. The organizational structures visible from outside do not necessarily reflect how the community of gardeners is organized internally. For example, in some gardens honorary personnel manage organizational and administrative tasks, while in other gardens the members of the group share the entire work among themselves.

The problem of costs occur in most gardens. For example, the budgeting for water supply to the garden is common across the case studies however the problem is solved in different ways. In some projects, cities or sponsors offer financial support, while in other cases the members of the garden community pay fees, acquire external funding or generate income themselves.

The emergence and development of the community gardens also differ. In many of the case studies the initial idea came from people who like to garden themselves. In other cases citizens with an academic background saw empty spaces as opportunities to shape their living environment, and motivated others to participate. In two case studies the development of the garden goes back to the engagement of communal actors. Of the seven garden projects analyzed, only one was founded and continues to be run without any support (or even recognition) from local government.

The spectrum of actors who contribute to the emergence and operation of the gardens also varies greatly. Among the most important are (often mutually overlapping) the founders and initiators as well

the active gardeners. To be added to this list are the landowners, representatives of local government agencies, and cooperating partners such as educational or welfare institutions. The circle of the gardening community usually emerges from the residents of the surrounding neighborhood, and is often quite dynamic. For example interested people join the group, and stay short-term or long-term depending on their interest or situation. Depending on their context, several gardens are mainly frequented by migrants while in other projects students, free lancers, unemployed or retired persons dominate.

Contributions of Community Gardens to the Development of Neighborhoods

Community gardens as places of production and exchange, of encounter and inclusion, of cooperation and education play a special role in neighborhoods. They have the potential, in addition to other offerings and structures, to make an important contribution to the development of the neighborhood. The case studies have proven that community gardens have various positive effects on social spaces in cities: Gardeners develop a new feeling of cohesiveness, perspectives for shaping their own life, and the engagement in the garden motivates to engage further in the neighborhood.

Although in many gardens also decorative plants and flowers can be found, the focus lies on cultivating fruits and vegetables to meet personal needs. For several gardeners, the harvesting time is the most important time. Next to the personal consumption, the harvest gives the opportunity to exchange goods, to cooperate in processing the food, to learn from each other, and the opportunity "to give" and to be a host. The work involved in 'the harvest' fosters new encounters, exchanges and communication. It allows people to come together that may otherwise be dealing with social exclusion, discrimination or personal hardships. Even though not in all gardens include people of different descent and backgrounds, the projects serve as important meeting points for different demographic groups.

Furthermore, many gardens contribute to the development of a disadvantaged neighborhood by offering unusual activities such as events for children and teenagers and annual festivals for the residents of the wider neighborhood. Community gardens have the potential to reach out to excluded or unengaged residents and get them interested in their neighborhood. In doing so, community gardens become 'outdoor neighborhood centers' in which education, participation, self organization and democracy are practiced.

Communally developed and used gardens are spaces shaped by a community that is open to any interested parties, however asks for a mutual commitment. Hence, gardens constitute special open spaces that positively contribute to the urban fabric of the city. Whether the use of a lot as a garden is seen as an aesthetic enrichment depends on the individual perspective. In cases where gardens have turned wasteland into green spaces, most consider it a vast improvement. However people who have the aesthetics of a private garden in mind, may not see it as a positive improvement. The gardeners' joy of experimenting, combined with the availability of limited means, and the idea of sustainable use of resources lead to open spaces that deliberately contradict traditional images of 'green spaces' in the city.

This is particularly true for children and teenagers, where community gardens offer natural, unbuilt and safe spaces. They are at the simultaneously locations for projects and activities, specifically attracting children and teenagers of different age groups, and an opportunity to gain an understanding of several topics related to nature. Gardens are also of importance for migrants as places for encounter and working together. Many migrants can relate to tradition from home, can apply their knowledge,

get in touch with people in the neighborhood, and are motivated to learn the German language in a situation that is comfortable and fun.

Conclusion and Recommendations

This study has shown that the variety of community gardens contribute substantially to the development particularly of disadvantaged neighborhoods. Against this background we recommend local, state and federal agencies to foster the emergence and development of community gardens. This is especially important in disadvantaged neighborhoods where gardens are of special importance and local actors are often unable to cope with various organizational and legal challenges unaided.

Due to the varied and unique nature of community gardens, projects can rarely be assigned to existing open space categories. Their organizational structures, as well as the activities they offer, make it difficult to assign them to subsidy structures, and approval processes. Against this backdrop, it is recommended to investigate opportunities for pursuing unconventional ways of support as urban gardens offer the opportunity to become laboratories for supporting civil engagement in innovative ways.

First and foremost, the federal state should value community gardens as projects that positively contribute to the development of neighborhoods in range of ways. More directly, federal agencies can influence the development of urban gardens by adjusting subsidy programs to the extent that they support gardens long enough for them to develop to a sustainable level that the benefits to the wider neighborhood can begin to be experienced. Subsidy structures should also allow a long term and calculable engagement of personnel in addition to material investments. In addition, federal agencies can actively instigate and foster cooperation between allotment garden associations and community gardens. To do so, a possible revision of the German Allotment Garden Law should be discussed. Federal agencies should also investigate what other means for securing garden uses in German planning law.

Furthermore, state agencies need to value community gardens as valuable civic projects. In order to maintain the participative structures of gardens, actors from state agencies and project gardens should enter into a dialogue on how best to support these structures. In addition, states agencies should acknowledge gardens as interdisciplinary projects in which aspects of social development, education, integration, environment and health are relevant. Community gardens should also become a key component in concepts and plans for sustainable urban development. Depending on the goal and scale of a strategy, areas for gardening should be identified, and ideas outlined for how projects can be initiated. Following this, it is recommended to engage in an exchange of ideas, as different areas have experienced different challenges in the implantation of gardens.

Since the development and the success of community garden projects depend on local conditions, the approach by cities to support them should vary accordingly. The guidelines for support from the local authority developed as part of this project show that cities must also understand and communicate the positive effects of gardens on urban development. In addition, it is recommended that a representative of a city is nominated to act as a central contact person for people interested in starting a garden project, and who is responsible for fostering communication between different local departments. Community gardens should be acknowledged as interdisciplinary projects that need to be supported by all project related departments. Likewise, it is recommended that cities establish an exchange partnership with civic actors that are engaged in related fields.

Despite the diverse findings of this study, several questions remain open, for example the relationship between garden establishment timeframes and outcomes for the neighborhood; and questions what

possibilities exist to legally secure garden uses, and what ideas there are to improve the visual integration of gardens into their contexts.

1 Gemeinschaftsgärten in benachteiligten Stadtquartieren

»Das urbane Gärtnern wird unsere Städte verändern, und nicht nur sie.«

Martin Rasper (2011)

1.1 Anlass und Ziel des Forschungsprojekts

Urbane gärtnerische Aktivitäten sorgen derzeit für viel Aufmerksamkeit. Nicht nur in Metropolen wie New York City, London oder Paris entstehen produktive Gärten inmitten dichter urbaner Strukturen. Auch in deutschen Städten wächst die Zahl von Projekten, in denen sich Bürgerinnen und Bürger engagieren, um auf ungewöhnliche Art und an ungewöhnlichen Orten Gemeinschaftsgärten zu entwickeln. Dabei geht es nicht allein um den Anbau von eigenem Obst und Gemüse. Viele gärtnerische Aktivitäten basieren auf dem Wunsch, im urbanen Wohnumfeld naturnahe Orte zu schaffen, gemeinschaftlich gärtnerisch aktiv zu werden, Begegnungen zu initiieren, zu teilen, lokale Kreisläufe wieder zu stärken, also ein Stück Stadt nach eigenen Vorstellungen zu gestalten und zu qualifizieren.

Diese Ansätze des gemeinschaftlichen Arbeitens, des Teilens, des sensiblen Umgangs mit Ressourcen ist nicht nur in urbanen Gärten zu finden. Auch Projekte zum CarSharing, Fahrradverleih, Repair Cafés, Tauschbörsen oder Aktionen, in denen Fähigkeiten und Kenntnisse zum Haushalten, Handarbeiten und Handwerken wieder erlernt werden, verweisen auf ein Umdenken vieler Menschen. Sie sehen uneingeschränkten Konsum und Ressourcenverbrauch zunehmend kritischer und suchen und erproben alternative Wege und Lebensweisen.

Auch in der Stadt- und Grünraumplanung verlangen aktuelle Herausforderungen nach neuen Ideen und Ansätzen. So beeinflussen stadtstruktureller Wandel, demographische Entwicklungen, Klimawandel, neue Nutzungsbedürfnisse und neue Formen der Beteiligung und Kooperation auch den Umgang mit urbanem Grün. Schrumpfende kommunale Budgets, aber auch schrumpfende Stadtstrukturen mit neuen Verfügbarkeiten von Räumen einerseits und nachlassenden Nutzungsintensitäten andererseits verlangen an vielen Orten nach neuen Strategien zur Qualifizierung von Freiräumen. Andernorts entstehen neue Herausforderungen durch zunehmendem Entwicklungsdruck und dem daraus resultierenden Druck auf unbebaute Räume. Urbanes Grün wird mehr denn je als wichtiger Bestandteil von Stadtlandschaften und damit als Aufgabe der integrierten Stadtentwicklung gesehen.

Immer häufiger werden Stadt- und Grünräume auch als „Ko-produkt“ (vgl. Berding et al. 2010, 9) verschiedener Akteure anerkannt – sie unterliegen also nicht ausschließlich kommunaler Verantwortung und Verfügung. Wie dabei das Zusammenspiel der unterschiedlichen Akteure zu gestalten ist und welche Akteursgruppen welche Beiträge einbringen können, ist weiterhin Gegenstand vieler Auseinandersetzungen. So leisten zum Beispiel Unternehmen der Wohnungswirtschaft als zentrale Akteure in Quartieren wichtige Beiträge zur Entwicklung und Gestaltung von Stadt- und Grünräumen. Aber auch zivilgesellschaftliche Gruppierungen rücken in den Fokus: über Patenschaften für Baumscheiben im Kleinen bis zur Überlassung größerer Areale zum Gärtnern. Die Suche nach tragfähigen Konzepten zur Ko-produktion von Stadt- und Grünräumen hält an. Es sind viele unterschiedliche Ansätze in Erprobung. Dazu zählen auch urbane Gemeinschaftsgärten.

Die Bezeichnungen unterschiedlicher Projekte als Gemeinschaftsgärten, Nachbarschaftsgärten, Quartiersgärten, Bürgergärten, Generationengärten, mobile, temporäre oder interkulturelle Gärten verweisen auf die vielfältigen Ausprägungen dieser urbanen Gartenaktivitäten. Als Orte, an denen nicht nur gemeinsam gegärtnert, sondern Projekten und Aktivitäten unterschiedlicher Art Raum gege-

ben wird, stellen urbane Gärten ernstzunehmende Beiträge zur nachhaltigen Entwicklung von Quartieren dar. Insbesondere in benachteiligten Nachbarschaften können sie die Lebensqualität der Bewohnerinnen und Bewohner verbessern helfen. Sie ermöglichen den Menschen Zugang zu einem Stück Freiraum in der Stadt, zu einem Ort für Erholung und Aufenthalt an frischer Luft, sie geben ihnen die Chance, Nahrungsmittel für den eigenen Verzehr anzubauen, was insbesondere für viele Migrantinnen und Migranten bedeutet an heimatliche Traditionen anknüpfen zu können. Gärten bieten aber auch Gelegenheiten zur Begegnung, zum Austausch und zu gemeinschaftlichen Aktivitäten. Damit stellen sie wichtige soziale Orte und in von Migration geprägten Umfeldern insbesondere auch Orte der Integration dar. Die vielfältigen Wirkungen gemeinschaftlicher Gartenprojekte werden also aus verschiedenen Perspektiven diskutiert. Unter anderem werden ihnen soziale, integrative, kommunikative, bildungsrelevante, gesundheitliche, ökologische sowie klimatische und damit für die Quartiersentwicklung relevante Wirkungen attestiert.

Nutzgärten in der Stadt sind per se nichts Neues. Urbanes Gärtnern, insbesondere in den klassischen Kleingartenanlagen, hat in Deutschland eine lange Tradition. Aber die aktuellen gemeinschaftlichen Gartenprojekte verfolgen neben dem Anbau von Obst und Gemüse für den eigenen Verzehr auch andere Ziele. Welche sind das genau? Es stellen sich folgende Fragen: Was kennzeichnet die aktuellen Gemeinschaftsgärten? Welche Ziele verfolgen die Gärtnerinnen und Gärtner mit ihren Aktivitäten? Welche Beiträge können Gemeinschaftsgärten zur Entwicklung insbesondere benachteiligter Quartiere leisten? Welche Rolle können die Gartenprojekte im städtischen Freiraumgefüge zukünftig einnehmen?

Die Bedeutung urbaner gemeinschaftlicher Gartenaktivitäten für die Stadt- und Quartiersentwicklung ist bisher nicht umfassend betrachtet, ebenso wie die Beiträge zur Entwicklung benachteiligter Quartiere bislang nicht thematisiert worden sind. Die derzeitige dynamische Entwicklung und Zunahme von Gartenprojekten in zahlreichen Städten der Bundesrepublik Deutschland gibt Anlass, „Gemeinschaftsgärten im Quartier“ genauer zu untersuchen. Das gleichnamige Forschungsprojekt zielt darauf ab, herauszufinden, aus welchen Motiven sich Bürgerinnen und Bürger vermehrt dem Gärtnern in der Stadt widmen, welche Beiträge diese gemeinschaftlichen Projekte zur Verbesserung der Lebensqualität insbesondere in benachteiligten Quartieren leisten und welche Konsequenzen daraus für die Planung und Gestaltung unserer Städte abzuleiten sind.

1.2 Methodik und Vorgehensweise

Ziel des Forschungsprojekts „Gemeinschaftsgärten im Quartier“ war es, die Rolle und Bedeutung von Gemeinschaftsgärten für die Stadtentwicklung insbesondere benachteiligter Quartiere zu erörtern und Handlungsempfehlungen abzuleiten, wie die kommunale Planung die Verstetigung existierender und die Entwicklung neuer Projekte sowie die Kommunikation wertvoller Erfahrungen befördern kann.

Diese Zielsetzung bedingte mehrere aufeinander aufbauende Arbeitsschritte. Zunächst wurden die Ausgangssituationen für die Entwicklung von Gemeinschaftsgärten recherchiert sowie die beteiligten Akteure, die Rahmenbedingungen und die gemeinschaftsbildenden Aktivitäten erfasst. Anschließend wurden die Beiträge identifiziert, die Gärten und die darin stattfindenden Aktivitäten zur nachhaltigen Entwicklung insbesondere benachteiligter Quartiere leisten. Schließlich wurden mögliche Konsequenzen für Planung und Steuerung erörtert sowie Handlungsempfehlungen für Bund, Länder und Kommunen formuliert.

Dabei waren folgende Gruppen von Forschungsfragen leitend:

- Welche Ansätze und Formen urbanen Gärtnerns werden verfolgt? Was kennzeichnet Gemeinschaftsgärten? Was für Orte stellen sie in Quartieren dar?
- Welche Ziele verfolgen die Gärtnerinnen und Gärtner? Wer sind die Nutzerinnen und Nutzer von Gemeinschaftsgärten? Auf welche Entwicklungs- und Entstehungsprozesse gehen Gärten zurück?
- Welche räumlichen, rechtlichen, finanziellen und akteursbezogenen Rahmenbedingungen sind notwendig, um Gemeinschaftsgärten als kooperative Projekte zu entwickeln und zu erhalten? Wie ist die Interdependenz der Akteure gestaltet?
- Welche Beiträge leisten Gemeinschaftsgärten zur sozialen, integrativen, stadträumlichen und ökologischen Quartiersentwicklung? Was für Orte stellen Gemeinschaftsgärten im urbanen Gefüge dar? Mit welchen Akteuren im Quartier kooperieren Gärtnerinnen und Gärtner?

Basierend auf einer Literatur- und Dokumentenauswertung wurde zunächst die Auswahl von Fallstudien erarbeitet. Aus einer großen Zahl möglicher Fallbeispiele wurden folgende sieben Gemeinschaftsgärten ausgewählt, die sich hinsichtlich ihres Quartierstyps, des Gartentyps, der beteiligten Akteure, der Gartenfläche und Stadtgröße unterschieden:

- Berlin-Neukölln: Nachbarschaftsgarten Prachttomate
- Essen-Katernberg: Bunte Gärten Alte Kirchstraße e. V.
- Hannover-Sahlkamp: Internationaler Spessartweggarten
- Leipzig-Lindenau: Nachbarschaftsgärten Josephstraße
- Marburg-Stadtwald: Interkulturelle Gärten Stadtwald
- München-Neuperlach: ZAK Bewohnergärten
- Potsdam-Schlaatz: Integrations- und Internationaler Schulgarten

Durch Dokumentenrecherchen, Ortsbesuche, Akteursgespräche, teilnehmende Beobachtungen und Fotodokumentationen wurden relevante Informationen zu den Gärten und ihren Quartiers-Umfeldern erfasst und ausgewertet. Die Erkenntnisse der Literatur- und Fallstudienanalysen wurden mit ausgewählten Akteuren aus den Fallstudien-Projekten und -Städten sowie ausgewiesenen Expertinnen und Experten des Themenfelds diskutiert. Dazu kamen im Herbst 2013 insgesamt 23 Fachleute aus kommunalen Verwaltungen, Ministerien, einem regionalen Verband, einer Stiftung, Initiativen, Stadtteilvereinen und der landschaftsplanerischen Praxis zu einer ganztägigen Fachwerkstatt im Bürgerhaus am Schlaatz in Potsdam zusammen.

Unter Berücksichtigung der in der Fachwerkstatt gewonnenen Anregungen wurden schließlich Empfehlungen für die Kommunen, die Länder und den Bund abgeleitet. Diese sind nicht nur dem vorliegenden Bericht zu entnehmen, sondern auch einem parallel erstellten Handlungsleitfaden, der explizit an die kommunale Praxis gerichtet ist (siehe BBSR-Sonderveröffentlichungen; www.bbsr.bund.de). Dieser fasst die wichtigsten Empfehlungen für die Entwicklung, Erhaltung und Begleitung von Gemeinschaftsgärten zusammen.

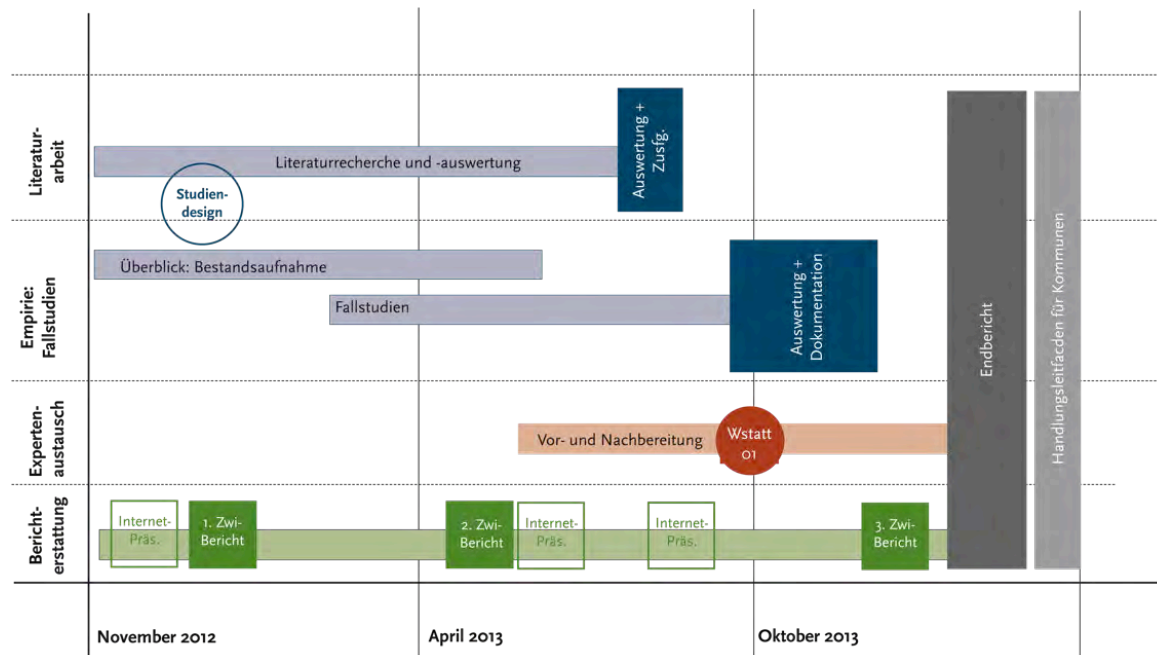


Abbildung 1: Projektablauf



Abbildung 2: Fachwerkstatt in Potsdam, 25. September 2013

2 Gemeinschaftsgärten im Diskurs

2.1 Urbane Gärten in der Geschichte

Grün in Städten hatte schon immer zwei Funktionen: Zum einen dienten Gärten und Parks zur Erholung und zum anderen sind Grünräume Orte des Nutzpflanzenanbaus und der Nahrungsmittelproduktion gewesen. Obwohl mit zunehmender Industrialisierung auch der Nahrungsmittelproduktion die Rolle von Nutzgärten für die Versorgung mit Lebensmitteln abnahm, hat es sie weiterhin gegeben.

Schon aus dem antiken Rom sind gärtnerische Aktivitäten bekannt – so pflegten bereits die Römer „zu ihrem Nutzen und ihrer Ergötzung den Gartenbau“ (Heckmann 2001, 124). Obwohl die Germanen sicherlich schon einen zum Haus gehörenden Freiraum kannten, erwähnt erst Karl der Große den „Garten“ im engeren Sinne in seiner „Capitulare de villis vel curtis imperii“. In dieser Vorschrift machte er den Krongütern detaillierte Vorgaben zu Ackerbau, Viehzucht und Gartenbetrieb. Für Klöster wurde die Vorschrift zur Anlage von Gärten verpflichtend, wovon der Klosterplan für St. Gallen von 820 mit seinen detaillierten Plänen zu Obst-, Gemüse- und Heilmittelgärten zeugt. Die Konzentration auf Gebet und Arbeit machte die Mönche zu fleißigen und experimentierfreudigen Gärtnern, die sich für die Heilkraft der Kräuter sowie die Nährkraft und den Wohlgeschmack von Obst und Gemüse interessierten (Heckmann 2001, 132).

Blickt man in die folgende Geschichte von Städten und ihren grünen Freiräumen, wird deutlich, dass das Wort Garten unterschiedliche Dinge beschrieben hat. Ursprünglich bezeichnete das mittelhochdeutsche Wort „garto“ ein umzäuntes, eingefriedetes Gehege. Dazu zählten in verschiedenen Epochen die großen, repräsentativen Garten- und Parkanlagen von Wohlhabenden und Adeligen, die deren Kreisen zur Erholung und Erbauung dienten. Gleichzeitig bezeichnete man mit Gärten aber auch Flächen, auf denen Menschen Nutzpflanzen zur eigenen Versorgung anbauten. Demnach verhelfen weder die Art und Weise der Nutzung noch die Art der Bepflanzung zur eindeutigen Abgrenzung des Gartenbegriffes. Auch die Zugänglichkeit der Anlagen ist kein Unterscheidungskriterium, denn spätestens mit der Öffnung der oben genannten vormals königlichen oder fürstlichen Gartenanlagen für die allgemeine Bevölkerung im 19. Jahrhundert, bezeichnet das Wort „Garten“ auch öffentlich zugängliche Grünanlagen einer Stadt. Der Englische Garten in München gehört hierfür wohl zu den bekanntesten Beispielen.

Parallel zu den großen, öffentlich zugänglichen Grünanlagen, die den Namen „Garten“ tragen, finden wir in den Städten auch andere Ausprägungen von Gärten. In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts entstanden zum Beispiel sogenannte „Armengärten“ (Wollersheim 1994, 13). Sie spiegelten die soziale Situation der damaligen Zeit wider: Ein großer Teil der arbeitenden Bevölkerung lebte in räumlich beengten und ökonomisch eingeschränkten Verhältnissen, zu deren Verbesserung der Nutzgarten einen wertvollen Beitrag leistete. Dieser Ansatz liegt auch den Schreber- oder Kleingärten zugrunde. Anders als oft angenommen ist der Leipziger Arzt Daniel G. M. Schreber nicht der Erfinder der Schrebergärten. Über Gartenbau findet sich in seinen Aufzeichnungen kein Wort. Doch ein Gesinnungsgenosse gründete 1864, inspiriert durch Schrebers Schriften, den „Schreberverein für Jugendpflege und Volksbildung“ zur Beseitigung des Mangels an Raum zum Spielen. Dieser Verein wurde letztlich mit Gärten assoziiert, da am Rande von Spielwiesen auch kleine Beete zum Gartenbau angelegt wurden. Da die Kinder beim Gärtnern elterlicher Unterstützung bedurften, wurden diese Beete zu sogenannten Familienbeeten, die wiederum später eingezäunt und noch später mit Lauben und Buden versehen wurden. Auf diese Weise entwickelte sich im Laufe der Zeit eine Gartenart, die noch heute mit dem Arzt Daniel G. M. Schreber in Verbindung gebracht wird. Bereits um 1870 gab es

in Deutschland etwa 100 Schrebergärten, in denen es um mehr ging als Nahrungsmittel zu produzieren: „Die Schrebergartenbewegung zeigt von Anfang an ein gewisses Schwanken bei der Frage, ob mehr der Nutzen oder mehr die Erholung in ihrem Mittelpunkt stehen sollte; die klassische Kompromissformel heißt bis heute: ein Drittel Rasen, ein Drittel Nutzfläche, ein Drittel Blumen.“ (Glaser 2001, 284). Noch heute sind Schreber- oder auch Kleingärten in vielen Städten zu finden. Sie erfreuen sich je nach Lage und Kontext unterschiedlicher Beliebtheit.

Im Laufe des 20. Jahrhunderts ist eine Fülle neuer oder als neu dargestellter Gartentypen als Reaktion auf Not- oder Problemlagen entstanden (Wiggershausen 2001, 305). In der Weimarer Zeit nahm beispielsweise die Bedeutung der Schrebergärten zu. Vor allem „spielen nicht nur Naturalien, die man im Gärtchen erwirtschaftete, eine bedeutsame Rolle; das Gartenhaus wurde oft zum kleinen Dorado, das vor Obdachlosigkeit bewahrte“ (Glaser 2001, 280f.). Auch in der Krisenzeit nach dem zweiten Weltkrieg behalten Gärten ihre Bedeutung. Im Ruhrgebiet entstanden zum Beispiel in den 1960er Jahren die sogenannten Türkengärten, in denen die Gastarbeiterfamilien diejenigen Lebensmittel anbauten, die sie in der Fremde nicht fanden. Die Gärten hatten aber auch eine soziale Komponente; sie waren insbesondere für die Frauen wichtige Orte der Betätigung und Begegnung. Die Idee des gemeinsamen Gärtnerns ist noch heute zentrales Anliegen vieler Gärten. Der Boden wird zur gemeinsamen Ausgangsbasis für lebensnotwendige Güter wie Obst und Gemüse, aber auch für Freundschaften und Gemeinsamkeiten (Müller 2005). Diese Erkenntnis machen sich auch die interkulturellen Gärten zu Nutze, deren Entwicklung mit der Gründung eines ersten Gartens in Göttingen 1996 initiiert wurde. Sie sprechen sowohl Menschen mit als auch ohne Migrationshintergrund aus unterschiedlichen sozialen Milieus und Lebensformen an. Die Gärten bieten ihnen Möglichkeiten zum Anbau von eigenem Gemüse, aber vor allem auch einen Ort der Begegnung und des Austauschs.

Auch die ersten gemeinschaftlich orientierten Freiraumprojekte Berlins sind als Reaktion auf eine Problemlage – den Inselcharakter der westlichen Stadthälfte – zurückzuführen. Die eingeschränkten Möglichkeiten ins Grüne zu fahren, animierten die Bewohnerinnen und Bewohner brachliegende, städtische Flächen zu begrünen. Vorbilder dafür waren die in den 1990er Jahren entstandenen nordamerikanischen bzw. New Yorker Community Gardens (Madlener 2009, 92f.). Im dichten New York City, wo Freiraum rar ist, begannen Engagierte brachliegende Grundstücke in ihrer Nachbarschaft in Grünräume zu verwandeln, Gemüse anzubauen und sie zu Aufenthaltsorten zu machen. Trotz wachsendem Entwicklungsdruck wird noch heute in vielen Community Gardens gegärtnert, die mittlerweile durch das Programm „Green Thumb“ der Stadt New York City Unterstützung erfahren.



Abbildung 3: Community Garden in New York City

Aber auch jenseits von Brachflächen gewinnen Gärten an Bedeutung. Im Rahmen von Wohnumfeldverbesserungen werden auf den Frei- und Abstandsflächen in Wohnsiedlungen vermehrt Gärten für die Mieterinnen und Mieter angelegt. Auch diese Idee ist nicht neu. Schon 1913 wurden beispielsweise im Rahmen der Internationalen Bauausstellung in der Gartenvorstadt Leipzig-Marienborn Gärten zur Selbstversorgung präsentiert.

Sowohl der Blick in die Geschichte als auch auf die aktuelle Situation macht deutlich, dass das Gärtnern in urbanen Kontexten eine lange Tradition hat und nicht allein der Produktion von Nahrungsmitteln dient. In unterschiedlichen Zeiten und Ausprägungen von Gärten spielen Begegnung, Austausch und Gemeinschaft eine große Rolle. Gärten „fördern soziale Beteiligung und tragen zur Bildung lebendiger Gemeinschaften und Quartiere bei“ (Stierand 2010 zit. n. Iles 2005, 83f.). Vor dem Hintergrund knapper werdender kommunaler Ressourcen gewinnen bürgerschaftlich getragene Aktivitäten, die das städtische „Flächenangebot auf neuartige, oft unkomplizierte und kostensparende Art und Weise“ nutzen, ebenfalls an Bedeutung (BBR 2004, 5).

2.2 Begriffe und Formen von Gärten

Gärten hat es in Städten schon immer gegeben. In unterschiedlichen Epochen waren sie verschiedenlich ausgeprägt und wechselnden Zielgruppen zugänglich. So bezeichnet das Wort „Garten“ heute unterschiedliche Formen von begrünten Freiräumen in Städten: als Volks- oder Stadtgärten werden öffentlich zugängliche Grünanlagen benannt, botanische oder zoologische Gärten sind Freiräume mit besonderer Nutzung, mit Haus- und Mietergärten werden wohnungsbezogene Grünräume, mit Klein- oder Schrebergärten Anlagen mit pachtbaren Gartenparzellen bezeichnet und unter urbanen Gärten neue Formen gärtnerischer Aktivitäten zusammengefasst.

Obwohl die Anzahl der urbanen Gartenprojekte in der Bundesrepublik Deutschland im zählbaren Bereich liegt – 2013 wurde von etwa 500 gesprochen (vgl. „Freiraumplanung und urbane Gemeinschaftsgärten: Kooperation in Sicht?“ Tagung TU München 27./ 28. Juni 2013), sind die Gärten sehr unterschiedlicher Art. Sie unterscheiden sich hinsichtlich ihrer Lagen und Kontexte, ihrer Größen und

gestalterischen Ausprägungen, ihrer Entstehungsgeschichten und Zielsetzungen, ihrer Organisationsformen und Nutzergruppen, ihres Alters und ihrer zeitlichen Perspektiven. Entsprechend der Unterschiedlichkeit sind auch die Bezeichnungen der Projekte breit gefächert: Sie reichen von Nachbarschaftsgärten, Bürgergärten, Quartiersgärten, Allmendegärten über interkulturelle, internationale Gärten, Generationengärten, Familien-, Frauen- oder Mädchengärten bis zu urbanen Landwirtschaftsprojekten. Diese große Vielfalt macht eine summierende Zuordnung zu einer bekannten Freiraumtypisierung oder -kategorie schwierig.

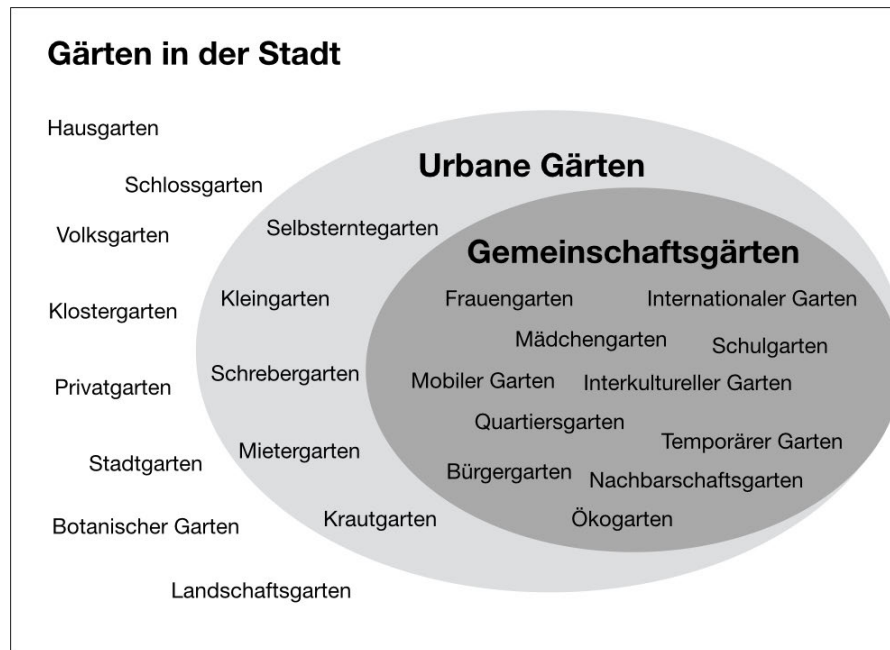


Abbildung 4: Gärten in der Stadt

Urbane Gärten

Im aktuellen Diskurs ist der Begriff der „urbanen Gärten“ geläufig geworden. Während Christa Müller 2011 noch den englischen Begriff „urban gardening“ zum Titel ihres deutschsprachigen Buches machte, ist ein 2014 erschienenes, von Berliner Gemeinschaftsgärtnern herausgegebenes Handbuch übertitelt mit: „Wissen wuchern lassen. Ein Handbuch zum Lernen in urbanen Gärten.“ (Halder et al., 2014) Der Untertitel bestätigt, dass sich die Bezeichnung „urbane Gärten“ mittlerweile als Sammelbegriff für neue Formen des aktiven Gärtnerns an für eine Gemeinschaft zugänglichen Orten etabliert hat. Anders als in öffentlichen Gartenanlagen, die meist von städtischen Ämtern gepflegt werden oder in Hausgärten, in denen Privatleute sich um die Anpflanzung kümmern, basiert die Entstehung und Existenz vieler urbaner Gartenprojekte auf dem Engagement von Bürgerinnen und Bürgern, die sich freiwillig und gemeinschaftlich in der Gartenentwicklung und -pflege engagieren.

Gemeinschaftsgärten

Der Begriff Gemeinschaftsgärten ist auf die „Community Gardens“ in Nordamerika zurückzuführen. Dort spricht man auch von „Urban Gardening“, was übersetzt „urbaner Gartenbau“ heißt. Dieser Begriff und seine deutschsprachigen Abwandlungen in beispielsweise „urbanes Gärtnern“, „urbane Gärten“ oder „urbane Gartenprojekte“ haben sich auch in Deutschland durchgesetzt. Es sind Überbegriffe für Projekte, in denen kleinräumige Flächen innerhalb von Siedlungsgebieten für gärtnerische Nutzungen herangezogen werden.

Diese sprachlichen Übertragungen sind zum einen auf die globale Komponente des Themas zurückzuführen, also den Blick auf Vorbildprojekte insbesondere in Nordamerika und den anhaltenden, globalen und damit englischsprachigen Austausch von Ideen und Erfahrungen über das Internet. Die Unschärfen in der Verwendung bestimmter Begriffe sind auch der Tatsache geschuldet, dass es wenig übergreifende Studien und Untersuchungen gab (Rosol 2006) und entsprechend der Diskurs lange von einzelnen Betrachtungen lebte. Dies hat sich verändert. In letzter Zeit hat die Diskussion an Intensität und Dynamik gewonnen, so dass sich auch bestimmte Begrifflichkeiten etablieren konnten.

Wenn hierzulande der Begriff der „Gemeinschaftsgärten“ verwendet wird, werden darunter Projekte verstanden, in denen das Gemeinschaftliche ein wesentliches, konstituierendes Element ist. Nach Marit Rosol (2006) ist Gemeinschaft hier nicht als Kontrapunkt zu Gesellschaft zu verstehen, sondern der Begriff verweist vielmehr auf den kollektiven Charakter des Gartens. Sie versteht Gemeinschaftsgärten als eine Form bürgerschaftlichen Engagements, das laut Enquete-Kommission als „freiwillig, nicht auf materiellen Gewinn gerichtet, gemeinwohlorientiert“ definiert wird (Enquete-Kommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ des Deutschen Bundestages 2002, 38 zit. nach Rosol 2006, 7). Durch ihre auf freiwilligem Engagement basierende Schaffung und Unterhaltung unterscheiden sich Gemeinschaftsgärten wesentlich von anderen Freiraumtypen. Gemäß Rosols Definition sind Gemeinschaftsgärten durch eine gärtnerische Nutzung, eine gemeinschaftliche Pflege der Flächen und eine gewisse Öffentlichkeit gekennzeichnet (Rosol 2006, 7ff.). Es geht dabei also nicht nur um die aktive Beteiligung von Bewohnerinnen und Bewohnern bei der Entwicklung oder Gestaltung von Freiflächen, sondern um den eigenverantwortlichen langfristigen Betrieb. Insofern unterscheiden sich Gemeinschaftsgärten auf der einen Seite von Beteiligungsprojekten, auf der anderen Seite auch von den individuellen und mit einem privaten Verfügungsrecht ausgestatteten Mietergärten.

Da individuelle Parzellen und damit einhergehende private Verfügungsrechte konstituierendes Element von Kleingartenanlagen sind, sind sie bisher und in ihrer herkömmlichen Ausprägung nicht Gemeinschaftsgärten zuzurechnen. Obwohl auch in Kleingärten die gärtnerische Pflege unentgeltlich erfolgt und die Kleingärtner als Verein organisiert sind, steht in den meisten Kleingartenanlagen die Sorge um die gepachtete Parzelle im Vordergrund. Dies verändert sich derzeit an ausgewählten Orten. In einzelnen Anlagen werden Parzellen ausnahmsweise auch an Gemeinschaften verpachtet, seien es Migrantengruppen oder Bildungseinrichtungen. Hier soll bewusst ein gemeinschaftliches Gärtnern ermöglicht und zugleich Leerstände vermieden werden.

Je nach Projekt kann sich die Balance zwischen individueller Pflege der einzelnen Parzelle und Engagement für die Gemeinschaft unterscheiden. Das ist aber nicht nur in Kleingärten der Fall. Auch in Gemeinschaftsgärten neuer Gründung sind unterschiedliche Aufteilungen und Zuweisungen von Verantwortlichkeiten an Gemeinschaft und Individuum zu finden.

Damit ergeben sich für die Charakterisierung von Gemeinschaftsgärten vor allem drei wesentliche Kriterien:

- die gemeinschaftliche, primär nutzgärtnerische Bewirtschaftung einer Fläche,
- das freiwillige, nicht gewinnorientierte, am Gemeinwohl orientierte Engagement zur Pflege dieser Fläche und
- die prinzipielle Offenheit und Zugänglichkeit der Gartenflächen für die Mitglieder der Gemeinschaft und daran Interessierter.

Zahlreiche Gärten, in denen gemeinschaftlich gegärtnert wird, verfolgen eine bestimmte Programmatik oder haben bestimmte Zielgruppen im Fokus. So sind zum Beispiel viele Gärten zu finden in denen der interkulturelle oder internationale Aspekt eine Rolle spielt. Interkulturelle bzw. Internationale Gär-

ten (IKG) zeichnen sich vor allem durch die Begegnung und gemeinsame Bewirtschaftung von Migrantinnen und Migranten sowie Einheimischen unterschiedlicher sozialer Milieus und Lebensformen aus (siehe www.anstiftung-ertomis.de).

Darüber hinaus sind Gärten zu finden, die auf bestimmte Nutzergruppen wie Frauen oder Mädchen ausgerichtet sind, oder Gärten, die an Bildungs- oder Betreuungseinrichtungen zu pädagogischen oder therapeutischen Zwecken betrieben werden. Es gibt aber auch offenere Bezeichnungen wie Bürgergärten, oder es wird ein Bezug zur räumlichen Lage hergestellt, der beispielsweise in Bezeichnungen wie Quartiers- oder Nachbarschaftsgarten deutlich wird. Nachbarschaftsgärten sind von einem engen Bezug zum unmittelbaren Wohnumfeld gekennzeichnet und sind für die Anwohnerinnen und Anwohner der angrenzenden Nachbarschaften zumeist fußläufig erreichbar.

Einen besonderen Typus stellen gemeinschaftlich genutzte Dachgärten dar. Sie sind nicht auf ebener Erde, sondern auf Dachflächen angelegt und ein Beispiel für die Möglichkeit, auch bei schlechter Verfügbarkeit von nutzbaren Freiräumen im Stadtquartier Gartenflächen einzurichten.

Einige Gärten verweisen in ihren Titeln auch auf die Schwerpunkte ihres Anbaus, wie zum Beispiel bei Kräuter- oder Obstgärten. Andere Gärten deuten in ihren Namen bereits darauf hin, dass sie „mobil“ sind. Hier gibt es keine klassischen Pflanzbeete, sondern bewegliche Kübel und Kästen, die mit Erde gefüllt und gärtnerisch genutzt werden. Sie ermöglichen spontane Änderungen der Gestaltung, einen Wechsel des Standorts oder entstehen aufgrund einer unzureichenden Qualität des Bodens vor Ort.

Aus vergangenen Jahrzehnten sind auch noch Gartentitel zu finden, die ein bestimmtes, mit der gemeinsamen Arbeit verbundenes Anliegen verdeutlichen, wie z. B. im Fall der Ökogärten. Auch mit dem Zusatz „Permakultur“ bezeichnete Gärten rücken diesen besonderen Umgang mit Ressourcen in den Mittelpunkt. Viele Gärten vereinen auch mehrere Attribute in ihren Namen, um auf die verschiedenen Ziele oder Besonderheiten der gemeinschaftlichen Aktivitäten hinzuweisen, wie zum Beispiel im Fall des Internationalen Bürgergartens in Castrop-Rauxel Habinghorst, der Interkulturellen Frauengärten in Oberhausen oder des Mobilen Gemeinschaftsgartens NeuLand e.V. in Köln-Bayenthal.

Lagen, Kontexte und Verbreitung

Da es keine umfassenden und ständig aktualisierten Bestandsaufnahmen von Gemeinschaftsgärten gibt, ist es schwierig, die Gesamtzahl existierender Projekte zu beziffern und ihre Verteilung zu erfassen. Vorliegende Studien und digitale Informationsportale weisen darauf hin, dass Gemeinschaftsgärten vornehmlich ein städtisches Phänomen sind. Vor allem in dicht besiedelten städtischen Räumen ist das generelle Angebot an Grün- und Freiflächen knapper als in suburbanen und ländlichen Räumen. Anders als beispielsweise in Einfamilien- und Reihenhaussiedlungen mit unmittelbar dem Wohnbereich zugeordneten privaten Gärten ist im Geschosswohnungsbau die Verfügbarkeit von gärtnerisch nutzbaren Flächen deutlich geringer. Dort ist der potenzielle Bedarf an alternativen Garten- und Freiraumkonzepten entsprechend größer.

Besonders in Stadtteilen mit zurückgehenden Bevölkerungszahlen und freiwerdenden Bauflächen stellen Gemeinschaftsgärten eine Möglichkeit dar, die entstehenden Brachflächen sinnvoll zu nutzen. Sowohl in schrumpfenden als auch in Umfeldern mit steigenden Bevölkerungszahlen begünstigt eine Offenheit für Innovationen und gesellschaftliche Experimente die Entstehung alternativer und unkonventioneller Gartenprojekte.

Für Berlin, wo die Zahl der Gemeinschaftsgärten ständig steigt und 2013 auf etwa 100 geschätzt wurde, stellt Meyer-Renschhausen (2011) einen Zusammenhang zwischen eingeschränkten privaten und kommunalen finanziellen Ressourcen und der Entstehung von Gemeinschaftsgärten her: „Klar dürfte aber geworden sein, dass das arme, aber kreative Berlin einen neuen ‚Wachstumsbereich‘ hat und zwar ausgerechnet im landwirtschaftlich-gärtnerischen Bereich“ (Meyer-Renschhausen 2011, 35). Auch die Überlagerung einer 2013 entstandenen Kartierung von unterschiedlichen Arten von Gemeinschaftsgärten auf Berliner Stadtgebiet mit einer Karte der Soziale-Stadt-Fördergebiete zeigt zahlreiche Überschneidungen (Sebastian Halder; Kerstin Stelmacher 2013, Input Fachwerkstatt).

Die Aufmerksamkeit, die beispielsweise Münchener Gemeinschaftsgärten zuteil wird, ist u. a. der dort ansässigen Stiftung *anStiftung&ertomis* zuzuschreiben. Sie fördert nicht nur viele interkulturelle Gartenprojekte, sondern initiierte auch eine umfassende Bestandsaufnahme aller Gärten der Landeshauptstadt. Schon in der Zusammenfassung der Studie wird die enorme Verbreitung von unterschiedlich organisierten urbanen Gartenprojekten und die große Zahl der dazugehörigen Akteure deutlich gemacht (von der Haide 2009; www.urbane-gaerten-muenchen.de).

Zumindest die Bestandskartierungen von München und Berlin zeigen, dass die partizipativen Gartenprojekte relativ gleichmäßig über die Stadtgebiete verteilt sind (siehe dazu: <http://www.gartenkarte.de/> und http://maps.muenchen.de/rgu/urbane_gaerten).

Sonderformen gärtnerischer Aktivitäten

Neben den bekannten und weit verbreiteten Formen des Gärtnerns in der Stadt gibt es zahlreiche Sonderformen gärtnerischer Aktivitäten. Sie zeigen, mit welcher Vielfalt auf die unterschiedlichen gärtnerischen Bedürfnisse und Interessen der städtischen Bevölkerung reagiert wird. So zählen beispielsweise auch Selbsterntegärten zu den urbanen Gärten. Sie bestehen aus Parzellen von Ackerland, die von einem Landwirt oder einem anderen Eigentümer an private Nutzer für eine Saison verpachtet werden. Das Besondere dabei ist, dass die Felder im Frühjahr, zu Beginn der Pacht, mit Setzlingen unterschiedlicher Nutzpflanzen bestückt werden. Die Pächter pflegen diese dann im Laufe der Saison und dürfen sie im Herbst ernten. Zum Ende der Erntesaison endet die Verantwortung und die Felder gehen wieder in die Hände des Eigentümers über. Obwohl mehrere Gärtnerinnen und Gärtner in unmittelbarer Nähe zueinander arbeiten, liegt der Fokus der Selbsterntegärten auf der Pflege und dem Anbau von Gemüse für den eigenen Bedarf. Das gemeinsame Bewirtschaften und Teilen der Ernte ist nicht Kern der Idee.

Darüber hinaus gibt es auch Beispiele für gärtnerische Aktivitäten, die sich nicht auf eine einzelne, klar umgrenzte Fläche beschränken, sondern einen raumübergreifenden Ansatz verfolgen. Das ist etwa im „Essbaren Andernach“ der Fall, wo ein Fünftel der städtischen Grünanlagen mit Nahrungsmitteln bepflanzt ist (Weber 2012, 28). Das Konzept der Essbaren Stadt wurde seitens der Stadtverwaltung initiiert, entwickelt und ist zu einem vielzitierten Vorbild für andere Städte geworden (z. B. Kassel, Heidelberg, Freiburg). Ähnliche Ideen werden auch im Projekt Agropolis in München verfolgt, wo das Gärtnern und Ernten zum festen Bestandteil urbaner Strukturen werden soll und der Eigenanbau und das Ernten in öffentlichen und privaten Räumen schon im Planungsprozess thematisiert werden.



Abbildung 5: In Andernach wächst Gemüse im Schlossgraben.

Zum urbanen Gärtnern werden auch Aktionen wie die Begrünung von Baumscheiben und Straßenbeeten oder das „Guerilla Gardening“ gezählt. Guerilla Gardening, der Wortbedeutung nach eine subversiv-kriegerische Form des Gärtnerns, bezeichnete ursprünglich die heimliche Aussaat von Pflanzen im Stadtraum. Mittlerweile hat sich das Guerilla Gardening weiterentwickelt: Die vormals als Protest intendierte Aktivität wird mit dem Nutzen einer Ernte und einer Begrünung trister Brachen verbunden. Die Aktivitäten beschränken sich dabei nicht auf einen Raum, sondern können sich auf zahlreiche oftmals ungewöhnliche Orte ausdehnen wie Verkehrsinseln, Seitenstreifen, Abrissgrundstücke oder sogar Mauerfugen. Obwohl Bepflanzungen ohne Zustimmung des Grundstückseigentümers streng genommen als Sachbeschädigung zu bewerten sind, verfolgen Gemeinden die Aktivitäten des Guerilla Gardenings zumeist nicht. Das Resultat der spontanen Pflanzaktionen wird in vielen Fällen als Qualitätsverbesserung toleriert (Ritscher 2014).

2.3 Gemeinschaftsgärten in den Medien

Urbane Gemeinschaftsgärten erfreuen sich auch eines großen medialen Interesses. Sowohl in regionalen und überregionalen Tageszeitungen als auch in Buchpublikationen sind urbane Gärten und das Gärtnern in der Stadt sowie thematisch relevante Fragestellungen präsent. Die Vielzahl der Berichte und Publikationen macht deutlich, dass das Gärtnern und insbesondere der Anbau von Nutzpflanzen bei Stadtbewohnerinnen und -bewohnern eine Renaissance erlebt. Wie groß die Zahl der Publikationen zum Thema ist, verdeutlicht die Webseite www.garten-literatur.de. Neben der Renaissance nutzgärtnerischer Themen und Fragestellungen stehen vor allem urbane Gartenprojekte im Fokus. So wird in regionalen Zeitungen über lokale Gemeinschaftsgärten berichtet. Oftmals werden die Bemühungen der Initiatoren der Projekte während der Gründungsphase und die Aufwertung der Flächen durch die gärtnerischen Eingriffe beschrieben oder besondere Festivitäten und Veranstaltungen der Gartengemeinschaft angekündigt. Diese unterschiedlichen Berichte zeigen, dass Gemeinschaftsgärten in vielen Städten noch zu den unüblichen Grünraumprojekten zählen, und dass oft bis dato wenig beachtete Orte durch Gärten wiederbelebt werden.

Jenseits der urbanen Gärten, die von lokalem Interesse sind, gibt es zahlreiche Gartenprojekte, die aufgrund ihrer Pionierleistung und ihres außergewöhnlichen Charakters große überregionale Aufmerksamkeit genießen. Die Prinzessinnengärten in Berlin-Kreuzberg sind da an erster Stelle zu nennen. Die internationale mediale Aufmerksamkeit, die diesem Projekt der urbanen Landwirtschaft zukommt, ist enorm. Aber auch andere gemeinschaftliche Gartenprojekte finden mittlerweile überregionales Interesse; dazu zählen u. a. der Allmende-Kontor auf dem Tempelhofer Feld in Berlin-Neukölln, der mobile Garten Neuland in Köln-Bayenthal, das Gartendeck St. Pauli in Hamburg, die Essbare Stadt Andernach, die Internationalen Gärten Göttingen-Grohne. Die Aufmerksamkeit, die diesen ausgewählten Projekten zuteil wird, hängt auch mit dem Engagement der jeweiligen Akteure zusammen. So wundert es nicht, dass die oben genannten Projekte nicht nur immer wieder zitiert werden, sondern deren Initiatorinnen und Initiatoren auf zahlreichen Konferenzen zu Wort kommen. Kaum eine Tagung zu urbanen Gemeinschaftsgärten kommt ohne die Hauptakteure der Prinzessinnengärten aus, ohne die Essbare Stadt Andernach oder die Stiftung Interkultur, die die Entwicklung der Interkulturellen Gärten maßgeblich begleitet hat.

Weitaus aktiver und dynamischer als in den Printmedien ist der Austausch im Internet. Die vielfältigen Möglichkeiten des Web 2.0 werden von vielen Akteuren der Gartenszene zum Wissens- und Erfahrungsaustausch, zur Darstellung von Projekten, zur Ankündigung von Aktivitäten sowie zur persönlichen Vernetzung genutzt. Karin Werner sieht eine besondere Verbindung zwischen Gärten und dem Internet: „Die Medien, besonders das Internet, sind Teil der Gärten. Die Projekte sind hybrid. Ihr Kompositum besteht aus einer räumlich ausgedehnten und begrenzten Ebene, dem Garten, und einer zeiträumlich entgrenzten Ebene, dem Netz.“ (Werner 2011, 72). Das Netz bietet eine unüberschaubare Vielfalt von Informationsquellen: Es gibt Webseiten und Blogs, in denen Gartenprojekte mit Informationen zu ihrer Entstehung, ihren Zielen und ihrer Lage präsentiert werden. Zugleich werden diese Webseiten nicht selten als Kommunikationsplattform für ihre Aktivitäten genutzt. Darüber hinaus befassen sich zahlreiche Webseiten, Blogs und Foren mit übergeordneten Themen wie z. B. mit Hinweisen zu Stadt und Ernährung oder praktischen Tipps und Ratschlägen zum Gärtnern. Zudem gibt es Informationsportale, die urbane Gartenprojekte datenbankähnlich auflisten. Diese Portale sind wichtige Quellen, um einen Überblick über existierende und geplante Gartenprojekte zu bekommen.

Auch in den sozialen Medien wird über Gemeinschaftsgärten kommuniziert. Hier vernetzen sich vor allem Initiativen und Nutzer, um sich über aktuelle Entwicklungen einzelner Gärten und anstehende Ereignisse auszutauschen. Karin Werner resümiert, dass sich die „jüngeren städtischen Gartenprojekte nicht mit opulenten Websites [präsentieren], die als fixierende und monologische Repräsentationen in die Ära des Nets 1.0 datieren, sondern sie nutzen die fluiden und interaktiven Möglichkeiten des Web 2.0. Neben Blogs konstituieren sich die digitalen Projekte aus miteinander verbundenen Social Net-Einträgen und Links, die sich ständig verändern.“ (Werner 2011, 72f.)

2.4 Gemeinschaftsgärten im gesellschaftspolitischen Diskurs

Urbane Gemeinschaftsgärten werden im Fachdiskurs aus vielerlei Perspektive betrachtet, so wird ihr Beitrag zur Quartiersentwicklung vor allem im Kontext von Integration und Diversität thematisiert. Auch die Stichworte Bildung und Naturerfahrung sowie gesundheitliche Aspekte des Gärtnerns in der Stadt spielen eine Rolle. Darüber hinaus werden Gärten als ökologische Nischen und im Kontext von Nachhaltigkeit diskutiert – als Orte, an denen Konzepte jenseits des Wachstumsparadigmas erprobt werden.

Ein bisschen Dorf in der Stadt

Gemeinschaftsgärten werden als Orte der Integration unterschiedlicher sozialer und ethnischer Gruppen in Quartieren gesehen, und als Orte, in denen die Bezüge der Bewohnerinnen und Bewohner untereinander gestärkt werden, was insbesondere in benachteiligten Nachbarschaften von großer Bedeutung ist. Im Fachdiskurs werden sie als „neue soziale Räume“ bezeichnet (Müller 2002, 17). Durch die räumliche Nähe und ihren einladenden Gestus können Gärten Begegnungen stimulieren, die sich nach und nach zu nachbarschaftlichen Strukturen und sozialen Geweben verfestigen (Werner 2011, 63). Gemeinschaftsgärten werden von Menschen mit unterschiedlichem Bildungsstand und unterschiedlichen Fähigkeiten genutzt. Die Gärten können Anreize bieten, den „Radius des gewohnten Kleinumfeldes“ zu erweitern. Durch niedrigschwellige Angebote können Zielgruppen angesprochen werden, die sich hinsichtlich Milieu, Bildung, Alter und Kultur unterscheiden. Bestimmte Voraussetzungen sind kaum erforderlich – „man muss im Grunde nicht einmal Deutsch sprechen oder [...] gärtnern können“ (Appel et al. 2011, 150).

Und genau die Einbindung von Gemeinschaftsgärten in diese nachbarschaftlichen Strukturen und Netzwerke trägt zur Diversifizierung bei. Sie bringt Akteure verschiedener Schichten, Milieus und Kulturen miteinander in Kontakt, animiert die Menschen, sich jenseits ihrer Milieugrenzen zu bewegen, womit sie Einblicke in Lebenslagen erhalten, die ihnen ggf. sonst verschlossen bleiben (Werner 2011, 64). Damit können die Gärten eine Plattform sein, die die Nachbarschaften einander näher bringen, die demokratische Prozesse und Gemeinschaft ermöglichen, das Austragen von Konflikten und das Aushandeln von Kompromissen (Appel et al. 2011, 150). Das gilt für alle Altersschichten, auch für Kinder, was eine Nachbarschaftsgärtnerin dazu veranlasste, ihren Garten als das berühmte „Dorf“ zu beschreiben: „Hier macht man seine Sachen und die Kinder machen ihre, das ist kein so ein künstlicher Ort wie ein Spielplatz – ein bisschen Dorf in der Stadt“ (Nachbarschaftsgärtnerin zit. nach Baier 2011, 181).

Integration im Alltag

Die Bezeichnung „Gemeinschaftsgarten“ verweist schon darauf: Viele urbane Gärten tragen zur Gemeinschaftsbildung und damit zur Integration bei. Durch das gemeinsame Tätigsein mit Erde und Pflanzen kann „ein Gefühl von Verbundenheit mit der Welt“ wiederhergestellt werden (Müller 2002, 20).

Durch das Mitwirken in Gemeinschaftsgärten findet Integration im Alltag statt. Gerade alltägliche Begegnungen von Einheimischen und Migrantinnen und Migranten werden in den Gärten so gestaltet, dass sie weniger „als Maßnahme des harten Schnitts“, also der Abtrennung von der Herkunft verstanden werden, sondern vielmehr als ein Prozess des Austausches und der Gegenseitigkeit. Es wird weniger ein „Verzicht auf das Eigene“ praktiziert, als vielmehr das Bestehende mit dem Verlorenen verknüpft (Müller 2002, 9). Vor diesem Hintergrund erlaubt Mitwirkung in Gemeinschaftsgärten Migrantinnen und Migranten auch, an ihre Kompetenzen und Potenziale anzuknüpfen, anstatt auf ihre Defizite verwiesen zu werden (Baier 2013, 13). Gärten sind demnach eine Ausgangsbasis, auf der lebensnotwendige Güter wie Obst, Gemüse, aber auch Freundschaften und Gemeinsamkeiten hergestellt werden, was insbesondere für Menschen in benachteiligten Quartieren wichtig ist.

Insbesondere für Flüchtlinge können die speziell auf ihre Belange zugeschnittenen interkulturellen Gärten von großer Bedeutung sein. Das Tätigsein im Garten kann zu einer sinnstiftenden Beschäftigung werden und ihnen helfen die Trennung von Verwandten, traumatische Erlebnisse und Konflikte zu verarbeiten. Vor dem Hintergrund, dass Asylsuchende und Geduldete in Deutschland in den ersten Monaten ihres Aufenthalts keine Arbeitserlaubnis erhalten und auch danach schlechte Chancen

auf dem Arbeitsmarkt haben, können interkulturelle Gärten Beiträge zur „Integration jenseits von Erwerbsarbeit“ (Müller 2002, 29) leisten. Durch die produktive Tätigkeit im Garten entsteht die Möglichkeit, nicht nur Empfänger von Sozialleistungen zu sein, sondern auch etwas produzieren und geben zu können (Appel et al. 2011, 151). Zudem tragen die sozialen Kontakte zu anderen Menschen dazu bei, Sprachkenntnisse zu erwerben und zu verbessern, und es ergeben sich Möglichkeiten, Netzwerke zur gegenseitigen Hilfestellung und Beratung in Alltagsfragen aufzubauen.

Bildung und Naturerfahrung

Gemeinschaftsgärten sind nicht nur Orte der Integration und Gemeinschaft, sie sind auch Bildungsorte. Sie ermöglichen die Weitergabe von Wissen von älteren an jüngere Menschen, von gärtnerisch Versierten an Unerfahrene. Während es früher üblich war, Kenntnisse über den Anbau und die Pflege von Nutzpflanzen in Schulen auch praktisch zu vermitteln, spielen Gartenkenntnisse heutzutage keine nennenswerte Rolle in Lehrplänen mehr. Somit haben viele, insbesondere in Städten sozialisierte Menschen heute kaum Kenntnisse über den Anbau von Obst und Gemüse. Das urbane Gärtnern bietet also die Möglichkeit, Kontakt zu Erde und Pflanzen aufzunehmen und damit ein Verständnis für die Kreisläufe der Natur zurückzugewinnen (Schwerzmann 2013, 91). Insbesondere für Stadtkinder wird letzteres für wichtig erachtet, weil sie oftmals kaum noch eigene Naturerfahrungen machen und häufig geringe Kenntnisse über die Vorgänge in der Tier- und Pflanzenwelt haben. Im Garten, im Naturraum kann autonomes Lernen, Lust und Neugierde ohne pädagogischen Zeigefinger stattfinden (Griehl 2013, 289). Damit knüpfen die heutigen Gemeinschaftsgärten an die Ziele der Kleingartenbewegung und die Ideen von Daniel G. M. Schreber an. Er erkannte und thematisierte die beginnende Großstadtbildung und die daraus entspringenden hygienischen, medizinischen und sozialpolitischen Probleme. Die Situation in den Städten ist heute eine andere, aber der Ruf nach Freiräumen für Stadtkinder, in denen sie ihren natürlichen Bewegungsdrang ungefährdet und pädagogisch betreut ausleben können, ist noch immer aktuell (Stein 2010, 126).

Dies ist insbesondere von Belang in benachteiligten Quartieren, in denen viele Familien mit der Bewältigung ihrer von Armut und Perspektivlosigkeit geprägten Lebenssituation zu kämpfen haben. Vor allem die Kinder leiden häufig unter emotionalem Stress und Verhaltensunsicherheiten (Griehl 2013, 291). In urbanen Gartenprojekten werden Kinder zielgerichtet tätig, lernen den Kreislauf der Jahreszeiten zu verstehen. Beete werden zu Orten der Kommunikation und Verhandlungsführung, zur Grundlage sinnstiftender Tätigkeit und sinnlicher Erfahrungen (Griehl 2013, 294+289): „Will man etwas ernten, muss man sich kümmern [...], durchhalten lernen“. Angesichts dieser wichtigen Erfahrungen, die Kinder in Gärten machen können, suchen Kindergärten, Schulen und andere Betreuungs- und Bildungseinrichtungen auch vermehrt die Kooperation mit Akteuren von Gemeinschaftsgärten. Aufgrund begrenzter personeller und auch räumlicher Ressourcen verlagern Bildungseinrichtungen nicht selten die Vermittlung von gärtnerischen Kenntnissen in nahegelegene Gemeinschaftsgärten.

Gesundheit und Wohlergehen

Wenn Gemeinschaftsgärten positive soziale und integrative Wirkung haben, liegt es nahe, dass sie sich auch auf die psychische und körperliche Gesundheit der Menschen positiv auswirken. Dass Gärtnern dazu beitragen kann, die Gesundheit zu erhalten, ist dabei keine neue Erkenntnis: Schon vor mehr als zweitausend Jahren schufen chinesische Taoisten Gärten und Gewächshäuser, um die Gesundheit der Menschen zu fördern. Aber auch in neueren Studien konnte nachgewiesen werden, dass die Natur mit der menschlichen Gesundheit und seinem Wohlbefinden in Beziehung steht. Der Natur werden positive Einflüsse auf Erholung von Stress und Aufmerksamkeitsermüdung, auf Bewegung sowie soziale Bindung attestiert und Naturerfahrungen in der Kindheit mit Persönlichkeitsent-

wicklungen im Erwachsenenalter in Zusammenhang gebracht (Haubehofer et al. 2013, 82). Mittlerweile wird die positive, das menschliche Wohlergehen fördernde, Wirkung des Gärtnerns sogar gezielt therapeutisch eingesetzt. So verfolgen zum Beispiel Gartentherapien den zielgerichteten Einsatz der Natur zur Steigerung des psychischen und physischen Wohlbefindens der Menschen.

In engem Zusammenhang mit der positiven Wirkung von Gärten auf die Gesundheit steht auch ihr Einfluss auf die Ernährung der Gärtnernden. Die Gärten bieten zunächst die Möglichkeit, in der Stadt Pflanzen selber zu kultivieren und den Prozess von der Aussaat bis zur Ernte zu begleiten. Das trägt zur Wertschätzung der Lebensmittel bei, entlastet je nach Ertrag die Haushaltskasse und schafft direkten Zugang zu vor Ort gereiftem, pestizidfreiem Gemüse; denn in Gemeinschaftsgärten wird in der Regel ohne Einsatz chemischer Pflanzenschutzmittel gegärtnert (Appel et al. 2011, 151).

Des Weiteren sind Lebensmittel eng mit der Identität der Menschen verknüpft: „Sie können auch fern vom Herkunftsland Gruppenkohäsion und Heimatgefühl erzeugen“ (Baier 2013, 75). Vor diesem Hintergrund muss auch die Bedeutung des Anbaus von Nutzpflanzen aus der jeweiligen Heimat von Zugezogenen gesehen werden; sie bieten insbesondere Migrantinnen und Migranten die Chance, an ihre heimischen Geschmäcker und Ernährungsgepflogenheiten anzuknüpfen.

Jenseits des Wachstumsparadigmas

Gemeinschaftsgärten werden in aller Regel nicht aus einer Perspektive des wirtschaftlichen Ertrages betrachtet oder nach Effizienzkriterien bewertet: Gärtnern vermittelt einen anderen als den wachstumsökonomisch fixierten Blick. In urbanen Gärten geht es vielmehr um eine Selbstermächtigung des Individuums. Die Gärtnerinnen und Gärtner sind nicht „umverteilungs-, sondern subsistenzorientiert, sie erwarten nicht die sozial gerechte Verteilung von Seiten einer übergeordneten Instanz, sondern teilen selbst gemeinschaftlich, sozusagen auf Augenhöhe, was die Erde hervorbringt“ (Bennholt-Thomsen 2011, 258f.).

Die Produkte aus dem Garten sind also nicht nur als ernährungswirtschaftlicher Zuerwerb relevant, sondern geben den Menschen etwas in die Hand: Selbstgeerntetes oder Selbsthergestelltes, das sie verschenken können, zu dem sie einladen können. Für viele Migrantinnen und Migranten bedeutet das vor allem, dass sie an die Alltagskultur der Gastlichkeit anknüpfen können, in der sie aufgewachsen sind (Müller 2002, 9f.). Der Umgang mit Selbstgeerntetem konfrontiert die Gärtnerinnen und Gärtner auch mit einer alten (Haushalts-)Ökonomie: Einmachgläser werden wiederentdeckt und bieten ein Antidot zu Effizienz- und Ökonomisierungsdiskursen (Werner 2011, 61). Diese geldlose und nicht warenförmige Versorgung mit Notwendigem gelingt nur in Kooperation und kreiert eine veränderte Haltung und Wertschätzung: „Jeder geht pfleglich mit [der Allmende] um, weil sie allen gehört“ (Bennholt-Thomsen 2011, 264).

Dieses Engagement zugunsten der Allgemeinheit zeigt sich auch darin, dass Bürgerinnen und Bürger in Gemeinschaftsgärten vielfach ehrenamtlichen Tätigkeiten nachgehen. Diese werden dem Gemeinwesen kostenlos zur Verfügung gestellt, reichen meist über die eigentliche Arbeit im Garten hinaus und gehen gleitend in Nachbarschaftshilfe und gegenseitige Unterstützung über (Appel et al. 2011, 153; Schwerzmann 2013, 91), was insbesondere in benachteiligten Quartieren wichtige Impulse und Beiträge zur Verbesserung der Lebenssituation geben kann.

Vor diesem Hintergrund bedeuten Gemeinschaftsgärten einen Gewinn für die Allgemeinheit, der über die unmittelbaren Erträge des Gärtnerns hinausgeht. Sie sind nicht nur Orte des Säens und Erntens, sondern können auch Ausgangspunkte politisch-gesellschaftlichen Handelns auf kleinräumiger Ebene sein. Der Garten gibt Anlass und Gelegenheit, beispielsweise über Fragen gerechter Ressourcenver-

teilung nachzudenken und im eigenen Umfeld damit anzufangen, überschaubare Alternativstrukturen aufzubauen (Müller 2011, 25+29). Das zeigt sich auch im Umgang mit Gütern und Materialien: Die Wiederverwendung und Aufbereitung von Abfallprodukten ist in den urbanen Gemeinschaftsgärten von großer Bedeutung. Vermeintlich überflüssig gewordene Güter wieder sinnvoll zu nutzen – beispielsweise als Werkzeug oder Baumaterial –, spart vor allem Geld, ist darüber hinaus aber auch Ausdruck eines individuellen Gestaltungswillens und einer veränderten Wertschätzung (Schwerzmann 2013, 90). Gärten sind Orte, in denen auf unterschiedlichsten Ebenen ein Unbehagen an der Ökonomisierung der Gesellschaft zum Ausdruck kommt (Müller 2011, 29).

2.5 Gemeinschaftsgärten in der Stadt- und Quartiersentwicklung

Gemeinschaftsgärten sind weder perfekte noch paradiesische Orte (Appel et al. 2011, 155), aber sie bereichern Städte und Quartiere durch grüne Freiräume, tragen dazu bei, dass ungenutzte Flächen erschlossen werden, dass das Angebot an Grünversorgung im Stadtteil verbessert und Aneignungsmöglichkeiten geschaffen werden. Gärten als kollektive und partiell öffentlich zugängliche Räume führen zu Veränderungen in der räumlich-sozialen Situation, sie dringen in Nachbarschaftsstrukturen ein, setzen neue Akzente und tragen zur Verbesserung der Lebensqualität bei, was insbesondere in benachteiligten Quartieren von Belang ist, in denen es nicht selten an qualitätvollen Grün- und Freiräumen mangelt.

Offene, gemeinschaftliche Freiräume

Urbane Gemeinschaftsgärten sind Räume eigenen Typs: Es sind begrünte Räume in der Stadt, die im Zuge einer allmählichen Erschließung, Inbesitznahme und gärtnerischen Kultivierung durch eine Gemeinschaft entstehen. Damit ergänzen diese Räume – in begrenztem Maße – das Netz der öffentlich nutzbaren Grün- und Freiräume in der Stadt. Allerdings sind in vielen Gärten physische und psychologische Zugangsschwellen spürbar: Zäune, Hecken und Tore geben deutliche Signale, was „drinnen“ und was „draußen“ ist. Vielerorts sind Zugangstore nur zu bestimmten Tageszeiten offen, Zugangs-codes oder -schlüssel nur Mitgliedern der Gemeinschaft verfügbar. An warmen Sommertagen sind die Tore der meisten Gärten jedoch geöffnet und erlauben im Prinzip jedermann freien Zugang. Gerade größere und weitläufigere Gemeinschaftsgärten mit einer entsprechenden Vielzahl der Gärtnerinnen und Gärtner schaffen eine einladende Atmosphäre der Offenheit. Bei kleineren Gärten, in denen jeder jeden kennt, ist hingegen eine direkte Kontaktaufnahme zu anwesenden Gärtnerinnen und Gärtnern angebracht, um dann zum Betreten des Gartens eingeladen zu werden. Dem Gast wird dann zumeist bereitwillig der Garten gezeigt, schnell ergeben sich zwanglose Gespräche und eine Einladung zum Mitgärtnern wird ausgesprochen. Doch der Charakter eines uneingeschränkt zugänglichen, öffentlichen Raumes entsteht nicht.

Das macht die eindeutige Charakterisierung der Gärten schwierig: Sie werden als Orte beschrieben, die weder gänzlich öffentlich noch privat sind. Am ehesten lassen sie sich dem sozialen Raumcharakter der „gemeinschaftlichen Freiräume“ (Fester et al. 1983, 65) zuordnen, in denen die im Raum engagierte Gemeinschaft über Zugänglichkeit und Nutzbarkeit bestimmt. Da das gemeinsame Gärtnern Kernanliegen vieler urbaner Gartenprojekte ist, also der partizipative Charakter ein wesentliches Merkmal ist, sind die Zugänge meist niederschwellig. Man darf sich in den meisten Gärten nach Rücksprache mit den Gärtnerinnen und Gärtnern aufhalten, ohne Eintrittsgeld zu zahlen, ohne sich besonders anziehen oder in Pose setzen zu müssen (Werner 2011, 64). Andere bezeichnen Gemeinschaftsgärten als „neue halb-öffentliche Räume“, zu dem diejenigen Zugang haben, die in der Gemeinschaft mitmachen, die sich verantwortlich fühlen. Außenstehenden hingegen stehen die Gärten

nur zu bestimmten Öffnungszeiten und öffentlichen Veranstaltungen offen (Baier 2011, 188). Da in vielen Gärten verschiedene Veranstaltungen und Aktionen jenseits des gemeinschaftlichen Alltags durchgeführt werden, zu denen die allgemeine Öffentlichkeit gezielt eingeladen und angelockt wird, können die Gärten auch als „soziale Hybridsphäre“ bezeichnet werden: „einerseits privat, andererseits semi-öffentlich und manchmal dann auch ganz und gar öffentlich, je nach Anlass und Definition der Situation“ (Werner 2011, 64).

Theoretisch kann also jeder teilhaben und mitgärtnern. In den meisten Projekten bedarf es aber zumindest einer anfänglichen Kontaktaufnahme mit der gärtnernden Gemeinschaft und eine Einführung in die Gepflogenheiten und Aufgabenteilungen vor Ort. Damit ist es nicht immer getan. Andere Projekte erfreuen sich so großer Beliebtheit, dass Interessierte aufgrund langer Wartelisten jahrelang ausharren müssen. Auch mit Bedacht definierte proportionale Verteilungen von ethnischen Gruppen können dazu führen, dass interessierte Menschen zunächst auf Mitarbeit in einer bestimmten Gartengemeinschaft warten müssen. In jedem Fall unterscheiden sich Gemeinschaftsgärten von Mieter- und Kleingärten „durch den weitgehend öffentlichen Charakter ihrer Nutzung bei gleichzeitig überwiegend ehrenamtlicher Pflege und Gestaltungshoheit“ (Rosol 2010, 209). Diese Erörterungen machen deutlich, dass es bei der Planung und Verstetigung von gemeinschaftlichen Gartenprojekten im Wesentlichen darum geht, Begegnungen und Kooperationen zwischen verschiedenen Menschen zu ermöglichen und zu fördern.

Partizipation und Interdependenz

Die wachsende Zahl von Gemeinschaftsgartenprojekten zeigt, dass es einen Trend zu mehr sozialem Engagement, zu mehr Partizipation und Vernetzung gibt, sowie Lust, etwas Neues auszuprobieren (Senatsverwaltung für Stadtentwicklung 2007, 22). Immer mehr Menschen suchen neue Wege und Nischen, um ihr eigenes Gesellschaftsexperiment zu wagen. Und dafür erweisen sich undefinierte, nicht oder nicht mehr eindeutig mit Nutzungen belegte Räume als ideal. Sie rücken vermehrt in den Fokus einer „neuen urbanen Akteursspezies, die den Stadtraum als möglichst ungezähmtes Territorium“ entdeckt (Misselwitz 2007, 104). Gemeinschaftsgärten sind solche Territorien: Man trifft sich, entwickelt Ideen und Vorstellungen darüber, wie man im Viertel leben möchte. Damit führt die Mitwirkung in einem Garten auch zur Entwicklung einer politischen Mündigkeit, zur basisdemokratischen Selbstorganisation sowie zur Mitgestaltung des eigenen Wohnumfelds und des politischen kommunalen Systems (Baier 2011, 179). Von der Teilhabe an solchen Prozessen profitieren insbesondere auch Menschen, die mit Benachteiligungen in ihrem Wohnumfeld, in finanzieller Hinsicht, in Bezug auf Bildung und Artikulationsfähigkeit konfrontiert sind.

Mit der Aneignung „ungezählter Territorien“, also der Inbesitznahme verschiedener Räume in der Stadt, treffen auch verschiedene Akteure aufeinander. Diese Akteure initiieren und entwickeln Gemeinschaftsgärten und übernehmen auf unterschiedliche Weise Verantwortung für Räume: Sie pachten sie, gehen privatrechtliche Nutzungsverträge mit Eigentümern ein oder bekommen Flächen unentgeltlich zur gärtnerischen Nutzung überlassen. Gleichermaßen vielschichtig sind die Pflichten der gärtnernden Gemeinschaften: Während die einen für ihre Gärten Pacht, Miete und andere laufende Kosten regelmäßig zahlen müssen, werden anderen Gruppen diese Kosten erlassen. Bei der Gestaltung dieser Interdependenzen zwischen verschiedenen kommunalen und zivilgesellschaftlichen Akteuren mangelt es nicht an Möglichkeiten, vertragliche Regelungen zur Nutzungsart und -dauer, oder zu Kosten- und Haftungsfragen zu treffen. Oft ist vor allem auf Seiten der Flächeneigentümer die Bereitschaft gefragt, sich auf neuartige, ungewohnte, vielleicht auch mühsame und experimentelle Wege einzulassen (Dams 2011, 168).

Diese Selbstorganisation und Mündigkeit zivilgesellschaftlicher Akteure stellt an vielen Orten einen Paradigmenwechsel dar. Er erfordert Offenheit und Mut für neue, innovative Formen der Kooperation. Vielerorts geben informell denkende und handelnde zivilgesellschaftliche Initiativen wichtige Impulse für eine zukunftsfähige Stadtentwicklung. Dem gegenüber stehen nicht selten komplexe behördliche Entscheidungs- und Bewilligungsabläufe auf kommunaler Seite. Gärtnernde Initiativen fühlen sich zum Teil von Verwaltungsstrukturen eher ausgebremst als in ihren Anliegen unterstützt. Andererseits stoßen Verwaltungsmitarbeiter an ihre Grenzen, wenn sie impulsiven zivilgesellschaftlichen Akteuren die Notwendigkeit geregelter Verfahren vermitteln müssen (Müller 2011, 36+49).

Entsprechend der Unterschiedlichkeit der Akteure, der Eigentumsverhältnisse und zeitlichen Horizonte der Kooperation, sind auch die rechtlichen Rahmenbedingungen der Gärten verschieden. Allein ihre Entstehungsprozesse bedingen, dass unterschiedliche Flächen und Grundstücke in den Fokus geraten, deren gärtnerische Nutzung bau- und planungsrechtlich nicht intendiert ist. Da den meisten Garteninteressierten daran gelegen ist, die Arbeit im Garten in ihren Alltag in der Stadt zu integrieren, ist ihnen an Nähe zum Wohnort oder zumindest guter Erreichbarkeit des Gartens gelegen. Wenn Engagierte sich also zum Ziel setzen einen Gemeinschaftsgarten zu gründen, machen sie sich nicht selten in ihrem unmittelbaren Wohnumfeld auf die Suche nach einer freien Fläche. Dabei spielt weniger eine Rolle, wie die Fläche planungsrechtlich ausgewiesen ist und wie sie bisher genutzt wurde, sondern vielmehr, dass sie unbebaut ist und sich zum Gärtnern eignet. Kommt es im weiteren Prozess zur Identifikation des Eigentümers und dem Abschluss einer Nutzungsvereinbarung mit ihm, kann die gärtnernde Gemeinschaft ihr Projekt beginnen. Der zeitliche Horizont dieser gärtnerischen Nutzung, der meist in der Nutzungsvereinbarung definiert wird, kann dabei variieren. Auf Grundstücken, auf denen Baurecht besteht, kann eine gärtnerische Nutzung weniger lange intendiert werden, als beispielsweise auf ohnehin begrünter Arealen innerhalb städtischer Grünflächen oder Ausgleichsflächen an Siedlungsrändern.

Erst wenn sich Gemeinschaftsgärten im Laufe von Jahren zu erfolgreichen Projekten entwickeln, werden zeitliche Nutzungsbeschränkungen thematisiert. Sie bedrohen einen Garten in seiner Existenz und belasten dementsprechend die Gemeinschaft mit Unsicherheit. Vor diesem Hintergrund wird aus Kreisen engagierter Gärtnerinnen und Gärtner gefordert, Gemeinschaftsgärten als solche planungsrechtlich zu sichern. Dazu werden verschiedene Ansätze diskutiert: Sie reichen von der Neuinterpretation des Bundeskleingartengesetzes, über Eintragungen in Landschaftsplänen, Verordnungen in Gestaltungssatzungen, Definition einer eigenständigen Flächenkategorie bis zu Überlegungen zur Einführung von Allmenden oder der Weiterentwicklung von privatrechtlichen Verträgen (vgl. „Freiraumplanung und urbane Gemeinschaftsgärten: Kooperation in Sicht?“ Tagung TU München 27./28. Juni 2013 und von der Haide 2009). Noch aber ist die Wahrnehmung und Wertschätzung sowie die Unterstützung urbaner Gemeinschaftsgärten in vielen Kommunen so gering, dass die Diskussion einer nachhaltigen, planungsrechtlichen Sicherung bisher geringe Priorität hat.

Freiraumplanung und Finanzierung

Grüne Freiräume haben in der stadtplanerischen Debatte an Bedeutung gewonnen: Wenn es früher nicht selten nur darum ging, den nicht bebauten Restraum zu begrünen, so wird eben diesen Räumen heute auch eine stadtstrukturierende Kraft zugesprochen (Lohrberg 2011, 142). Brachgefallene Industrieflächen, verlassene Hinterhöfe oder begrünte Abrissgrundstücke werden als Landschaftsinseln in der Stadt wertgeschätzt (Kil 2010, 27). Davon wird es zukünftig mehr geben. Viele kommunale Budgets schrumpfen, so wie vielerorts auch die bebauten Räume. In der Zukunft wird der Aufgabenschwerpunkt der Stadt- und Freiraumplanung vermehrt darin liegen, mit schrumpfenden öffentlichen

Mitteln eine zunehmende Anzahl von Freiflächen zu aktivieren und in urbane Strukturen zu integrieren. Somit ist es gerade in wirtschaftlich und demographisch schrumpfenden Städten unerlässlich, sich mit neuen Formen von Stadtnatur zu arrangieren (Kil 2010, 29).

In prosperierenden Regionen wie beispielsweise Frankfurt am Main, Hamburg, München oder Stuttgart, die unter einem hohen Wachstumsdruck stehen, werden Grün- und Freiräume hingegen zu einem knappen Gut. Die gärtnerische Aneignung von Brachen und Freiflächen steht in Konkurrenz zu anderen baulichen Nutzungen. In diesen Abwägungsprozessen kommt der politisch-planerischen Wertschätzung gemeinschaftlicher Gartennutzungen eine entscheidende Bedeutung zu. Es geht darum, urbane Gemeinschaftsgärten als anders gestaltete Freiräume wahrzunehmen und sie als genuinen Bestandteil von Urbanität wertzuschätzen (Müller 2011, 23).

Vor diesem Hintergrund wird sowohl für wachsende als auch für schrumpfende Städte gefordert, urbane Gärten zum selbstverständlichen Bestandteil von Stadt und Stadtentwicklungskonzepten zu machen. Die Aufgabe kommunaler Stadtentwicklungspolitik muss in diesem Sinne darin bestehen, gerade in Bezug auf Formen des urbanen Gärtnerns vorausschauend vorzugehen und sich dabei verstärkt an den Bedürfnissen der Nutzergruppen zu orientieren (Lohrberg 2011, 148; Misselwitz et al. 2007, 105). Dies kann nur durch kreatives, vernetztes Handeln aller Akteure erfolgen (Stevens 2007, 122). Erste Zeichen für diesen Wandel werden bereits gesehen: „Ganz langsam beginnt sich [...] die Haltung in den Planungs- und Bauverwaltungen zu verändern. Die neuen Garteninitiativen und hier besonders die spektakulären Projekte tragen zu einem allmählichen (Image)wandel bei“ (Dams 2011, 164).

Auch der Blick ins Ausland kann Mut machen. In zahlreichen Städten sind Beispiele zu finden, wie urbane Gärten und agrikulturelle Projekte zum festen Bestandteil städtischer Strukturen geworden sind. Oft initiiert durch vorbildliche Einzelprojekte haben viele ausländische Kommunen mittlerweile Programme und Konzepte erarbeitet, um die Entstehung von gemeinschaftlichen Gärten systematisch zu fördern; vorbildlich sind z. B. London, Paris, New York City oder Seattle. Neben den gesamtstädtischen Konzepten, der produktiven Zusammenarbeit sehr unterschiedlicher Akteure, blühen viele Gärten nur, weil es auch Förder- und Finanzierungsmöglichkeiten gibt. Wenn auch die Mittel zur Anlage und zum Betrieb vieler Gärten vergleichsweise gering sind, können bereits kleine finanzielle Belastungen – etwa für Pachtzahlungen, Wasser und Strom – den Gemeinschaften ihr Engagement unmöglich machen. Wichtige Finanzierungsmöglichkeiten ergeben sich hierbei – vor allem in benachteiligten Stadtteilen – aus Mitteln quartiersbezogener Sanierungs- und Entwicklungsprogramme der Kommunen, der Länder, des Bundes (z. B. Städtebauförderung), der EU (z. B. ESF, EFRE) oder auch anderen, an Quartiersentwicklung interessierten privaten Quellen. Allerdings sind Gemeinschaftsgärten bisher kein ausdrücklich definierter Fördergegenstand. Vielmehr sind der Sachverstand und die Kreativität der Akteure vor Ort gefragt, um vorhandene Budgets für die Quartiersentwicklung auch für die Unterstützung von Gemeinschaftsgärten zu mobilisieren.

Informelle, improvisierte Gestaltungsansätze

Auch wenn das Prinzip individuell bewirtschafteter Gartenparzellen und mehr oder weniger stark ausgedehnten Gemeinschaftsbereichen sowohl für traditionelle Kleingartenanlagen als auch für in jüngerer Zeit entstandene Gemeinschaftsgärten gilt, so grenzen sich viele Gemeinschaftsgärten aufgrund ihrer gelegentlich eigenwilligen Ästhetik doch vom bürgerlichen Gartenkonzept ab (Werner 2011, 71). Mehr noch als bei klassischen Kleingartenanlagen geht es um die Kunst des einfachen Lebens, das Arrangierens mit dem, was vorhanden ist. In dem Informellen und Improvisierten eine ästhetische und gestalterische Qualität zu sehen, ist angesichts verankerter kultureller Muster zunächst schwierig und

verlangt, so Wolfgang Kil (2010, 22), nach einem Paradigmenwechsel: Es ist an der Zeit, die Angst vor der „Unordentlichkeit als Prinzip“ im urbanen Umfeld auszuräumen und im Wildwuchs und vermeintlichen Kontrollverlust eine Chance zu sehen. Besonders in den Wintermonaten tritt der Charme des Unfertigen in vielen Gemeinschaftsgärten sehr deutlich zutage. Während städtische Parkanlagen und viele private Hausgärten zum Ende des Herbstes in einen möglichst sauberen und geordneten Zustand gebracht werden, erscheinen Gemeinschaftsgärten zum Teil unaufgeräumt und verbergen nicht die saisonale Vergänglichkeit der Natur.

Wer Gemeinschaftsgärten besucht hat, weiß, dass hier im Vergleich zu vielen Kleingartenanlagen vieles unreguliert bleibt, weniger Regeln und weniger Zwänge herrschen; Vorgaben etwa zur Höhe von Hecken, zum Anteil von Nutz- und Zierpflanzen und zum Pflegestandard fehlen meist (Rosol 2010, 208). Zudem fehlen in aller Regel feste Gartenhäuschen, wie man sie aus zahlreichen „Laubenkolonien“ kennt. Daraus resultiert, dass die Ästhetik der Gärten eine improvisierte ist. „Sie ist tendenziell wuselig, wirr, vielfach gebrochen und ‚quer‘. [...] Das Unfertige und nicht das Passende wird zelebriert.“ (Werner 2011, 71)

Beiträge zu Ökologie und Nachhaltigkeit

Obwohl urbane Gärten eher inselartig und lose über den Stadtkörper verteilt sind, werden ihnen verschiedene Beiträge zur Ökologie und nachhaltigen Entwicklung attestiert. Auch wenn ihr Flächenanteil relativ gering ist, bilden Gemeinschaftsgärten grüne Trittsteine im städtischen Gefüge. Sie stellen vielfältige, kleinstrukturierte, der Biodiversität zuträgliche Lebensräume für Flora und Fauna dar, die Bausteine der Vernetzung zwischen innerstädtischen Biotopen und Stadträndern bilden (Schwerzmann 2013, 91). Außerdem trägt ihr Bewuchs zur Abkühlung des Klimas in der Stadt bei, die Pflanzen binden Kohlendioxid und helfen die Windgeschwindigkeit vor Ort zu reduzieren und damit Energie zu sparen. Als mittelbare Wirkung wird Gemeinschaftsgärten attestiert, durch kurze Wege zwischen Nahrungsmittelproduktion und Verbrauch Ressourcen zu schonen, durch den vermehrten Verzehr von Gemüse zur Reduktion von ressourcenintensiver Fleischproduktion beizutragen und die rurale Landwirtschaft durch die Nutzung von Brachen zu entlasten. Des Weiteren können Gärten als wohnortnahe Orte der Betätigung Freizeitverkehr vermindern und Böden aufwerten helfen. In den meisten Projekten sind die Gärtnerinnen und Gärtner bestrebt, die Böden zu entsiegeln, zu bearbeiten und u. a. durch Kompostierung aufzuwerten (von der Haide 2009).

Es gibt auch andere Einschätzungen zum ökologischen Wert von Gärten. Unter anderem sehen diese den Einfluss von Kontaminationen kritisch. In vielen Gärten werden Kisten und andere mobile Gefäße zum Anbau genutzt, da der lokale Boden durch Vornutzungen belastet ist. Wie es dann mit der Kreislaufwirtschaft in urbanen Gemeinschaftsgärten aussieht, wenn beispielsweise das Substrat der mobilen Beete zugekauft wird, der Aufbau einer dünnen Humusschicht aber viele Generationen dauert, muss in jedem Projekt differenziert betrachtet werden (Dams 2011, 163–165).

Insgesamt wird der ökologische Wert von Gemeinschaftsgärten aufgrund der gängigen naturschutzfachlichen Bewertungskriterien in der Regel positiver eingeschätzt als der Wert einer landwirtschaftlichen Fläche. Vor diesem Hintergrund wurde beispielsweise einem Gemeinschaftsgarten am Stadtrand von Marburg nach eingehender Prüfung genehmigt, auf einer Ausgleichsfläche im Außenbereich zu gärtnern. Unter Versicherung, dass keine Pestizide eingesetzt würden und die Biodiversität durch den Garten gefördert würde, durfte das Projekt starten.

Neben ihren stadtoökologischen Funktionen oder kleinklimatischen Wirkungen ist letztlich bedeutsamer, dass in Gemeinschaftsgärten neue Aufenthaltsqualitäten und „Frei“-Räume geschaffen werden:

Auf der Basis von biologischem Gartenbau, handwerklicher Eigenarbeit und selbst konzipierter Umweltbildungsarbeit entstehen neue Handlungsmöglichkeiten und Erfahrungsräume. Gärten gleichen in diesem Sinne offenen Experimentierfeldern für soziale, ökologische und interkulturelle Nachhaltigkeitsstrategien (Müller 2002, 9+17) und tragen zur Auseinandersetzung der Stadtbevölkerung mit diesen Fragestellungen bei.

Die folgenden Ausführungen zur Situation von Gemeinschaftsgärten basieren auf sieben exemplarischen Fallstudien, die im Rahmen des Projektes „Gemeinschaftsgärten im Quartier“ durchgeführt wurden (siehe Kap. 1.2 Methodik und Vorgehensweise). Die Bandbreite der untersuchten Projekte wurde hierbei so gewählt, dass eine Vielfalt der Entstehungshintergründe, Rahmenbedingungen und handelnden Akteure berücksichtigt werden konnte.

Gemeinschaftsgärten im Quartier, Lage der Fallstudiengebiete



Datenbasis: ExWoSt-Modellvorhaben
Geometrische Grundlage: BKG, Gemeinden, 31.12.2011

Abbildung 6: Fallstudienauswahl (Grafik: BBSR)

Da ein besonderes Interesse in der Betrachtung der Beiträge von Gemeinschaftsgärten zur Entwicklung benachteiligter Quartiere lag, wurden Fallstudien in genau solchen Stadtquartieren ausgewählt. Diese sind geprägt von relativ hoher Arbeitslosigkeit, überdurchschnittlich vielen einkommensschwachen Haushalten und relativ hoher Abhängigkeit von staatlichen Transferleistungen. Aufgrund dieser komplexen Problemlagen werden viele der Gebiete durch das Programm „Soziale Stadt“ gefördert. Die Benachteiligungen zeigen sich oft durch Defizite in der sozialen Infrastruktur, durch problemati-

sche Verkehrsanbindungen, durch sanierungsbedürftige Bausubstanz, mangelhafte Wohnraumversorgung, quantitativ und qualitativ unzureichendes Freiraum- und Grünflächenangebot und schwierige Entwicklungsperspektiven (z. B. Segregation, Schrumpfung, Strukturwandel).

3 Ausgewählte Beispiele: Sieben Gemeinschaftsgärten in deutschen Städten

3.1 Lagen, Kontexte und Flächentypen

Bei der Recherche zur Auswahl der Fallstudien bestätigten sich die Erkenntnisse der Literaturarbeit: Gemeinschaftsgärten sind in unterschiedliche Nutzungskontexte eingebettet; sowohl in von Wohnnutzung dominierte Bereiche als auch in gemischte und von gewerblicher Nutzung geprägte Strukturen. Damit gehen auch unterschiedliche baustrukturelle Merkmale ihres städtebaulichen Umfeldes einher. So befinden sich die im Rahmen dieser Studie untersuchten Gemeinschaftsgärten in Berlin-Neukölln und Leipzig-Lindenau in Blockinnenhöfen, der Garten in Essen-Katernberg fügt sich in Zeilen- und Reihenbauten ein, die Anlagen in München-Neuperlach und in Hannover-Sahlkamp liegen in Großwohnsiedlungen und die Gärten am Schlaatz in Potsdam und in Marburg-Stadtwald grenzen an offene Baustrukturen.

So unterschiedlich die baulich-räumlichen Kontexte von Gemeinschaftsgärten sind, so verschieden sind auch die Flächen und Grundstücke, auf denen gegärtnert wird. In den Fallstudien dieser Untersuchung handelt es sich beispielsweise um eine kleine, versiegelte Baulücke in einer Blockrandstruktur, um das betonierte Dach einer Tiefgarage inmitten einer Hochhaussiedlung, um unbebauten, grünen Freiraum am Übergang zwischen Quartier und Landschaftsraum oder um ungenutzte Restflächen zwischen Quartier und Erschließungsinfrastruktur.

Mit den baulich-räumlichen Unterschieden des Gartenumfelds variieren auch die Zugänglichkeit und Erreichbarkeit, die Beziehungen zur angrenzenden Nutzung, die Einbindung in bestehende Freiraumstrukturen und die Größen der Gärten von wenigen hundert bis zu mehreren tausend Quadratmetern. Mit zunehmender Größe steigt die Zahl der möglichen Gärtnerinnen und Gärtner, aber auch der Aufwand für den gesamten Betrieb und Unterhalt sowie für die interne Organisation und Kommunikation.

Mit den Unterschieden der Gärten variieren auch ihre Einzugsgebiete. In den meisten Fällen entsprechen sie dem unmittelbaren Quartiersumfeld, der Nachbarschaft. Dies drückt sich im Falle des Leipziger Beispiels auch in der Bezeichnung „Nachbarschaftsgärten“ aus. Aber auch in Berlin, Hannover, Marburg, München und Potsdam wohnen die Gärtnerinnen und Gärtner in aller Regel nur wenige Fuß- oder Fahrradminuten vom Garten entfernt. In Hannover-Sahlkamp entstand kurz nach Gründung des Gartens im Spessartweg ein weiterer Gemeinschaftsgarten nur wenige Blocks entfernt mit einem sehr ähnlichen Konzept. Dieses Beispiel zeigt, dass es im Stadtteil einen großen Bedarf nach gut erreichbaren gemeinschaftlichen Gartenflächen gibt. Nur die Bunten Gärten Alte Kirchstraße in Essen stellen eine Ausnahme dar: Ihr Einzugsgebiet geht über die unmittelbare Nachbarschaft im Quartier hinaus. Viele Gärtnerinnen und Gärtner erreichen den Garten mit dem PKW und wohnen in den angrenzenden Städten Gelsenkirchen, Bottrop oder Wattenscheid.



Abbildung 7: Essen-Katernberg: Direkt neben einem etablierten Kleigartenverein gärtnernt eine interkulturelle, „bunte“ Gemeinschaft im Garten „Bunte Gärten Alte Kirchstraße e.V.“.

3.2 Zeitliche Perspektiven und rechtliche Rahmenbedingungen

So unterschiedlich die Kontexte und Flächen sind, auf denen gemeinschaftlich gegärtnert wird, so verschieden sind auch die zeitlichen Perspektiven der Gärten. Im Nachbarschaftsgarten in Leipzig-Lindenau wurden die Gartenaktivitäten u. a. durch eine klare Deklaration als Zwischennutzung möglich. Mit den insgesamt vier Eigentümern der gesamten Gartenfläche existieren jeweils unterschiedliche Nutzungsvereinbarungen. Während der eine Eigentümer die Nutzung als Garten solange erlaubt, wie der betreibende Verein Nachbarschaftsgärten Josephstraße e.V. existiert, schließt ein anderer Eigentümer jeweils zweijährige Verträge ab. Aber dadurch, dass er in engem Kontakt mit dem Verein steht, werden Veränderungen und Perspektiven immer gemeinsam diskutiert. Ein weiterer Eigentümer zeigt nur noch wenig Interesse an der Fläche, seitdem ein auf der Fläche geplantes größeres Neubauprojekt von der Stadt nicht genehmigt wurde. Auch die Interkulturellen Gärten in Marburg-Stadtwald verdanken ihre Existenz einer zunächst zeitlichen Beschränkung. Dort wurde das Projekt anfänglich von der Kommune als Experiment betrachtet und nur unter der Bedingung zugelassen, dass ein Rückbau mit geringem Aufwand möglich ist. Mittlerweile hat sich der Garten zu einem wichtigen Ort im Quartier entwickelt, dessen Fortbestehen nicht in Frage gestellt wird. Die Kommune stellt der gärtnernden Gemeinschaft die Fläche weiterhin pachtfrei zur Verfügung. Sie begrüßt dabei sehr, dass die Gemeinschaft nach zehn Jahren endlich einen eigenen Verein gründet und damit zusehends unabhängiger von der Kommune und der lokalen Initiative für Gemeinwesenarbeit wird.

Auch in anderen Projekten sind die zeitlichen Horizonte nicht unbegrenzt: Sowohl im Integrationsgarten in Potsdam-Schlaatz als auch im Nachbarschaftsgarten Prachttomate in Berlin-Neukölln hat es zunächst Verträge mit nur einjähriger Laufzeit gegeben, deren Verlängerung situativ entschieden wurde und wird. Während in Berlin eine höherwertige Nutzung des Grundstücks die Verlängerung der ohnehin befristeten Nutzungsverträge in Frage stellen kann, gilt der Garten in Potsdam mittlerweile als etabliert und als feste Größe im Quartier. Die Existenz der „Zusammen Aktiv in Neuperlach“ (ZAK) Bewohnergärten in München ist – obwohl seine Anfänge in die frühen 1990er Jahre zurückgehen – bis heute auf der aktuellen Fläche unsicher.

Eine langfristige Perspektive hat die Kleingartenanlage Bunte Gärten e.V. in Essen-Katernberg, die durch ihre Organisationsform als Kleingartenverein auf Verbandsgebiet des Essener Stadtverbands der Kleingartenvereine e.V. letztlich durch das Bundeskleingartengesetz gesichert ist. Auch die Inter-

nationalen Gärten in Hannover-Sahlkamp sind derzeit nicht mit zeitlichen Einschränkungen konfrontiert. Der Eigentümer des Tiefgaragendachs, auf dem sich die Gärten befinden, hat einen zeitlich unbefristeten Vertrag mit dem Trägerverein geschlossen. De facto sind die Gärten damit mindestens solange in ihrem Bestand gesichert, wie die Stadt Hannover die regelmäßige finanzielle Unterstützung des Trägervereins aufrechterhält.

Die Nutzungsperspektive von Gemeinschaftsgärten hängt nicht unwesentlich von den Eigentumsverhältnissen der jeweiligen Flächen ab. So können zum Beispiel die untersuchten Interkulturellen Gärten in Marburg-Stadtwald auf lange Existenz setzen, da sie die Fläche von der Stadt pachtfrei zur Verfügung gestellt bekommen und die Kommune gemeinschaftliche Gartenaktivitäten schätzt und unterstützt. In Leipzig-Lindenau und Berlin-Neukölln hingegen wird auf Flächen privater (Einzel-)Eigentümer gegärtnert, deren Einverständnis für diese ökonomisch wenig einträgliche Nutzung von den Entwicklungsbedingungen des Quartiers abhängt. Sind höherwertige Nutzungsmöglichkeiten in Aussicht, müssen die Gartenprojekte ggf. weichen. In Hannover-Sahlkamp ist die Gartenfläche im privaten Eigentum einer Wohnungsbaugesellschaft. Diese hat jedoch ein ausdrückliches Interesse an der gärtnerischen Nutzung und keinerlei Pläne für eine anderweitige Verwertung der Dachfläche, obwohl die ebenfalls auf dem Dach befindliche gemeinnützige Familieneinrichtung zeigt, dass das Areal grundsätzlich als Baugrund geeignet wäre. Die Untersuchung der Gärten in München-Neuperlach und Potsdam-Schlaatz zeigt, dass die Gärten durch ihre quartierswirksame Arbeit mittlerweile so etabliert sind, dass die Kommunen als Eigentümer die Nutzung der Flächen als Gärten sicherstellen.

Mit Ausnahme eines Gartens ist den untersuchten Projekten gemein, dass deren gärtnerische Nutzung baurechtlich nicht als solche gesichert ist. Es ist demnach bisher weniger der planungsrechtliche Status, der Einfluss auf die Nutzungsperspektive eines Gartens hat, als vielmehr die Nutzungsvereinbarung oder der privat-rechtliche Vertrag, der mit den jeweiligen Eigentümern geschlossen wird. Um Gemeinschaftsgärten dauerhaft planungsrechtlich zu sichern, bräuchte es neue Ansätze. Eine Möglichkeit wäre, das Bundeskleingartengesetz neu zu interpretieren und gemeinschaftliche Gartennutzungen zu integrieren. Dies ist in einem Fallbeispiel geschehen. So sind die Bunten Gärten Alte Kirchstraße in Essen als Kleingartenanlage organisiert, somit auch im Bebauungsplan als solche dargestellt und ihre Existenz dadurch langfristig gesichert. In den meisten Fällen ist die Gartenfläche Teil eines Reinen oder Allgemeinen Wohngebietes (Berlin-Neukölln, Hannover-Sahlkamp, Leipzig-Lindau, Potsdam-Schlaatz). Ein Garten liegt im Außenbereich (Marburg-Stadtwald). Eine besondere Situation ganz anderer Art liegt bei den ZAK Bewohnergärten in München vor: Diese befinden sich auf einer als Grünfläche ausgewiesenen Fläche, auf der weder eine bauliche noch eine Gartennutzung erlaubt ist. Zurzeit ist zwar eine von einer städtischen Behörde verfügte Räumungsklage anhängig, doch dieser Klage folgten bisher keine weiteren Schritte – der Garten wird offensichtlich weiterhin geduldet.



Abbildung 8: München-Neuperlach: Die Beliebtheit des Projektes macht deutlich, dass es das richtige Angebot am richtigen Ort ist.

In der Regel ist der baurechtliche Rahmen des Allgemeinen oder Reinen Wohngebiets eine unkomplizierte Möglichkeit auch Garten- bzw. Freiraumareale darzustellen. Über die Darstellung von Art und Maß der baulichen Nutzung, die Festlegung von Baugrenzen sowie der Grund- und Geschossflächenzahl lässt sich das Verhältnis aus bebauter und unbebauter Fläche klar definieren. Ob die so definierten Freiflächen dann allerdings als Flächen für Gemeinschaftsgärten oder als andere Grünflächen gestaltet werden, bleibt offen. Ebenso kann ein Nicht-Ausschöpfen einer rechtlich möglichen Bebauung bedeuten, dass Gartenflächen in Zukunft doch noch bebaut werden. Hier können im Rahmen von privat-rechtlichen Verträgen zwischen den Gartennutzern und dem Grundstückseigentümer klare Rahmenbedingungen und Perspektiven vereinbart werden. So lässt sich klären, wie lange eine Fläche gärtnerisch genutzt werden darf, welches Kündigungsrecht besteht, welche baulichen Maßnahmen erlaubt sind, ob eine Kautionszahlung zu zahlen ist, wer die Straßenreinigungsgebühren, die Grundsteuer, die Kosten von Be- und Entwässerung, die Haftpflichtversicherung oder sonstige kommunale Abgaben bezahlt, wer die Verkehrssicherungspflicht übernimmt etc.

Eine unbefristete planungsrechtliche Sicherung von Gemeinschaftsgärten bedürfte umfassender Veränderungen bestehender Planungsinstrumente, die in Expertenkreisen diskutiert werden. Die Ansätze dazu reichen von Eintragungen in Landschaftspläne, über Verordnungen, Gestaltungssatzungen bis hin zur Definition einer eigenständigen Flächenkategorie (von der Haide 2009, Tagung TU München 26.-28. Juni 2013 und www.urbangardeningmanifest.de).

3.3 Räumliche Strukturierung der Gemeinschaftsgärten

Obwohl im Fokus von Gemeinschaftsgärten – wie oben beschrieben – das gemeinschaftliche Gärtnern in der Stadt steht, unterscheiden sich die Gärten hinsichtlich der Verteilung von Anbauflächen und Verantwortlichkeiten. Gemeinschaftlich zu gärtnern bedeutet in einigen Fällen durchaus, dass tatsächlich alles gemeinsam von der gesamten im Projekt involvierten Gruppe bewältigt wird. Die Gruppe organisiert sich so, dass alle anfallenden Tätigkeiten auf alle verteilt werden und alle Anbauflächen von allen betreut werden. So ist beispielsweise der Nachbarschaftsgarten Prachttomate in Berlin angelegt.

In anderen Gärten gibt es Mischformen, das heißt, dass es gemeinsam zu bewirtschaftende Flächen gibt, die dort erwirtschaftete Ernte geteilt wird, anfallende Tätigkeiten reihum erledigt werden, aber jedem Mitglied der Gruppe auch eine individuelle Parzelle zum Anbau seiner eigenen Ernte zur Verfügung steht. Im Integrationsgarten in Potsdam-Schlaatz ist das auch der Fall: Am Rande des Gartengeländes reihen sich die individuellen Beete der Mitglieder aneinander. Des Weiteren gibt es Gemeinschaftsgärten, in denen die Mitglieder der Gemeinschaft primär ihre Parzellen bepflanzen und kultivieren und sich das Gemeinschaftliche auf besondere Aktivitäten wie Feste oder bauliche Maßnahmen beschränkt. Das ist nicht nur der Fall im untersuchten Kleingarten Bunte Gärten e.V. in Essen, der in enger Anlehnung an herkömmliche Kleingärten angelegt ist, sich aber explizit an die immigrierte Bevölkerung wendet. Auch in den Bewohnergärten ZAK in München, in den Nachbarschaftsgärten in Leipzig-Lindenau und im Spessartweggarten in Hannover-Sahlkamp ist das Gartenareal in Wege und individuell zugeteilte Parzellen unterteilt. Dennoch findet in diesen Gärten ein reger Austausch zwischen den Gärtnerinnen und Gärtnern statt. Von gegenseitiger Hilfestellung über den Austausch von Erfahrungen bis zum Teilen von Geräten und Ernte entsteht eine sich gegenseitig unterstützende Gemeinschaft.

Unabhängig von den internen räumlichen Strukturierungen sind auch die Ränder von Gemeinschaftsgärten verschieden gestaltet. Die Art und Weise der Randgestaltung, deren Materialität und Dichte respektive Zugänglichkeit ist weniger von gestalterischen Vorlieben geprägt als von kontextuellen Rahmenbedingungen. So kommen zum Beispiel die ZAK Bewohnergärten in Neuperlach und die Interkulturellen Gärten in Marburg, die beide am Rand des Quartiers im angrenzenden Landschaftsraum liegen, mit einer dichten Hecke aus. Diese rahmt die Gärten optisch und signalisiert ein besonderes Terrain. De facto sind aber beide Areale jederzeit ohne Einschränkung oder Schlüssel zugänglich. In Berlin-Neukölln, Hannover-Sahlkamp, Leipzig-Lindenau und Potsdam-Schlaatz sind die Gärten von Zäunen begrenzt, deren Tore tagsüber häufig offen stehen und für die die Mitglieder einen Schlüssel oder Zugangscodex haben. Grund für die Umzäunung und die Zugangseinschränkung ist zumeist die Befürchtung von Vandalismus. Da – z. B. im Fall der Nachbarschaftsgärten in Leipzig-Lindenau – die Gärten oft auch Kindern freies und ungehindertes Spiel ermöglichen sollen, stellen die Zäune auch einen Schutz vor unbeaufsichtigtem Verlassen des Areals dar.



Abbildung 9: Potsdam-Schlaatz: Der internationale und interkulturelle Gemeinschaftsgarten am Schlaatz ist im Laufe der Jahre zu einem wichtigen Stadtteilzentrum im Quartier geworden.

3.4 Organisationsformen der Gemeinschaften

Gemeinschaftsgärten unterscheiden sich nicht nur in ihrer räumlichen Gestaltung und in ihrem Erscheinungsbild voneinander, sondern sie weisen auch sehr unterschiedliche interne und nach außen wirkende Organisationsstrukturen auf. Während die einen Garteninitiatoren als lose Initiative starten und langfristig als solche agieren, gründen andere Gemeinschaften einen Verein oder begeben sich in die Trägerschaft eines existierenden Vereins.

So waren beispielsweise die Berliner Gärtner aus dem Nachbarschaftsgarten Prachttomate 2013 zunächst als Initiative organisiert, gründeten dann aber einen Verein. Dieser erlaubt, dass nicht eine Einzelperson Pächter der gärtnerisch genutzten Grundstücke ist und damit alleine haftet. Auch im Fall der Interkulturellen Gärten in Marburg-Stadtwald erfolgte die Gründung eines Vereins erst viele Jahre nach Beginn der gemeinsamen Arbeit. Im Fall des Integrationsgartens in Potsdam-Schlaatz hingegen war der Brandenburgische Kulturverein e.V. von Anfang an wichtiger Ansprechpartner für die den Garten initiiierenden Akteure und ist bis heute Träger des Gartens. Ähnlich ist die Lage in München, wo der lokale Stadtteilverein Zusammen Aktiv in Neuperlach e.V. (ZAK) die Gartengründung von Anfang an und noch heute als Träger unterstützt.

Die als Initiative agierenden Gemeinschaften berichteten in den Fallstudien, dass eine Vereinsstruktur unerlässlich sei, um Fördergelder zu akquirieren und die pacht- und versicherungsrechtliche Verantwortung gemeinsam tragen zu können. In Hannover-Sahlkamp übernimmt der den Garten mittragende Verein Internationale StadtteilGärten Hannover e.V. noch weitere Funktionen: Er stellt eine wichtige Vernetzungs-Institution dar und beschäftigt einen hauptamtlichen Geschäftsführer. Dieser koordiniert Aktivitäten und sucht den Kontakt und die Zusammenarbeit mit anderen, an nachhaltiger Stadtentwicklung interessierter Gruppierungen wie zum Beispiel die Initiative Transition Town Hannover. Zudem hat der Verein sich zum Ziel gesetzt, die Idee internationaler Gärten in ganz Hannover zu verbreiten.

Diese nach außen wirkenden Organisationsstrukturen spiegeln nicht unbedingt wider, wie die Gartengemeinschaften intern organisiert sind. Auch hier gibt es Unterschiede in den Projekten. Im Integrationsgarten in Potsdam, im Interkulturellen Garten in Marburg oder z. B. auch in den ZAK Bewohnergärten in München sind die betreuenden Honorarkräfte zentrale Ansprechpartner für unterschiedliche Belange der gärtnernden Gemeinschaft; sie organisieren u. a. Feste, sammeln Gelder ein oder moderieren bei Konflikten. Im Nachbarschaftsgarten Prachttomate in Berlin und im Nachbarschaftsgarten Josephstraße in Leipzig hingegen kommt die Gemeinschaft der aktiven Gärtnerinnen und Gärtner regelmäßig zusammen, und alle Entscheidungen werden basisdemokratisch diskutiert, beschlossen und auf unterschiedliche Art und Weise kommuniziert. Nicht selten hängen in den Gärten Listen aus mit anstehenden Aufgaben, es wird aber auch von gegenseitiger Information per Mail und per Blog berichtet.



Abbildung 10: Leipzig-Lindenau: Absprache auf einfache, aber effektive Weise

Im Essener Fallbeispiel Bunte Gärten e.V. ist die Gemeinschaft ebenfalls in einer Vereinsform organisiert. Was in anderen Beispielen von den beteiligten Akteuren als vorteilhaft beschrieben wird, fordert die Essener Gemeinschaft heraus. Durch ihre Zugehörigkeit zum lokalen Dachverband der Kleingärtner müssen sie sich an deren Satzungen und daraus resultierende Erfordernisse (z. B. regelmäßige Sitzungen, Abstimmungsverfahren, Protokolle, Rechenschaftsberichte) halten. In Experteninterviews wurde deutlich, dass dies die sprachlich, kulturell und ethnisch heterogene Gruppe immer wieder vor Herausforderungen stellt.

Auch wenn alle untersuchten Gartenbeispiele entweder bereits als Verein organisiert sind oder dies gerade vorbereiten, ist festzustellen, dass die Organisation einer gärtnernden Gemeinschaft in Form eines Vereins nicht nur Vorteile bietet. Mit der Gründung eines Vereins ist die Umsetzung fester Organisations- und Verantwortungsstrukturen verbunden, das Vereinsrecht ist einzuhalten und der ungebundenen Spontaneität bei der Umsetzung von Ideen und Plänen sind gewisse Grenzen gesetzt. Von vielen gärtnernden Akteuren wird eine Vereinsgründung deshalb zu Beginn eines Projektes auch als bremsend und belastend abgelehnt, aber zumindest in den untersuchten Fallbeispielen wurde sie im Laufe der Zeit dann doch angestrebt. Hinsichtlich der Akquisition von Fördergeldern zum Beispiel ist die Gründung eines Vereins hilfreich, weil Fördergeber Verträge mit einer definierten juristischen Person schließen können. Generell ist es als Verein leichter, Verträge und rechtsverbindliche Vereinbarungen zum Beispiel mit Grundstückseigentümern, Strom- und Wasserversorgern oder städtischen Behörden zu treffen. Auch aus Haftungs- und versicherungsrechtlichen Gründen ist eine Organisation als Verein sinnvoll.

3.5 Einmalige und wiederkehrende Kosten

Auch wenn Gemeinschaftsgärten wesentlich vom ehrenamtlichen Engagement leben, fallen doch in fast jedem Gartenprojekt bei der erstmaligen Herrichtung und Einrichtung und in deren Folge dauerhaft und regelmäßig Kosten an. Abhängig vom Gelände, seiner Vornutzung und entsprechenden Beschaffenheit, bedarf die Einrichtung eines Gartens infrastruktureller Maßnahmen. Dazu gehört das

Entfernen von ungewünschten Einbauten, die Aufarbeitung und Ergänzung des Bodens, die Abgrenzung des Terrains. Hierfür sind Materialien und Geräte, wenn nicht sogar Maschinen und Fahrzeuge notwendig, die ggf. von Experten bedient werden müssen. In innerstädtischen Gärten, wie zum Beispiel im Nachbarschaftsgarten Prachttomate in Berlin, war es weniger die Aufarbeitung des Bodens, sondern zunächst die Entsorgung des vorgefundenen Mülls und die Beschaffung von Gefäßen bzw. der Umzug von Kübeln und deren Anfüllung mit Substrat.

Neben diesen grundlegenden Erschließungsmaßnahmen wurden in einigen Projekten, wie z. B. in den Interkulturellen Gärten in Marburg oder den Nachbarschaftsgärten in der Leipziger Josephstraße auch temporäre Infrastrukturen wie ein Wasseranschluss eingerichtet. Der Bezug und entsprechend zum Teil auch die Entsorgung von Wasser resultiert in Gebühren, die laufend anfallen. Auch andere kommunale Gebühren, wie z. B. für Straßenreinigung kommen hinzu; Versicherungsbeträge, Pacht- oder Mietkosten fallen ebenfalls regelmäßig an. Zum Teil verlangen die Eigentümer der Flächen auch Kauttionen, die zur möglichen Räumung bzw. für den Rückbau des Gartens bei einem Scheitern des Projekts herangezogen werden würden.

Je nach Art des Gemeinschaftsgartens, der Zusammensetzung der Gruppe und den Aktivitäten können auch wiederkehrende Kosten für besondere Projekte oder für Personalkosten anfallen. Im Garten in Potsdam werden beispielsweise viele Projekte für Kinder und Schüler angeboten sowie zahlreiche Feste und Aktionen durchgeführt, für die immer wieder Materialien beschafft werden müssen. Durch die intensive Begleitung und Betreuung der Gartengemeinschaft sowie die Vielzahl der Projekte entsteht ein Personalbedarf, der ehrenamtlich nicht abzudecken ist. Je nach Garten, Zielgruppen und Aktivitäten sind ggf. Mittel zur Beschäftigung von Personal notwendig. Diese Angebote werden vielerorts geschätzt, die Teilnehmer der Projekte gewöhnen sich daran und an die betreuenden Personen, woraus für die Gärtnerinnen und Gärtner eine Verpflichtung erwachsen kann. Zumeist kommen sie dieser gerne nach. Aber einige Betreuerinnen und Betreuer empfinden es als Belastung, dass die Finanzmittel für Projekte immer wieder zeitaufwendig neu beantragt werden müssen und damit unkalkulierbar bleiben.

Die Summe der anfallenden Kosten ist von vielen Variablen abhängig, ebenso wie deren Finanzierung von den Rahmenbedingungen des jeweiligen Gartens abhängt. In einigen Projekten, wie beispielsweise in Marburg oder Hannover, wird ein Großteil der Kosten von der Kommune und anderen Sponsoren getragen, so dass die Gärtner nur geringe Beiträge (etwa 10 Euro pro Saison) leisten müssen. In anderen Gärten müssen die Mitglieder höhere Beiträge leisten, es müssen Fördermittel aus anderen Quellen wie etwa aus Mitteln des Städtebauförderprogramms „Soziale Stadt“ oder Stiftungen beantragt werden, oder der Garten muss selber Einnahmen generieren. Auch hier sind zahlreiche Ansätze zu finden. Im untersuchten Potsdamer Garten erfährt die Gartengemeinschaft beispielsweise nach wiederholten Brandanschlägen große Spenden- und Hilfsbereitschaft. Eine Reihe von Handwerksfirmen hat sich beim Wiederaufbau der Gartenlaube eingebracht und unterstützt die Gemeinschaft noch heute. Anders geartet ist die Situation im Berliner Gartenprojekt. Außer der Anschaffung von Erde, die durch das Quartiersmanagement des benachbarten Viertels einmalig finanziert wurde, kommt die Gruppe größtenteils ohne externe finanzielle Unterstützung aus. Sie suchen kreative Wege und generieren durch den Verkauf von Selbstgemachtem auf ihren garteninternen Flohmärkten oder auf dem Weihnachtsmarkt Einkommen, um laufende Kosten zu decken.



Abbildung 11: Marburg-Stadtwald: Wohnumfeld-Verbesserungen entwickelten sich weiter und ließen letztlich den beliebten interkulturellen Gemeinschaftsgarten entstehen.

3.6 Entstehungsanlässe und Entwicklungsprozesse

Auch bezüglich der Anlässe und Ausgangspunkte sowie der Entstehungs- und Entwicklungsprozesse unterscheiden sich Gemeinschaftsgärten voneinander. In vielen der in dieser Studie untersuchten Projekte ging die erste Initiative zur Gründung eines Gartens von Menschen aus, die selber gerne gärtnern und dies nicht auf eigenem Grund tun konnten. Auf der Suche nach einem Stück Land zum Gärtnern richteten sich einige an kommunale Abteilungen oder an in ihrem Stadtteil aktive Ansprechpartner. So machten sich beispielsweise türkischstämmige Gärtner im Ruhrgebiet auf die Suche nach einer neuen Fläche zum Gemüseanbau, nachdem sie ihr ursprünglich genutztes Grabeland verlassen mussten. In einem langen Prozess unter Beteiligung zahlreicher öffentlicher Akteure wurde die Gruppe in der Errichtung eines internationalen Kleingartenvereins unterstützt. In Potsdam-Schlaatz waren es Spätaussiedler, die in ihrem neuen Umfeld an die Gartentradition ihrer alten Heimat anknüpfen wollten und sich auf der Suche nach einer geeigneten Fläche an öffentliche Ansprechpartner wandten. In Leipzig-Lindenau erkannten bildungsnahe Gruppen und junge Familien die in den Leerständen und Brachen liegenden Chancen für die Gestaltung neuer Formen des gemeinschaftlichen Engagements. Hier war es zunächst eine hoch engagierte Bewohnerin des Stadtteils, die mit ihrer Initiative und Begeisterungsfähigkeit sowohl andere Bewohnerinnen und Bewohner als auch u. a. das Amt für Stadterneuerung und Wohnungsbauförderung zum Mitmachen und Unterstützen motivierte. In allen drei Projekten wurden die Bottom-up-Initiativen aufgegriffen und erhielten Unterstützung von öffentlicher Seite. Die Entstehung einiger Gemeinschaftsgärten geht also auf bürgerschaftliche Initiativen – die durchaus von Menschen aus benachteiligten Lebenssituationen kommen – zurück, die im Laufe des Entwicklungsprozesses Unterstützung von der Kommune erhielten. Wie viel und welcher Unterstützung es dabei bedurfte, ist von Projekt zu Projekt unterschiedlich.

In Marburg-Stadtwald und auch Hannover-Sahlkamp ist schon die Entstehung der Gärten wesentlich dem Engagement bzw. der großen Bereitschaft der Kommune zu verdanken, sich für die Entwicklung von Gärten einzusetzen. Während in Marburg eine engagierte Bürgerin von der Idee interkultureller

Gärten und der Stiftung Interkultur inspiriert war und die kommunale Stadtplanungsabteilung im Zuge von Wohnumfeldverbesserungen den Wert von Gärten schätzte, bedurfte es weniger Überzeugungsarbeit bei allen Akteuren, einen Gartenversuch zu wagen. In Hannover-Sahlkamp war es ein Mitarbeiter der Stadtverwaltung, der mittlerweile zum Ansprechpartner für Gemeinschaftsgartenangelegenheiten beim Fachbereich Umwelt und Grün ernannt wurde, dem es durch beharrliche Überzeugungsarbeit gelang, eine kritische Masse von Gärtnern für einen Gemeinschaftsgarten zusammenzubringen. Im Fall von München-Neuperlach gehen die heutigen Bewohnergärten auf ein frühes Projekt des lokalen Stadtteilvereins ZAK e.V. zurück, der die Wünsche der Siedlungsanwohner nach Gartenflächen aufgriff und im Abstandsgrün erste Gärten anlegte. Heute werden die Gärten von einigen kommunalen Referaten der Stadt unterstützt; andere sehen das Projekt an derzeitigem Standort noch immer kritisch. Die Fallbeispiele zeigen, dass viele Gemeinschaftsgärten auf der Kooperation und dem Engagement kommunaler und zivilgesellschaftlicher Akteure basieren.

Die Berliner Initiative Prachttomate stellt im Reigen der untersuchten Fallstudien eine Ausnahme dar; sie agiert ohne kommunale Unterstützung und steht damit für zahlreiche andere Gemeinschaftsgärten in deutschen Großstädten, die – zunächst – allein auf die eigene Tatkraft angewiesen sind. Die Entstehung des Nachbarschaftsgartens Prachttomate in Berlin-Neukölln geht auf engagierte zivilgesellschaftliche Akteure zurück, die sich ohne öffentliche Unterstützung eine Fläche suchten, Pachtverträge mit den Grundstückseigentümern abschlossen und seitdem engagiert ihren Gartenzielen nachgehen.

Dabei erfreuen sich Gemeinschaftsgärten nicht immer uneingeschränkter Unterstützung. So wurde in vereinzelten Fällen – in dieser Studie in zwei von sieben untersuchten Gemeinschaftsgärten – von gezielten Übergriffen und Vandalismus auf die Gartenanlagen berichtet. In diesen zwei Fällen kam es mitunter wiederholt zu Zerstörungen von Mobiliar und Einbauten. In einem dritten Fallbeispiel, in Marburg-Stadtwald wurde ebenfalls von Verwüstungen in einzelnen Gartenbeeten berichtet. Zum Teil wurden diese Tieren zugeschrieben, die aufgrund der mangelnden Einzäunung des Geländes und seiner Lage in direkter Nachbarschaft zu Feld- und Waldflur jederzeit eindringen können.



Abbildung 12: Berlin-Neukölln: Ehrenamtliches Engagement junger Menschen ließ aus einer vermüllten Baulücke einen sozial-integrativen Garten entstehen.

3.7 Akteure

So groß die Bandbreite von Gemeinschaftsgärten ist und so unterschiedlich die Rahmenbedingungen der Projekte sind, so vielfältig sind auch die Akteure, die zur Entstehung und zum Betrieb der Gärten beitragen. Zu den wichtigsten Akteuren zählen diejenigen Bürgerinnen und Bürger, die die Gründung eines Gemeinschaftsgartens initiieren und anregen. Ohne deren Engagement und Vision kämen die Gärten kaum zustande. Eine weitere wichtige Gruppe, die nicht selten Überschneidungen mit der erstgenannten zeigt, ist die Gemeinschaft der aktiv Gärtnernden. Aber es tragen auch die Akteure zum Entstehen und Gelingen eines gemeinschaftlichen Gartens bei, die im Hintergrund agieren, deren Beitrag oft wenig sichtbar ist. Dazu gehören zum einen Flächeneigentümer, die ihren Grund und Boden zum Gärtnern zur Verfügung stellen. Zum anderen sind es in vielen Projekten auch Vertreterinnen und Vertreter kommunaler Ressorts, die die Entwicklung der Projekte (mit) ermöglichen. Und nicht zuletzt sind häufig auch Kooperationspartner von zentraler Bedeutung, die Beiträge zur Entstehung der Gärten leisten oder während des Betriebs wertvolle Ressourcen zur Durchführung ergänzender Aktivitäten einbringen.

Obwohl das gemeinsame Gärtnern im Vordergrund des Engagements aller Beteiligten steht, gibt es doch zahlreiche weitere Motive und Gründe, warum die Menschen sich in diese bisweilen doch ungewöhnlichen partizipativen Projekte einbringen.

Aktive Gärtnerinnen und Gärtner

Nicht zwangsläufig sind die gründenden Akteure eines Gartens auch diejenigen, die sich dort dauerhaft engagieren. Doch in vielen Fallbeispielen dieser Studie sind diejenigen, die den langwierigen und oft arbeitsreichen Weg der Gartenentwicklung begleitet haben, auch langfristig am Betrieb des Gemeinschaftsgartens beteiligt. Schon während des Entstehungsprozesses, aber insbesondere nach im Quartier sichtbarer Entwicklung eines Gartens, erweitert sich der Kreis der Gemeinschaft. Interessierte kommen dazu, fügen sich ein und bleiben langfristig dabei; andere beteiligen sich nur kurz und beenden ihre Mitarbeit nach einiger Zeit. Die Art und Dauer des Engagements hängt zum Teil mit der Strukturierung und Aufteilung der Gärten zusammen. In den Gärten, in denen alles gemeinschaftlich gemacht wird, alle Arbeiten von den Mitgliedern der Gemeinschaft getragen werden, ist das spontane Mitarbeiten oder auch Fernbleiben unkompliziert möglich. Sind Gärten so angelegt, dass einzelne Mitglieder Verantwortung für ausgewiesene Parzellen oder Beete übernehmen, ist ein spontanes Ausbleiben folgenreicher. Häufig übernehmen dann andere Gärtnerinnen und Gärtner die Pflege des Beets, bis sich ein neuer Pächter gefunden hat.



Abbildung 13: Hannover-Sahlkamp: Erfolg ernten: Zum Höhepunkt der Gartensaison genießen die Gärtnerinnen und Gärtner die Früchte ihrer Arbeit.

Obwohl der Charakter und die Zielsetzung eines Gartens Einfluss auf die Gemeinschaft haben, wird die Gruppe der Gärtnerinnen und Gärtner in vielen Projekten vom Umfeld des Gartens und damit seines Haupteinzugsbereichs bestimmt. Bedingt durch die Bewohnerschaft der angrenzenden Quartiere kommen in einigen Gärten beispielsweise vermehrt Spätaussiedler, Migranten oder Flüchtlinge zusammen, während in anderen Gärten Studenten, Freiberufler, Arbeitslose oder Rentner aktiv sind. In Marburg-Stadtwald schlägt sich die Heterogenität der Bewohnerschaft hinsichtlich Bildung, Einkommen etc. auch in den Interkulturellen Gärten nieder. Auch in der Berliner Prachttomate ist die soziale Vielfalt der Gärtnerinnen und Gärtner groß: Migranten, Studierende, Familien mit Kindern unterschiedlicher sozialer Milieus kommen in den Gärten zusammen. Dies geht nicht unbedingt auf sein Umfeld zurück, denn während einige Mitglieder der Gemeinschaft aus der unmittelbaren Nachbarschaft kommen, können andere den Garten nur per Fahrrad oder öffentliche Verkehrsmittel erreichen. In den anderen Fallbeispielen hingegen ist eine weniger breite sozio-ökonomische oder demographische Mischung feststellbar. So waren in den untersuchten Gärten auch Beispiele zu finden, in denen eher homogene Gruppen gemeinsam gärtnern. Die Leipziger Nachbarschaftsgärten sind vor allem von jüngeren Familien aus dem alternativen Milieu geprägt. In Essen, Hannover, Leipzig und München ist zwar eine große ethnische Vielfalt feststellbar, die gelegentlich auch zu Spannungen führt, aber die sozio-ökonomische Lage der Gärtnerinnen und Gärtner ist relativ homogen. Aber auch hier ist der Charakter des Umfeldes nur bedingt von Bedeutung. In Essen ist beispielsweise der Einzugsbereich des Gartens so groß, dass die Menschen aus benachbarten Städten mit dem PKW kommen. Nur die gemeinschaftlich genutzte Gartenparzelle richtet sich an die Betreuungseinrichtungen bzw. Kinder des angrenzenden Quartiers.

Kooperationspartner

Neben den Mitgliedern der gärtnernden Gemeinschaft, die sich in den permanenten Betrieb des Gartens einbringen, gibt es in vielen Gärten auch Akteure, die sich gezielt nur an bestimmten Projekten beteiligen. Meist handelt es sich um Kooperationspartner aus Bildungs- oder Betreuungseinrichtungen, aus Vereinen oder Gemeinden, die gemeinsam mit den Gärtnerinnen und Gärtnern Aktionen und Aktivitäten ausrichten. So kooperieren zum Beispiel in Potsdam am Schlaatz verschiedene Schu-

len aus dem Quartier mit dem benachbarten Integrations- und internationalen Schulgarten. Die Schüler kommen in Garten-Arbeitsgemeinschaften regelmäßig in den Garten. Des Weiteren wird mit den Kinderbetreuungseinrichtungen der Nachbarschaft kooperiert. Es werden u. a. Projekte angeboten, die ausgedehnte Kinderbetreuungen in den Schulferien einschließen. Auch in Marburg wird intensiv mit einer Einrichtung im Quartier kooperiert. So hat zum Beispiel die Initiative für Kinder, Jugend und Gemeinwesenarbeit (IKJG e.V.) ihre offene Kinder- und Jugendarbeit in den Gemeinschaftsgarten verlegt und eigens dafür die Einrichtung eines kindergerechten Abenteuergartens möglich gemacht. In Berlin-Neukölln hingegen werden Jugendliche aus dem Quartier gezielt für die Tätigkeiten im Garten interessiert, indem ihnen in Projekten wie dem „Camp“ handwerkliche Fähigkeiten im Umgang mit Holz vermittelt werden. Die Gärten bieten also die Möglichkeit, Aktivitäten aus Einrichtungen in den Freiraum zu holen und den naturnahen (Gestaltungs-)Raum für themenbezogene Tätigkeiten und Projekte zu nutzen.

Je nach Quartier und den dort angesiedelten Einrichtungen variieren die Kooperationspartner, und auch die Formen und Intensitäten der Kooperationen hängen von der Bereitschaft und Kapazität der jeweiligen Gärtner ab. So schätzen viele Kooperationspartner die Angebote der Gärten, die Teilnehmer der Projekte gewöhnen sich daran, woraus für die Ausrichtenden wiederum Verpflichtungen zur kontinuierlichen Weiterführung erwachsen können.

Kommunale Akteure

Die Entwicklung und Existenz von Gemeinschaftsgärten kann ohne die Einbindung der öffentlichen Hand erfolgen und damit auch ohne kommunale Kenntnis. Das ist zum Beispiel im Nachbarschaftsgarten Prachttomate in Berlin-Neukölln der Fall, wo der Garten dem zuständigen Bezirksamt nicht bekannt ist. Aber sobald Gemeinschaftsgärten nicht allein als zivilgesellschaftliche Initiative ohne jegliche kommunale Beteiligung angelegt werden, ist auf kommunaler Seite ein Spektrum von Akteuren unterschiedlicher Abteilungen zu involvieren. In vielen Fällen wenden sich interessierte Gartengemeinschaften bereits bei der Suche nach möglichen Flächen zum Gärtnern an kommunale Fachabteilungen, zum Beispiel an Grünflächenämter, Stadtentwicklungsämter, Sozialämter etc. In vielen Fällen bedeutet eine Ansprache zunächst ein Suchen nach Zuständigkeiten. Diese variieren von Frage zu Frage: Die Anfrage zur Nutzung einer kommunalen Freifläche kann zum Beispiel zur Zuständigkeit eines Stadtplanungs-, Stadtentwicklungs- oder Grünflächenamts gehören; genauso kann ein städtisches Liegenschaftsamt konsultiert werden oder Kontakt mit dem Katasteramt notwendig sein, um die Eigentumsverhältnisse einer Fläche zu klären. Wird hingegen Unterstützung bei der Herrichtung eines Gartengeländes benötigt, können Bauhöfe oder die Bauabteilungen von Park- und Friedhofsämtern die richtigen Ansprechstellen sein, wie es bei der Einrichtung des Marburger Gartens der Fall war. Um Mittel zum Beispiel für Projekte mit Kindern und Jugendlichen zu erfragen, können Sozial-, Umwelt-, Bildungs- oder Gesundheitsämter die richtigen Anlaufstellen sein, die zum Beispiel in München die Arbeit eines Gartenbetreuers ermöglichen. Wenn vornehmlich Projekte mit Menschen mit Migrationshintergrund umgesetzt werden sollen, können auch Büros für Migrations- oder Integrationsstellen in Kommunen Hilfestellung leisten, wie es im Potsdamer Garten u. a. der Fall ist. Lediglich in einer der untersuchten Kommunen – in Hannover – war ein zentraler, kommunaler Ansprechpartner für gemeinschaftliche Gartenprojekte benannt. Die Person ist im Fachbereich Umwelt und Stadtgrün angesiedelt und war maßgeblich an der Entstehung der Gärten im Sahlkamp beteiligt. Durch diese Tätigkeit und rege Vernetzungsaktivitäten ist sie der lokalen Gartenszene und damit am Gärtnern Interessierten als Ansprechstelle bekannt.

Sind die jeweils zuständigen Ansprechpartner identifiziert, treffen die gärtnernden Akteure auf unterschiedliche Resonanzen. Die einen Kommunen erweisen sich als unterstützende Partner, die Anfragen auch ressortübergreifend bearbeiten, während andere Kommunen für zivilgesellschaftliche Freiraumgestaltung und -aneignung noch keine erprobten Kommunikations- und Entscheidungsverfahren haben. Vielfach erfordern die ressortübergreifenden Fragestellungen, die im Zusammenhang mit Gärten zu beantworten sind, das Beschreiten ungewohnter Wege. Des Weiteren kann die Unterschiedlichkeit der Projekte dazu führen, dass jeder Einzelfall immer wieder neue Zuständigkeiten und Entscheidungsabläufe kreiert.

Ko-produzierende Akteure

Neben den Kommunen, die im Hintergrund der Entstehung vieler Gärten eine Rolle spielen, tragen auch andere Akteure zur Entstehung eines Gemeinschaftsgartens bei. Insbesondere als Flächeneigentümer sind oft private Akteure involviert. Das Spektrum der Eigentümer und Eigentümerkonstellationen ist sehr breit: Während sich die Gartenflächen in München-Neuperlach, Marburg-Stadtwald und Potsdam-Schlaatz in kommunalem Eigentum befinden, gehört die Fläche in Hannover-Sahlkamp einer privaten Wohnungsbaugesellschaft, und in Essen-Katernberg ist die Essener Kleingartengrund und -boden gemeinnützige GmbH Eigentümerin. Auch in Berlin-Neukölln gehört eine Wohnungsbaugesellschaft zu den Eigentümern, darüber hinaus haben zudem eine Investmentgesellschaft und eine Privatperson Eigentumsrechte. Noch komplizierter sind die Verhältnisse in Leipzig-Lindenau: Die Fläche der Nachbarschaftsgärten in der Josephstraße ist in insgesamt sechs Parzellen unterteilt. Eine Parzelle befindet sich im Eigentum der Stadt, die anderen fünf sind in gemischtem privatem Eigentum, wobei der größte Eigentümer eine Schweizer Entwicklungsgesellschaft ist.

In allen Projekten, egal auf wessen Grund gegärtnert wird, sind Vereinbarungen zur Nutzung einer Fläche, zu Kosten, Kautionen, städtischen Gebühren, Haftungsfragen und anderen Modalitäten mit dem Eigentümer zu treffen. Je nach Haltung und Wertschätzung der Kommune für das Gartenprojekt und den Rahmenbedingungen eines Projekts unterscheiden sich die Bedingungen der Vereinbarungen voneinander. Während zum Beispiel in Marburg-Stadtwald den Gemeinschaftsgärtnern eine eigentumsrechtlich kommunale Fläche pachtfrei zur Verfügung gestellt wird, muss der Integrations- und internationale Schulgarten in Potsdam seine Fläche kostenpflichtig pachten. In Marburg kommen zum Beispiel auch die städtischen Wasserwerke den Gärtnern entgegen, indem sie ihnen in den Sommermonaten einen Baustellen-Wasseranschluss am Rand des Gartens zur Verfügung stellen.

Ähnlich wie bei den Kommunen, variieren auch die Haltungen von privaten Eigentümern: Während einige Flächeneigentümer zum Beispiel die zivilgesellschaftliche Nutzung und damit auch die Pflege einer Fläche begrüßen, sind andere der Aneignung durch Initiativen und den damit assoziierten Unwägbarkeiten gegenüber skeptisch. So sind allein im Nachbarschaftsgarten in Leipzig-Lindenau drei verschiedene Einstellungen bei den Flächeneigentümern zu finden. Auch in Berlin wird auf einer Fläche gegärtnert, die drei verschiedenen Eigentümern gehört. Sie stellten der gärtnerischen Nutzung nichts entgegen, nachdem der Verkauf des Geländes ohne Erfolg geblieben war und das Grundstück sich zu einer unansehnlichen Müllkippe entwickelt hatte.

Von Konflikten mit anrainenden Nachbarn wurde in keinem Fall berichtet. Obwohl einige Projekte unmittelbar an Wohnräume angrenzen und in Gärten zu bestimmten Zeiten durchaus publikums- und damit geräuschintensive Aktivitäten verfolgt werden, betonten Nachbarn zum Beispiel im Fall des Berliner Gartens eher die positive Wirkung des Projekts auf das Umfeld.

4 Beiträge von Gemeinschaftsgärten zur Quartiersentwicklung

Gemeinschaftsgärten als Orte der Produktion und des Austauschs, der Begegnung und Inklusion, der Kooperationen, Bildung und des Engagements bilden in Quartieren besondere Nuklei. Als ein Gemeinschaftsangebot unter vielen anderen – wie beispielsweise Gemeinde- oder Stadtteilzentren, Begegnungsstätten, Einrichtungen der Gemeinwesenarbeit – haben Gärten das Potenzial, zur Entwicklung von Quartieren beizutragen. So zeigen die untersuchten Fallstudien, dass Gemeinschaftsgärten vielfältige sozialräumliche Ausstrahlungseffekte haben können: Die Gärtner entwickeln häufig ein bisher nicht gekanntes Gemeinschaftsgefühl und Perspektiven für die Gestaltung des eigenen Lebens. Mit der aktiven Betätigung im Garten sinkt die Hemmschwelle für weiteres Engagement. Die Gärtnerinnen und Gärtner engagieren sich nicht nur für ihren Garten, sondern darüber hinaus auch für das Quartier – beispielsweise in der Nachbarschaftshilfe, in Beteiligungsprozessen im Rahmen des Städtebauförderprogramms „Soziale Stadt“, durch Vernetzungsaktivitäten mit anderen Projekten und publikumswirksame Veranstaltungen. Damit tragen die untersuchten Gärten nicht nur zur Verbesserung der angrenzenden Quartiere bei, sondern haben perspektivisch auch einen positiven Einfluss auf die nachhaltige Entwicklung der gesamten Stadt.

Als sozialräumliche Nuklei leisten Gemeinschaftsgärten also Beiträge zur Quartiersentwicklung, indem sie gemeinschaftlichen Aktivitäten Raum geben, Begegnungen, Zusammenarbeit und Austausch anregen und den Menschen erlauben, einen Teil ihres Lebensumfeldes selbstbestimmt und aktiv mit zu gestalten und zu nutzen. Diese aktive Gestaltungsfreiheit unterscheidet die Gemeinschaftsgärten von den meisten anderen Außenräumen im Quartier. Sie trägt zur Identifikation der Bürgerschaft mit ihrem Umfeld bei und motiviert sie dazu, ein Verantwortungsgefühl auch über den Garten hinaus zu entwickeln. Trotz des ausgeprägten Mit- und Füreinanders bieten die Gärten jedoch auch immer ein Stück private Freiheit für den Einzelnen: „Man kann gemeinsam gärtnern, aber auch alleine“ (zivilgesellschaftlicher Akteur).

4.1 Orte der Produktion und des Austauschs

Obwohl in vielen Gemeinschaftsgärten auch Zierpflanzen zu finden sind, steht der Anbau von Obst, Gemüse und Kräutern für den eigenen Bedarf im Vordergrund. Auffällig ist dies insbesondere in den Gärten, die stark von Migrantinnen und Migranten genutzt werden. Hier ist neben der Gelegenheit zur Begegnung und Kommunikation auch der Ehrgeiz der Gärtnerinnen und Gärtner groß, möglichst gute Erträge bei einer großen Vielfalt der angebauten Pflanzen zu erzielen und damit Zugang zu gesunden Nahrungsmitteln zu bekommen. In anderen Gärten hingegen, die zum Beispiel von jungen Akademikerfamilien aus dem alternativen Milieu geprägt sind, stehen die kontemplative und kommunikative Seite des gärtnerischen Tuns und der Aufenthalt im Freien im Vordergrund.

Insbesondere in benachteiligten Quartieren bieten die Gärten denjenigen Menschen die Chance im urbanen Kontext gärtnerisch tätig zu werden, die keinen Zugang zu privaten Freiflächen haben. Gerade ihnen bedeutet der Anbau von eigenen Lebensmitteln oft viel und ein Garten bietet vom beginnenden Frühjahr bis in den späten Herbst hinein die Möglichkeit sich zu betätigen. Vor allem in den Sommermonaten ergeben sich Gelegenheiten zu langen Aufenthalten, im Herbst muss bis in den November die Ernte nachbereitet werden. Die anschließende Winterpause ist oft nur kurz; denn in der Regel sind schon ab Februar wiederum vorbereitende Arbeiten fällig.

Für viele Gärtner ist die Erntezeit die wichtigste Zeit des Gartenjahres. Neben dem eigenen Verzehr geben die geernteten Produkte des Gartens auch Anlass sich auszutauschen, bei der Verarbeitung und Konservierung zusammenzuarbeiten und voneinander zu lernen sowie die Möglichkeit, etwas zu „geben“ und Gastgeber sein zu können – insbesondere für Menschen mit eingeschränkten finanziellen Ressourcen ist dies ein geschätztes Nebenprodukt des Gärtnerns und trägt zur Verbesserung des Selbstwertgefühls bei.

4.2 Orte der Begegnung, Inklusion und Teilhabe

Gemeinschaftsgärten sind Freiräume, die allen Interessierten offen stehen und damit grundsätzlich Begegnung und Austausch zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen ermöglichen. Denn die Menschen kommen dort nicht nur zum Gärtnern zusammen: Das gemeinschaftliche Tun ist ebenfalls von großer Bedeutung. Es fördert Austausch und Kommunikation, erlaubt ein gegenseitiges Kennenlernen, führt zur Sorge füreinander und zu einem sensibilisierten Umgang miteinander. Gemeinschaftsgärten bieten Erwachsenen neben dem Gärtnern auch die Gelegenheit zum Beispiel zum Brotbacken, Grillen oder Essen zusammenzukommen, während die Kinder ungeachtet ihrer Herkunft Raum und Gelegenheit finden zum Lernen, Toben und Spielen. Oft kommen hier Bewohnerinnen und Bewohner zusammen, die ansonsten eher von Ausgrenzung, Benachteiligung und schwierigen Lebensperspektiven betroffen sind. Damit leisten Gemeinschaftsgärten wichtige Beiträge zu einer sozialen Quartiersentwicklung. Wenn auch nicht in allen Gemeinschaftsgärten Menschen unterschiedlicher Herkunft und Hintergründe zusammenfinden, sondern eher homogene Gruppen gemeinsam gärtnern, so bilden die Projekte dennoch innerhalb verschiedener Milieus wichtige Begegnungsorte.

Es zeigt sich also, dass Gärten von großer sozialer und integrativer Bedeutung insbesondere in problembelasteten Quartieren sind. Es tragen aber nicht allein die stadträumlichen Rahmenbedingungen zu erfolgreichen Gartenprojekten bei, sondern vor allem engagierte Menschen vor Ort. Für die Gärtner sei es wichtig zu wissen, „dass sie uns ansprechen können“, resümierte die Leiterin einer Einrichtung für Gemeinwesenarbeit. In einem Interview wurde ein Garten als „Schonraum und öffentlicher Raum zugleich“ bezeichnet. Mit niedrigschwelligen Angeboten ermögliche er Neuankömmlingen, bekannten und geliebten Aktivitäten jenseits der eigenen vier Wände nachzugehen und gleichzeitig rege er zu ungezwungenen neuen Begegnungen an. Diese veränderten das Miteinander: „Wer sich im Garten grüßt, grüßt sich auch an der Bushaltestelle. Und das ist wichtig. Es führt zu dem Gefühl, dass man jemanden kennt, dass man hier sein darf“ (zivilgesellschaftlicher Akteur).

In vielen Gärten treten einige besonders engagierte Personen hervor. Diese Menschen arbeiten nicht nur in den Gärten, sondern kümmern sich um alles was anfällt, wissen über die anstehenden Arbeiten und die anderen Gärtnerinnen und Gärtner Bescheid und heißen Interessierte willkommen. In einigen Gärten werden sogar Gartensprecherinnen und -sprecher berufen, die ganz „offiziell“ die Funktion der kommunikativen Schnittstelle zwischen Gartengemeinschaft auf der einen und Nachbarschaft sowie Öffentlichkeit auf der anderen Seite übernehmen.

Über das gemeinsame Gärtnern entstehen Berührungspunkte, die in den wohnungsnahen Frei- und Erschließungsräumen vieler baustrukturell einseitig geprägter Siedlungsstrukturen (zum Beispiel durch Hochhäuser mit anonymen Treppenhäusern, fehlenden privat nutzbaren Freiflächen und vernachlässigten öffentlichen Räumen) mit hohen Fluktuationsraten nur selten zu Stande kommen. Mit diesen Möglichkeiten und Angeboten dürfen Gemeinschaftsgärten also durchaus als „Draußen-Stadtteilzentren“ gelten, an denen Bildung erworben wird sowie Arbeit und Teilhabe – auch jenseits klassischer Erwerbsarbeit – und vor allem Selbstorganisation und Demokratie praktiziert werden.

4.3 Orte der Projekte, Kooperationen und Bildung

Jenseits der Begegnungsmöglichkeiten beim gemeinsamen Gärtnern sind es außergewöhnliche Projekte und Aktivitäten, mit denen die Gärten zur Entwicklung von benachteiligten Quartieren beitragen. In zahlreichen Gärten richten sich Angebote ganz ausdrücklich auch an Menschen außerhalb des engen Kreises der Gärtner: Diese reichen von regelmäßig organisierten Veranstaltungen mit Kindern und Jugendlichen über jährlich wiederkehrende Festivitäten wie Erntedankfeste, Flohmärkte, Open-Air-Kino-Veranstaltungen, zu denen Menschen aus dem Quartier eingeladen werden, bis zu regelmäßigem gemeinsamem Grillen und Backen, zu dem die Gartengemeinschaft die Pforten öffnet. Mit der Öffnung zum Quartier oder sogar darüber hinaus sollen Menschen angesprochen werden, die bisher nicht im Garten aktiv waren. In einem der untersuchten Gartenprojekte verfolgten die Garteninitiatoren beispielsweise das Ziel, über bestimmte Aktionen den Kontakt zur eingewanderten Bevölkerung in der direkten Nachbarschaft zu stärken. Ähnliches wird über Projekte mit Kindern und Jugendlichen berichtet. Mit gartenbezogenen Schulungs-, Betreuungs- und Beschäftigungsangeboten sollen die Kinder und mit ihnen indirekt auch ihre Eltern erreicht werden.

Zahlreiche Gärten zeichnen sich durch besonders rege Projektarbeit aus. Mit gezieltem Blick auf die Bedarfe der unterschiedlichen Menschen vor Ort werden in vielen Gärten Projekte initiiert, durchgeführt und weiterentwickelt: „Vom Garten sind viele Impulse [für die Stadtteilarbeit] ausgegangen, die dann institutionell aufgegriffen und weiterentwickelt wurden“ (zivilgesellschaftlicher Akteur).

4.4 Orte des Engagements

In allen untersuchten Gartenprojekten standen am Anfang außergewöhnlich engagierte Menschen, die sich für die Entwicklung des Gartens eingesetzt haben. Zum Teil waren es Migrantinnen, die sich für die Einrichtung eines neuen bzw. den Umzug eines alten Gartens engagiert haben: eine Frau, die selber im Ausland erfahren hatte, welchen Beitrag ein Garten zur Integration leisten kann oder engagierte junge Bürgerinnen und Bürger, die aus der Jugendarbeit kommend die Verwirklichung eines Gartens maßgeblich vorangetrieben haben. Die Entstehung eines anderen Gemeinschaftsgartens geht auf eine Quartiersinitiative zurück, die sich bereits in den 1990er Jahren für die Gestaltung von Gärten im Abstandsgrün einer Hochhaussiedlung einsetzte. Andernorts hat sich eine stark vernetzte Bewohnerin eines Stadtteils auf die Suche nach einem geeigneten Gartengrundstück gemacht und dann zielgerichtet Mitstreiter mobilisiert, die sie bei der Umsetzung ihrer Ziele unterstützt haben.

Das Engagement kann aber auch von kommunaler Seite erfolgen. So entwickelte in Hannover der Geschäftsführer eines Stadtteiltreffs nach Gesprächen mit Akteuren im Stadtteil die Idee einen interkulturellen Garten zu initiieren. Er mobilisierte gezielt Bewohnerinnen und Bewohner eines Stadtteils und gab damit den Anstoß für ein aus der Quartiersbevölkerung kommendes Engagement.

Auch über die Entwicklungsphase hinaus sind in allen Gärten besonders engagierte Menschen zu finden. Zum Teil haben sie eine externe Rolle inne, fungieren als Organisatorinnen oder Organisatoren, Ansprechpartnerinnen oder -partner in Problem- und Konfliktfällen und als Brückenperson zur Stadtverwaltung oder anderen kooperierenden Einrichtungen. In vielen Gärten werden sie zwar als Honorarkraft entlohnt, aber ihr Engagement geht oft weit über diese bezahlten Stunden hinaus.

Die Bedeutung der engagierten Gartenbetreuer ist insbesondere in benachteiligten Quartieren nicht zu unterschätzen. Sie agieren dort u.a. als Organisatoren, Ansprechpartner oder Mediatoren, wozu sie umfassender gartenbaubezogener und sozialer Kompetenzen sowie zeitlicher Ressourcen bedürfen, die von den gärtnernden Mitgliedern in der Regel kaum eingebracht werden können. Ein kommunaler Akteur beschrieb sie so: „Es hängt von Personen ab, die so ein Projekt begleiten und überneh-

men. Es bedarf Leute, die sich engagieren und nicht nur ihren 8-Stunden-Job machen.“ Um diese Arbeit leisten zu können, braucht es jemanden, der sozial kompetent sei und viel Vorwissen habe; entscheidend für die Herstellung eines dauerhaften Vertrauensverhältnisses zur Quartiersbevölkerung sei zudem, so ein zivilgesellschaftlicher Akteur, „Kontinuität und Gesichtsruhe“.

4.5 Stadträumliche Relevanz

Gemeinschaftlich angelegte und genutzte Gärten können zu den gemeinschaftlichen Orten im Freiraumgefüge von Quartieren gezählt werden. Sie sind wie andere Grünräume bepflanzt, laden zum Aufenthalt ein und ermöglichen die Begegnung mit anderen Menschen. Allerdings unterscheiden sie sich in ihrer Zugänglichkeit von öffentlichen Räumen: Sie sind ein von einer Gemeinschaft gestalteter Raum, der zwar allen Interessierten offen steht, aber zunächst einer gegenseitigen Annäherung bedarf. Diese kann insbesondere zu besonderen, öffentlichen Anlässen erfolgen. Damit stehen Gemeinschaftsräume zwischen der Privatheit des heimischen Hausgartens und der unverbindlichen Öffentlichkeit städtischer Grünanlagen. Ein Gemeinschaftsgarten lädt zur Teilhabe ein, fordert aber zugleich auch ausdrücklich Engagement. In dieser differenzierten Zugänglichkeit bilden Gemeinschaftsgärten besondere Freiräume im Stadtkörper. Obwohl Gemeinschaftsgärten hinsichtlich ihres Flächenanteils in der Stadt von geringer Bedeutung sind, ergänzen sie das städtische Grünraumgefüge.

Gemeinschaftsgärten entstehen häufig auf brachliegenden, überwucherten und von Müll bedeckten Flächen, die über längere Zeit keiner anderen Nutzung zugeführt werden konnten. Oft ist zunächst ein erheblicher Aufwand erforderlich, um das jeweilige Grundstück gärtnerisch nutzbar zu machen. Die gärtnerische Aneignung stellt in solchen Fällen eine sozialräumliche Aufwertung dar. Bis zu ihrer gärtnerischen (Um- oder Zwischen-)Nutzung werden viele Grundstücke eher als unattraktive, abweisende oder gar Angst erregende Räume wahrgenommen. Mit der Umgestaltung entsteht dann an vielen Orten neues soziales Leben, das zur positiven stadträumlichen Entwicklung eines Quartiers beiträgt.

Inwieweit die gärtnerische Aneignung auch als gestalterische Bereicherung verstanden werden kann, hängt von individuellen Vorstellungen ab. Dort, wo gärtnerische Nutzungen illegale Müllablageplätze in Grünräume verwandelt haben, wird jeder von einer Aufwertung sprechen. Wer bei diesen Nutzgärten aber an eine eher bürgerliche Hausgartenästhetik mit geometrischer Ordnung, streng gepflegten Beeten und Materialien aus dem Fachhandel denkt, wird irritiert sein. Meistens führen die kreativen Ansätze, die mit vorgefundenen oder recycelten Materialien Beete, Räume und Zäune gestalten, zu einer unkonventionellen Ästhetik. Es kommen zudem zweckentfremdete Materialien zum Einsatz: So wachsen zum Beispiel Kürbisse und andere Pflanzen in ausrangierten Badewannen oder Duschkabinen, stabile Bäckerkisten aus Kunststoff werden in Beete umgewandelt, aus Europaletten werden Gefäße zum Gärtnern gezimmert oder alte Türen als Gewächshauswände wiederverwendet. Zu diesen ungewohnten Erscheinungsbildern kommen die üblichen saisonalen Veränderungen: Während sie in den Sommermonaten dichte grüne Oasen sind, die von den Gärtnerinnen und Gärtnern intensiv frequentiert werden, präsentieren sich die Gärten im Winter – wie alle anderen Grünräume auch – karger und trüber. Dann erscheinen einige von ihnen nicht viel attraktiver, als die Fläche in ihrem ursprünglichen, meist brachliegenden Zustand erschien.



Abbildung 14: Nachbarschaftsgarten Prachttomate in Berlin-Neukölln

Der gestalterische Nonkonformismus und der experimentelle Umgang mit Materialien und Ressourcen ist in den zitierten Fällen häufig Ausdruck der Besonderheit und Ziele der gärtnernden Gemeinschaften. Sie suchen neue, bisher ungewohnte Wege, um Räume in der Stadt durch ihr Engagement, nach ihren Vorstellungen und damit auch nach ihren Möglichkeiten und (finanziellen) Mitteln zu gestalten.

4.6 Orte der Nachhaltigkeit und Ressourceneffizienz

Der experimentelle und auf ehrenamtlichem Engagement basierende Entwicklungsansatz vieler Gemeinschaftsgärten bedingt, dass den Gärtnern nur wenige Mittel zur Verfügung stehen und dass Eigenarbeit beim Anlegen des Geländes, die Wieder- bzw. Neunutzung von Materialien und das Sammeln von Samen und Pflanzen durch Spenden und Tausch wesentlich zur Entwicklung beitragen. Dass dabei ungewohnte Freiräume entstehen, die tradierten Bildern von Grün in der Stadt widersprechen, ist Teil der Botschaft. Hier werden bewusst Zeichen gesetzt; hier wird kollektiv erprobt, improvisiert, getauscht und gelernt.

Viele Gemeinschaftsgärten gleichen damit offenen urbanen Werkstätten, in denen der Anbau und die Kultivierung von Nutzpflanzen genauso gelernt (oder wiederentdeckt) wird, wie das handwerkliche Selbermachen. Dabei ist der Prozess des kollektiven Arbeitens genauso wichtig, wie dessen Produkte. Selbst geerntetes Gemüse, selbst gekochte Marmeladen oder selbst geimketer Honig ergänzen die Ernährung vieler Gärtnerinnen und Gärtner. Sie schaffen außerdem ein Bewusstsein für natürliche Kreisläufe und Zusammenhänge und für einen schonenden Umgang mit den natürlichen Ressourcen. Damit tragen sie im Kleinen zur nachhaltigen Entwicklung von Städten bei: Sie helfen einerseits direkt Ressourcen zu sparen und sind gleichzeitig ein positives Vorbild für einen veränderten Umgang mit ihnen. Die Gärtnerinnen und Gärtner tragen also im doppelten Sinne zur nachhaltigen Entwicklung von Quartieren bei.

4.7 Die Bedeutung von Gemeinschaftsgärten für besondere Zielgruppen

Kinder und Jugendliche

Vor allem für Kinder und Jugendliche in benachteiligten Quartieren können Gemeinschaftsgärten als naturnahe, grüne und unbebaute Räume wichtige Orte darstellen. Häufig fehlt es Kindern und Jugendlichen dort an wohnungsnahem Zugang zu Grünräumen, zu anregenden Spiel- und Experimentierräumen und zu gefahrlos nutzbaren Flächen. Genau diese bieten viele Gemeinschaftsgärten. Sie gelten als sichere und entspannte Aufenthaltsorte, an denen sich Kinder und Jugendliche an frischer Luft aufhalten, bewegen und lernen können. Gemeinschaftsgärten können als „Draußen-Stadtteilzentren“ fungieren und zu Orten für Projekte und Aktionen werden, die Kinder und Jugendliche verschiedener Altersgruppen gezielt ansprechen und ihnen im Kontext gärtnerischer Tätigkeiten viele andere Themen nahebringen. Dazu zählen der Umgang mit Pflanzen, das Kennenlernen natürlicher Kreisläufe, Wachstumsprozesse und Fragen der gesunden Ernährung genauso wie kreatives, handwerkliches Arbeiten und Selbermachen sowie Verantwortung, Verhandlungsführung und Durchhaltevermögen.

Migrantinnen und Migranten

Die große und zunehmende Zahl interkultureller Gärten in deutschen Städten zeigt, – die Stiftungsgemeinschaft anstiftung&ertomis listet Anfang 2015 über 400 Gärten –, dass viele Migrantinnen und Migranten das gemeinschaftliche Gärtnern sehr schätzen. Gärten als Orte der Begegnung und des gemeinschaftlichen Arbeitens rund um den Anbau, die Ernte und Verarbeitung von Nutzpflanzen sind für viele Menschen mit Migrationshintergrund von besonderer Bedeutung. Viele Zuwanderer können im Garten an heimatische Traditionen anknüpfen, sie können ihr Wissen und ihre Erfahrung in diesem Bereich anwenden und weitergeben, sie kommen in Kontakt mit anderen Menschen im Quartier, werden angeregt, die deutsche Sprache zu erlernen etc. Die positiven Wirkungen, die gemeinschaftliches Gärtnern insbesondere für Zugewanderte hat, erstrecken sich auf Aspekte der Gesundheitsvorsorge, Integration und Subsistenz: Zum einen in Form eines engeren sozialen Netzes, zum anderen in Form von gesunden Nahrungsmitteln, die einen Teil des eigenen Bedarfs decken. Dies macht einen Garten gerade für viele Migrantinnen und Migranten mit nur geringem Haushaltseinkommen besonders wertvoll.

5 Gemeinschaftsgärten ermöglichen und fördern

5.1 Fazit der Studie

Die vorliegende Studie hat gezeigt, dass Gemeinschaftsgärten in deutschen Städten in vielen unterschiedlichen Formen und Ausprägungen zu finden sind und dort wichtige Beiträge zur Entwicklung insbesondere auch von benachteiligten Quartieren leisten. Damit kommt diesen neuen urbanen, gemeinschaftlichen Projekten eine besondere Bedeutung zu. Sie sind wichtige Komponenten bei der Aufwertung von Stadtteilen, deren Entwicklung und Erhalt gefördert werden sollte. Ihre Charakteristika und Wirkungen sind folgendermaßen zu resümieren:

Das Gros der Gemeinschaftsgärten wird von zivilgesellschaftlichen Gruppierungen initiiert und entwickelt, deren Mitglieder dabei oft kreative Wege bei der Beschaffung von Flächen, Materialien und auch Fördergeldern beschreiten. Die Menschen sind dabei von Eigeninitiative und Experimentiergeist angetrieben, der sie veranlasst, gemeinsam und auf ungewöhnliche Weise Räume in der Stadt zu verändern.

Da gemeinschaftliche Gartenprojekte meist individuellen Gruppierungen und deren zivilgesellschaftlichem Engagement entspringen, ist es nicht verwunderlich, dass die Vielfalt der Projekte groß ist. Ebenso groß ist das Spektrum der Akteure, die sie initiieren und tragen. Daher gibt es keinen prototypischen Gemeinschaftsgarten: Die Gärten sind vielmehr gekennzeichnet von unterschiedlichen sozialen, rechtlichen und zeitlichen Rahmenbedingungen. Sie befinden sich auf Flächen verschiedener Größen, vielfältiger Vornutzungen, mit variierenden baulich-räumlichen Kontexten. Auch die gärtnernden Gemeinschaften weisen in ihrer Zusammensetzung, Zielsetzung und der Intensität ihres Engagements Unterschiede auf.

Die meisten Gemeinschaftsgärten sind durch individuell ausgehandelte privat-rechtliche Nutzungsvereinbarungen zwischen den Eigentümern der Flächen und der Gemeinschaft gesichert sind. Dabei können sich die Rechte und Pflichten der Gärtnerinnen und Gärtner von Projekt zu Projekt unterscheiden. Aufgrund der Skepsis vieler Flächeneigentümer gegenüber diesen ungewöhnlichen Initiativen und dem Wunsch vieler Eigentümer nach einer einträglicheren Flächennutzung entsprechend, sind die zeitlichen Nutzungsperspektiven oft begrenzt angelegt. Bei anhaltendem Engagement der Gemeinschaft und damit Gedeihen der Gärten werden sie jedoch vielfach verlängert.

Aufgrund des zivilgesellschaftlichen Engagements und der Entstehung vieler Projekte durch Bottom-up-Initiativen sind kommunale Verwaltungen nicht zwangsläufig in die Entwicklung von Gemeinschaftsgärten involviert. Die Beteiligung und Unterstützung der Gartenprojekte durch kommunale Akteure variiert von Ort zu Ort: Viele Bottom-up-Projekte kommen ohne kommunale Hilfe oder sogar Kenntnis zustande und existieren so jahrelang. Andere Gärten hingegen werden von kommunaler Seite genau wahrgenommen und zum Teil aktiv unterstützt.

Wenn Gemeinschaftsgärten von der Kommune unterstützt werden, geschieht dies in der Regel nicht durch ein einziges Fachressort und die Unterstützung bezieht sich selten nur auf einen Aspekt eines Gartens. In vielen Kommunen werden Gemeinschaftsgärten als Orte verstanden, an denen neben Gartenbau auch Kommunikation, Integration, Bildung, Nachhaltigkeit und Ressourceneffizienz praktiziert werden. Entsprechend lassen sie sich nicht einem kommunalen Zuständigkeitsbereich zuordnen. Diese ressortübergreifende Relevanz macht es insbesondere zivilgesellschaftlichen Akteuren oft schwer, die richtigen Ansprechpartner auf kommunaler Seite für ihre Anliegen zu finden.

Da Gemeinschaftsgärten meist mit geringen Mitteln und Ressourcen entstehen und von einem sparsamen Verbrauch von Gütern geprägt sind, stellen sie „Labore gelebter Ressourceneffizienz“ und Nachhaltigkeit dar. Sie haben oftmals den Charakter von Werkstätten, in denen Wissen über lokale Stoffkreisläufe wiederentdeckt und die Wertschätzung naturnaher Nahrungsmittelproduktion angeregt wird. Zudem tragen sie dazu bei, Menschen in Städten kostengünstigen Zugang zu selbst angebautem Obst und Gemüse zu verschaffen.

Trotz der vielfältigen Ausprägungen von Gemeinschaftsgärten ist allen gemein, dass sie gemeinschaftlich genutzte Freiräume in Städten darstellen. Sie werden gemeinschaftlich angelegt und betrieben, nicht selten auf privatem Grund angesiedelt und sind grundsätzlich offen für alle interessierten Menschen. Damit lassen sie sich nur schwierig üblichen Freiflächen- oder Nutzungskategorien zuordnen. Diese Offenheit aber ermöglicht gerade Begegnungen von Menschen, die ansonsten in Quartieren nicht in Kontakt miteinander kommen. Die Gärten regen dazu an, sich kennenzulernen, miteinander zu arbeiten, voneinander zu lernen und damit auch füreinander zu sorgen.

Die Lage und Bezüge zum unmittelbar umgebenden Quartier führen allerdings häufig dazu, dass die jeweiligen Gemeinschaften eher einem ähnlichen sozialen Milieu entstammen – wobei es auch Beispiele für wirklich milieuübergreifend zusammengesetzte Gartengemeinschaften gibt. Viele Gemein-

schaften versuchen zudem durch gezielte Aktivitäten und Projekte die gesamte Quartiersbevölkerung anzusprechen und einzubinden.

Damit Gemeinschaftsgärten sich entfalten können, ist ein ausreichender Zeithorizont von besonderem Belang. Es braucht einige Jahre, bis sie „Wurzeln schlagen“. Erst wenn die grundlegende Herrichtung des Gartens und der Anbau von Obst und Gemüse erfolgt ist, rücken besondere Projekte und Aktivitäten in den Fokus der Gemeinschaften. Es bedarf einiger Jahre des Engagements und des Einsatzes, bis Gärten quartiersrelevante Wirkungen erzielen und sich zu sogenannten „Draußen-Stadtteilzentren“ entwickeln.

5.2 Handlungsempfehlungen für die Praxis

In den zurückliegenden Jahren entstanden in vielen deutschen Städten urbane Gemeinschaftsgärten. Obwohl die genaue Zahl existierender oder in Gründung befindlicher Gärten nur geschätzt werden kann, ist eindeutig, dass die Gesamtzahl von Gemeinschaftsprojekten stetig steigt. Skeptiker könnten dies als eine Modeerscheinung abtun. Die in dieser Studie untersuchten Gemeinschaftsgärten senden andere Signale: Viele Gärten existieren seit Jahren und haben sich im Laufe der Zeit zu unverzichtbaren Orten des Austausches, der Begegnung, Bildung, Integration, Ressourceneffizienz und natürlich der nutzgärtnerischen Arbeit entwickelt. Genau diese vielfältigen Möglichkeiten und Angebote machen Gemeinschaftsgärten zu attraktiven Plattformen, die von einer zunehmenden Zahl von Menschen wertgeschätzt und gesucht wird. Vor diesem Hintergrund ist von einem anhaltenden und wachsenden Interesse an urbanen Gemeinschaftsgärten auszugehen.

Auf kommunaler, Länder- und Bundeseite empfiehlt es sich dementsprechend, die Entstehung und Entwicklung von neuen urbanen gemeinschaftlichen Gartenprojekten zu unterstützen und den Erhalt von existierenden Gemeinschaftsgärten zu sichern. Insbesondere in benachteiligten Quartieren ist eine Unterstützung zur Errichtung und Unterhaltung solcher Projekte wichtig: Zum einen sind die Beiträge von Gemeinschaftsgärten zur Quartiersentwicklung aus sozial-integrativer, stadträumlicher und ökologischer Sicht hier von besonderer Bedeutung, zum anderen sind die dortigen Akteure nicht immer in der Lage, die unterschiedlichen organisatorischen, administrativen, rechtlichen, kommunikativen und zeitlichen Herausforderungen im Kontext von Projektinitiierung und Gartengründung, von Flächenidentifikation und Nutzungssicherung, von Herrichtung und Entwicklung sowie interner Organisation ohne Unterstützung zu leisten.

Im Folgenden werden Empfehlungen skizziert, wie mögliche Unterstützungen von Bundes-, Länder- und kommunaler Seite aussehen können. Da es sich bei Gemeinschaftsgärten um Projekte mit sehr divergierenden Rahmenbedingungen handelt, gilt nicht jede Empfehlung gleichermaßen für alle Projekte. Die Adressaten dieser Empfehlungen sind insbesondere diejenigen Ressorts bei Bund, Ländern und Kommunen, die dazu beitragen können, Gemeinschaftsgärten als Freiräume mit sozial-integrativer Wirkung vor allem in benachteiligten Quartieren anzuerkennen und ihre Beiträge zur Quartiersentwicklung zu würdigen.

Der ungewöhnlichen Natur von Gemeinschaftsgärten ist es geschuldet, dass die Projekte selten in bestehende Freiflächen-Kategorien passen. Sowohl ihre Organisationsformen als auch die Flächen, auf denen sie angesiedelt sind sowie die Aktivitäten, die sie anbieten, sind schwierig herkömmlichen Förderstrukturen, Fördermaßnahmen oder Genehmigungsprozessen zuzuordnen. Vor dem Hintergrund des ungewöhnlichen Charakters dieser Projekte empfiehlt es sich, auch unkonventionelle Wege der Unterstützung zu erwägen. Urbane Gärten bieten die Chance zu Laboren zu werden, in denen

innovative Ansätze und Maßnahmen zur Unterstützung zivilgesellschaftlichen Engagements erprobt werden können.

Ausführlichere Handlungsempfehlungen – insbesondere für Kommunen als lokale Ansprechpartner in der Gartenentwicklung – sind der Publikation „Gemeinschaftsgärten im Quartier. Handlungsleitfaden für Kommunen“ zu entnehmen. Sie ist parallel zu diesem Endbericht auch als Ergebnis dieser Studie entstanden und formuliert Anregungen zur Unterstützung gemeinschaftlicher Gartenprojekte von kommunaler Seite.

Empfehlungen an den Bund

Obwohl es sich bei urbanen Gemeinschaftsgärten um Projekte handelt, die von lokalen Initiativen und Akteuren getragen werden, kann der Bund dazu beitragen, die Entwicklung und den Erhalt dieser Gärten zu unterstützen.

Der Bund kann zuvorderst die Gemeinschaftsgärten als Projekte würdigen, die auf vielfältige Weise zur positiven Entwicklung von Quartieren beitragen. Es geht darum, eine Wertschätzung für urbane Gemeinschaftsgärten zum Ausdruck zu bringen und diese auf unterschiedliche Weise, in ihm zur Verfügung stehenden Berichten, Beiträgen und Publikationen zu verbreiten. Mit dieser wertschätzenden Haltung soll deutlich werden, dass es sich um gemeinschaftliche Initiativen handelt, deren Unterstützung lohnt. Diese Botschaft soll sich an all diejenigen urbanen Akteure richten, die Gartenprojekte möglicherweise unterstützen können: Dazu zählen private Akteure genauso wie Unternehmen, Stiftungen oder Vereine, Einrichtungen und Institutionen in Quartieren, Landesbetriebe, kommunale Referate, städtische Gesellschaften etc.

Neben einer allgemeinen Anerkennung von Gemeinschaftsgärten sollten urbane Gartenprojekte insbesondere auch im Kontext der Stadtentwicklung thematisiert werden. Sie sollten als Orte benannt werden, in denen mit geringen Ressourcen und großem zivilgesellschaftlichen Engagement wichtige Beiträge zur nachhaltigen ökologischen und sozialen Stadtentwicklung geleistet werden. Der Bund sollte also darauf hinwirken, dass die Entwicklung von Gärten zum festen Bestandteil in Stadtentwicklungskonzepten wird und entsprechende Entwicklungspotenziale oder Potenzialflächen für gemeinschaftliche Gartenprojekte identifiziert und nach Möglichkeit als solche festgehalten werden.

Direkter kann der Bund auf die erfolgreiche Entwicklung von urbanen Gärten einwirken, indem er bestehende Förderprogramme modifiziert. Wichtig wäre hier beispielsweise, dass gärtnernde Gemeinschaften über einen so langen Zeitraum projektadäquate Unterstützung erhalten, wie es für die Einrichtung eines Gartens und die Entfaltung seiner sozial-integrativen Wirkung im Quartier notwendig ist. Insbesondere im Zusammenhang mit Projekten und Aktivitäten für verschiedene Zielgruppen aus dem Quartier sollten langfristig angelegte Förderstrukturen gestärkt werden, die neben investiven Maßnahmen vor allem auch den Einsatz von Personal ermöglichen. Insbesondere in benachteiligten Quartieren oder in Projekten, die sich an Menschen mit besonderen Bedürfnissen richten, sind Projektbetreuer oder „Garten-Kümmerner“ von großer Bedeutung. Da deren Betätigungsfeld mit einer steigenden Anzahl von quartierwirksamen Aktivitäten wächst, können diese in vielen Projekten nicht mehr ehrenamtlich betreut werden und finanzielle Honorierungen werden unerlässlich. Auch für eine ausreichende zeitliche Verlässlichkeit, die Projektkontinuitäten und vorausschauende Planungen erlauben, sind Zugänge zu Fördergeldern von Belang. Die meisten in Gärten wirkenden Akteure können zwar wichtige Beiträge zur Quartiersentwicklung leisten, sie haben aber nicht immer die Qualifikation und Ressourcen, um komplizierte Akquisitions- und Antragsmodalitäten zu bewältigen – auch hierfür wird wiederum personelle fachliche Unterstützung benötigt.

Eine weitere direkte Unterstützung von Gemeinschaftsgärten von Seiten des Bundes kann darin liegen, Kooperationsmöglichkeiten zwischen Kleingärten und Gemeinschaftsgärten zu schaffen. Da in beiden Gartenarten das Gärtnern in urbanen Kontexten praktiziert wird, existieren Potenziale für die Zusammenarbeit. So könnten zum Beispiel Kleingartenanlagen, die von Leerständen betroffen sind, über die Verpachtung von Parzellen an gärtnernde Gemeinschaften nachdenken. Diesen in Einzelfällen bereits praktizierten Ansatz auf übergeordneter Ebene zu erörtern und mögliche Ausweitungen des Bundeskleingartengesetzes zu diskutieren, könnte ein wichtiger Beitrag des Bundes sein. Die Ausweitungen könnten also darauf abzielen, Gemeinschaften als Pächter zu tolerieren, Nutzungs- bzw. Bepflanzungsvorgaben zu lockern oder den unkonventionellen Umgang mit recycelten Materialien und Gütern zu tolerieren. Eine kritische Reflexion sollte auf Bundesebene ansetzen und in der Folge in lokale Strukturen hinein wirken.

Neben den Möglichkeiten, die Kooperationen mit Kleingärten für der Sicherung von Gartenaktivitäten in Städten bieten, sollten von Bundeseite auch andere Optionen für die planungsrechtliche Sicherung von Gartennutzungen diskutiert werden. Hier steht die Frage im Vordergrund, wo und an welchen Standorten gemeinschaftliche Gartennutzungen eine langfristige Perspektiven bekommen sollen und wie diese planungsrechtlich gesichert werden können. Ansätze dazu werden von Akteuren der urbanen Gartenszene diskutiert. Der Bund sollte den Dialog mit diesen Akteuren suchen und sicherstellen, dass die Interessen aller beteiligten Akteure abgewogen werden.

Darüber hinaus kann sich der Austausch mit anderen Ländern als gewinnbringend erweisen. In vielen europäischen Ländern und deren Städten (zum Beispiel London oder Paris) aber insbesondere auch in den USA liegen langjährige Erfahrungen mit der Unterstützung und programmatischen Förderung von urbanen Garten- und Agrikulturprojekten vor.

Empfehlungen an die Länder

Ähnlich wie der Bund können auch die Länder auf verschiedene Weise die Entwicklung von gemeinschaftlichen Gartenprojekten unterstützen.

In den Ländern gilt es zunächst, Gemeinschaftsgärten als wertvolle zivilgesellschaftliche Projekte anzuerkennen, in denen Bürgerinnen und Bürger Verantwortung für ihr Umfeld übernehmen und dazu beitragen, insbesondere die Lebensqualität in benachteiligten Quartieren zu verbessern. Durch das Hervorheben dieser positiven Beiträge zur Quartiersentwicklung sollen alle interessierten oder involvierten Akteure animiert werden, Gartenprojekte auf eine ihnen jeweils mögliche Weise zu unterstützen. Dabei kann auch von Länderseite Offenheit gegenüber urbanen Gartenprojekten signalisiert und dazu angeregt werden, deren experimenteller und unkonventioneller Herangehensweise ausreichend Raum zu geben (zum Beispiel durch thematische Schwerpunktsetzungen im Rahmen von Wettbewerben wie „Ab in die Mitte!“ des Landes NRW).

Um die den Gemeinschaftsgärten eigenen partizipativen Strukturen und deren Beiträge zur nachhaltigen Stadtentwicklung zu verstetigen sollte ein Dialog zwischen Ländern und Projektakteuren initiiert werden. Gemeinsam könnten Ansätze für neue Unterstützungsstrukturen diskutiert werden, die einerseits zur Verstetigung urbaner Gartenaktivitäten beitragen und gleichzeitig helfen, die Niederschwelligkeit und damit Offenheit der Projekte für Akteure aller Herkunft zu erhalten. Solche Diskurse können beispielsweise von Baukultur-Initiativen begleitet oder in anderen Diskussionsformaten aufgegriffen werden. Der konstruktive Diskurs ist dort am fruchtbarsten, wo die Gärten als urbane Experimentierräume gewürdigt und ihre Beiträge zur nachhaltigen Stadtentwicklung erkannt werden.

In diesem Kontext ist von besonderem Belang, dass auf Länderebene anerkannt wird, dass Gemeinschaftsgärten ressortübergreifende Projekte sind. Obwohl der Anbau von Nutzpflanzen konstituierender Bestandteil ist, spielen Themen wie Soziales, Bildung, Integration, Umwelt und Gesundheit eine gleichermaßen zentrale Rolle. Gärten sind also viel mehr als ein Thema der Freiraumplanung und Stadtentwicklung; sie sind Orte, an denen Maßnahmen und Projekte zur Integration, Bildung, Gesundheitsfürsorge und Ressourceneffizienz praktiziert werden. Entsprechend ressortübergreifend sind ihre Potenziale zu verstehen und Ansätze zu ihrer Unterstützung zu konzipieren.

In Konzepten und Planungen zur nachhaltigen Stadtentwicklung, zur Gestaltung von Freiräumen oder zu Maßnahmen der Klimaanpassung sollten Gemeinschaftsgärten zu festen Bestandteilen werden. Je nach Zielsetzung und Maßstab der Konzepte sollten Flächen identifiziert werden, die zum gemeinschaftlichen Gärtnern genutzt werden können, sowie Ideen zur Initiierung von Projekten entwickelt werden.

Insbesondere im Kontext von Strukturwandel und Schrumpfungsprozessen wird den Ländern empfohlen Gemeinschaftsgärten als Nutzungsoption von Brachflächen in Betracht zu ziehen und zu fördern. So können Gärten beispielsweise als Zwischennutzungen – wobei die zeitliche Befristung drei Jahre nicht unterschreiten sollte – oder als längerfristige Nutzung angedacht werden. Insbesondere dort, wo Flächen im Eigentum zum Beispiel von Regionalverbänden, Landschaftsverbänden oder großen Grundstücks- oder Entwicklungsgesellschaften sind, können Länder animierende und vermittelnde Rollen einnehmen. Sie können beispielsweise helfen, Flächeneigentümer und Garteninitiativen zusammenzubringen und diese in der Gestaltung der jeweiligen Kooperationsmodalitäten unterstützen. Der Regionalverband Ruhrgebiet hat mit der Studie zu „Potentialflächen für Gemeinschaftsgärten. Ein Leitfaden zur Unterstützung von Gemeinschaftsgarteninitiativen“ 2014 einen Schritt in diese Richtung getan.

Neben Diskursen und Maßnahmen, die die Entwicklung von Gemeinschaftsgärten auf der Ebene der Stadtentwicklung direkt unterstützen, sollten auch andere Ressorts das Gärtnern als soziale, bildungsrelevante, gesundheitsfördernde und nachhaltige Betätigung thematisieren. So könnten die jeweiligen Zuständigkeitsbereiche erörtern, ob Gärtnern zum Beispiel wieder zum Bestandteil von schulischen Lehrplänen werden kann, ob es eine Verankerung im Angebotsspektrum von Betreuungs- oder Gemeinwesenseinrichtungen finden oder welche Rolle es im Kontext von Projekten zur Integration und Gesundheitsvorsorge spielen kann.

Zu den genannten Themen empfiehlt sich auch für die Länder ein Austausch untereinander. Da in verschiedenen Städten und Regionen unterschiedliche Erfahrungen mit Gemeinschaftsgärten und deren Einbindung in die Quartiersentwicklung gesammelt wurden, kann sowohl der Austausch der Bundesländer untereinander als auch ein kommunen-übergreifender Austausch innerhalb eines Landes wichtige Anregungen geben.

Empfehlungen an Kommunen

Da die Entwicklung und das Gelingen von gemeinschaftlichen Gartenprojekten sehr von lokalen Rahmenbedingungen, Akteurskonstellationen und Entwicklungsprozessen abhängen, bieten sich für Kommunen unterschiedliche Möglichkeiten, die Projekte zu unterstützen. Um alle Handlungsfelder aufzeigen und dezidierte Anregungen geben zu können, wurde im Rahmen dieses Projektes die Publikation „Gemeinschaftsgärten im Quartier. Ein Handlungsleitfaden für Kommunen“ erarbeitet. Er charakterisiert Gemeinschaftsgärten in aller Kürze, benennt Handlungsfelder und formuliert Anregungen, wie urbane Gärten unter unterschiedlichen Rahmenbedingungen von kommunaler Seite unterstützt

werden können. Vor dem Hintergrund des separat erstellten Handlungsleitfadens werden die Empfehlungen für Kommunen hier im Folgenden nur kurz skizziert:

Zunächst gilt es für Kommunen, wie für den Bund und die Länder, die positiven Beiträge von Gemeinschaftsgärten zur Quartierentwicklung zu benennen und zu kommunizieren. Dies kann in den Kommunen über Medien verschiedener Art erfolgen, aber auch durch symbolische Anerkennungen (zum Beispiel Auszeichnungen oder Preise). Diese wahrnehmbare Wertschätzung soll interessierte Bürgerinnen und Bürger zum Mitmachen ermutigen, Flächeneigentümer von der Wirkung der Gärten überzeugen und mögliche Sponsoren auf unterstützenswertes Engagement aufmerksam machen.

Des Weiteren wird allen Kommunen empfohlen, konkrete Ansprechpartner für gründungsinteressierte Gärtnerinnen und Gärtner zu etablieren. Analog zu den Zuständigen für Kleingartenangelegenheiten sollten in Kommunen Zuständige für urbane Gartenprojekte benannt werden, die als zentrale Anlaufstelle agieren und die ressortübergreifende Kommunikation innerhalb der Kommune initiieren und begleiten. Sie sollten Fragen beantworten können, erste Gründungsschritte begleiten, wichtige Ansprechpartner benennen und die Vernetzung mit anderen Akteuren der Gartenszene anregen. In Städten wie beispielsweise Hannover oder Hamburg sind Personen mit solchen Tätigkeiten bereits betraut.

In diesem Kontext ist auch auf kommunaler Ebene zu beachten, dass Gemeinschaftsgärten als Orte zum Gärtnern und für quartierswirksame Projekte ressortübergreifende Angelegenheiten sind. Alle gartenbezogenen Anfragen sollten gegebenenfalls mit weiteren, projektrelevanten Abteilungen kommuniziert werden. Dies ist oft schon bei der Einrichtung eines Gartens notwendig, wenn verschiedene Abteilungen Genehmigungen erteilen müssen. Im weiteren Betrieb eines Gartens, wenn Kooperationen mit Einrichtungen im Quartier angestrebt oder Projekte für Quartiersbewohner angeboten werden, ist eine gute Abstimmung und Zusammenarbeit unterschiedlicher Ressorts ebenfalls von großer Bedeutung.

Um gärtnernde Gemeinschaften auf der Suche nach geeigneten Flächen zu unterstützen, sollten Kommunen mögliche Grundstücke identifizieren, die für Gemeinschaftsgärten in Frage kommen. Noch aktiver können Kommunen sein, wenn sie verfügbare Flächen, die von gärtnerischer Nutzung profitieren würden, als solche öffentlich kommunizieren. Solche Verfügbarkeiten könnten auf verschiedene Weise identifiziert werden: beispielsweise durch Interpretation kommunaler Daten, durch Kooperation mit Flächeneigentümern oder auch durch zivilgesellschaftlich initiierte Leerstandsmelder.

Ungeachtet der Eigentumsverhältnisse sollten die Kommunen darauf hinwirken, dass gärtnernde Gemeinschaften Nutzungsvereinbarungen mit ihren jeweiligen Gegenübern abschließen. Die Inhalte dieser von den Gärtnern zu übernehmenden Rechte und Pflichten müssen individuell ausgehandelt werden. Dabei sollte die Kommune unterstützend wirken; sie kann Aushandlungsprozesse begleiten oder Musterverträge erstellen. Hierzu kann ein interkommunaler Austausch wichtige Anregungen liefern.

Im Kontext von Nutzungsvereinbarungen sind auch Fragen zur zeitlichen Perspektive von Gemeinschaftsgärten von Belang. Ungeachtet der Art, wie Kommunen Gartenprojekte unterstützen, sollten sie deutlich machen und darauf hinwirken, dass Gärten mindestens eine Laufzeit von drei Jahren bekommen, um „Wurzeln zu schlagen“. Besser sind Laufzeiten von fünf bis sieben Jahren. In Ausnahmefällen, für besonders kurzfristige gartenbezogene Projekte können Flächen auch temporär genutzt werden, was aber explizit kommuniziert werden sollte.

Zu konkreten Unterstützungsmaßnahmen von kommunaler Seite kann beispielsweise gehören, dass Kommunen Gartengemeinschaften helfen, regelmäßig anfallende Kosten zu minimieren. In diesem Kontext kann durch Überzeugungsarbeit Wichtiges bewirkt werden. So könnten zum Beispiel städtische Werke überzeugt werden, Gebühren ganz oder teilweise zu erlassen oder Eigentümer auf Pachtzahlungen zugunsten eines quartierswirksamen, zivilgesellschaftlichen Engagements zu verzichten.

Generell empfiehlt sich den Kommunen, den Austausch und die Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Akteuren zu etablieren. Je nach Fragestellung oder Handlungsbedarf können diese in verwandten Themenfeldern aktiv sein (zum Beispiel Transition Town Initiativen, Lokale Agenda, Klimabündnisse, Bürgerinitiativen), in Quartieren tätig sein (zum Beispiel Stadtteilvereine, Quartiersmanagements, Bildungs- und Betreuungseinrichtungen), generell zivilgesellschaftliche Prozesse unterstützen (zum Beispiel Firmen mit Corporate Citizenship-Projekten, Stiftungen, Sponsoren) oder selber gärtnerisch aktiv sein (zum Beispiel Vernetzungen von Gemeinschaftsgärtnern).

5.3 Ausblick und Forschungsbedarf

Das Forschungsprojekt „Gemeinschaftsgärten im Quartier“ hat gezeigt, dass Gemeinschaftsgärten in großer Vielfalt und wachsender Vielzahl in deutschen Städten anzutreffen sind. Das Projekt konnte – vor allem auf der empirischen Basis sieben ausgewählter Fallstudien – unter anderem Aussagen über die sozialen und integrativen Qualitäten von Gemeinschaftsgärten insbesondere in benachteiligten Quartieren machen. Mit dem wachsenden Verständnis für urbane Gemeinschaftsgärten ergaben sich auch neue Fragen, die weiterer Erforschung bedürfen:

Zusammenhang von Zeit und Wirkung

Die Studie hat gezeigt, dass Gemeinschaftsgärten eine bestimmte Zeit brauchen, um „Wurzeln zu schlagen“, um zu Orten zu werden, die Beiträge zur Quartiersentwicklung leisten. Zur Planung von zukünftigen Gärten wäre wichtig zu wissen: Wie lange braucht ein Garten, um quartiersrelevante Wirkungen zu entfalten? Welche zeitlichen Nutzungsperspektiven sind Gärten mindestens einzuräumen? Welche weiteren Zeitspannen sind sinnvoll, wenn andere Verwendungen von Flächen intendiert sind?

Planungsrechtliche Sicherung von Gemeinschaftsgärten

Im Rahmen der Untersuchung ist deutlich geworden, dass Gartengemeinschaften eine langfristige Sicherung ihrer Gärten wünschen. Viele sehen ihre Bemühungen durch kurze Vertragslaufzeiten bedroht und diskutieren Möglichkeiten zur dauerhaften Sicherung ihrer Projekte. Um diesen Diskurs qualifiziert zu führen, ist zu ergründen: Welche Möglichkeiten der planungsrechtlichen Sicherung von Gemeinschaftsgärten sind zielführend? Wie lassen die sich mit dem informellen Charakter der Projekte vereinbaren? Wie ist der Aufwand für Länder und Kommunen zu rechtfertigen?

Flächenverfügbarkeit von Gärten

Zahlreiche Gemeinschaftsgärten sind von Akteuren initiiert, die nicht selten verschiedene Hürden auf der Suche nach einer Fläche für ihre Projekte überwinden mussten. Um diese ersten Entwicklungsschritte zu vereinfachen, könnten Tools zur Identifikation von Flächen entwickelt werden. Dafür ist zunächst zu prüfen: Welche Daten zu unbebauten Flächen sind wo vorhanden? Wie kann die Einsehbarkeit der Daten ermöglicht werden? Welche Ansätze sind in anderen Kontexten dazu entwickelt worden (vgl. Leerstandsmelder)?

Motive und Anreize für gärtnerisches Engagement

Es gibt urbane Kontexte, in denen Flächen zum Gärtnern zur Verfügung stehen, aber Akteure zum Gärtnern fehlen. Dort stellen sich Fragen wie: Welche Motive verfolgen die Gärtnerinnen und Gärtner mit ihrem Engagement? Wie können Interessierte erreicht und zum Gärtnern animiert werden? Welchen motivierenden oder hemmenden Einfluss haben welche Rahmenbedingungen?

Stadtgestalterische Integration von Gärten

Die ungewöhnliche gestalterische Anmutung von Gemeinschaftsgärten kann ihre Integration in stadtgestalterisch sensible Kontexte hemmen. Überlegungen und Entwürfe dazu, wie ein attraktives äußeres Erscheinungsbild kreiert werden kann, könnte Herausforderung für entwerfende Disziplinen sein. Diese sollten erforschen: Welche Anforderungen werden an die Ränder von Gemeinschaftsgärten gestellt? Mit welchen Mitteln sind diese gestalterisch ansprechend herzustellen? Wie können prototypische Gestaltungsideen kommuniziert werden?

Anhang

Kurzporträts der Fallstudien

1. Berlin-Neukölln: Nachbarschaftsgärten Prachttomate



Abbildung 15: Grüne Oase inmitten der Großstadt

Hintergrund und Geschichte

Der Nachbarschaftsgarten Prachttomate liegt inmitten von Berlin-Neukölln, wo die Gärtner drei aneinandergrenzende unbebaute Grundstücke in einen urbanen Gemeinschaftsgarten verwandelt haben. Er liegt auf der rückwärtigen Seite eines an die Karl-Marx-Straße angrenzenden Baublocks, wo ihn Häuserrückseiten mit Balkonen, Brandwänden sowie die Freifläche einer Kindertagesstätte flankieren. Die Grundstücke gehören zwei Privateigentümern und einer Wohnungsbaugesellschaft und sind für Wohnbebauung ausgewiesen. Berlin-Neukölln ist ein heterogener Bezirk mit unterschiedlichen Bereichen, die sich hinsichtlich Baustruktur, Prosperität und sozialen Charakteristika stark unterscheiden. Der Gemeinschaftsgarten liegt an einer Schnittstelle verschiedener Fördergebiete: sowohl am Rand des Soziale-Stadt-Gebiets Rollbergviertel als auch im Sanierungsgebiet Karl-Marx-Straße/Sonnenallee.

Entstehung und Umsetzung des Gartens

Für die Initiatorinnen und Initiatoren des Gemeinschaftsgartens war die Verfügbarkeit der Grundstücke in zentraler Lage von Neukölln ausschlaggebend, als sie ihr erstes Gartenprojekt am Rande Berlins aufgaben und 2011 an den jetzigen Standort umzogen. Die mobilen Beete und Pflanzkisten ermöglichten diesen Umzug und noch heute das Gärtnern auf versiegelter Fläche. Die Wurzeln des Nachbarschaftsgartens gehen auf die Initiative dreier Akteure zurück, die noch heute maßgeblich am Gelingen des Nutzpflanzenanbaus und zahlreicher weiterer Aktivitäten beteiligt sind. Sie starteten 2010 mit einem Projekt vornehmlich für Jugendliche, das insbesondere aufgrund der abgelegenen

Lage nicht weiterverfolgt wurde. Auf der Suche nach einer alternativen Fläche stießen sie auf drei zusammenhängende Grundstücke, deren Eigentümer sich mit der Nutzung als Gemeinschaftsgarten einverstanden erklärten. Weder bei der Einrichtung noch beim Betrieb des Gartens ist das kommunale Bezirksamt involviert worden. Die Verträge und Vereinbarungen zur gärtnerischen Nutzung der Flächen wurden zwischen einem Vertreter der Gartengemeinschaft und den Grundstückseigentümern ausgehandelt. Sie sind zeitlich begrenzt, konnten aber bisher immer wieder verlängert werden. Um die privatrechtliche Verantwortung und Haftung demnächst gemeinsam zu tragen, bereitet die Gartengemeinschaft die Gründung eines Vereins vor.

Gemeinschaft und ihre Aktivitäten

So wie die Gartengemeinschaft bestrebt ist, die Erhaltung und Nutzung des Gartens eigenständig und selbstorganisiert zu betreiben, so ist sie auch bemüht notwendige Gelder selber zu erwirtschaften. Es gab zwar punktuelle Unterstützung durch einen Grundstückseigentümer, von der Stiftung Interkultur und aus dem Quartiersfonds der Sozialen Stadt für das Rollbergviertel, aber darüber hinaus ist die Gemeinschaft selber aktiv: Sie verkauft auf einem Weihnachtsmarkt Reibekuchen, veranstaltet Flohmärkte im Garten, auf denen sie Selbstgebackenes und Selbsthergestelltes verkauft und beantragt Fördergelder, um Projekte für Jugendliche anbieten zu können. Die Einnahmen aus diesen Aktivitäten reichen, um laufende Kosten zu decken. Als am Vorabend eines großen Festes ein Brandanschlag auf den Garten verübt wurde und alle für das Fest geliehenen Gegenstände zerstört waren, erfuhren die Gärtner große Solidarität: Viele Gläubiger verzichteten auf die Erstattung ihrer Leihgaben, das Fest wurde trotz des Vorfalls gefeiert und die Einnahmen blieben der Gartengruppe erhalten.

Der Gemeinschaftsgarten wurde schnell zu einem Ort in der Nachbarschaft, der allen Interessierten offensteht. Sie sind verschiedenen Alters, in unterschiedlichen Erwerbssituationen, wohnen in unterschiedlicher Entfernung, kommen zu Fuß, per Fahrrad oder sogar S-Bahn zum Garten. Dabei ist die von Migration geprägte Bewohnerschaft des Quartiers – trotz ihres prozentual relativ hohen Anteils – wenig vertreten. Über Projekte insbesondere mit Jugendlichen wird versucht, sie und ihre Angehörigen für den Garten und dort anfallende handwerkliche Tätigkeiten zu interessieren. Räumlich ist der Garten von einem Zaun umgrenzt. Am Tor stehen offizielle Gartenzeiten für Besucher. Aber auch außerhalb der Zeiten können gärtnernde Mitglieder Interessierten Zutritt gewähren.

Perspektiven: Chancen und Risiken

Der Erfolg des Nachbarschaftsgartens ist den noch immer engagierten Initiatorinnen und Initiatoren sowie dem „harten Kern“ der Mitarbeitenden zu verdanken. Gemeinsam bilden sie eine Gruppe, die im Quartier einen wichtigen Begegnungsort geschaffen hat. Trotz der mobilen Gartengestaltung erscheint den Initiatorinnen und Initiatoren der Gedanke eines Umzugs des Gartens, der im Fall einer Neubebauung der Grundstücke nötig würde, als unbedingt zu vermeiden.

2. Essen-Katernberg: Bunte Gärten Alte Kirchstraße



Abbildung 16: Gemeinsam gärtnern und auf eigenen Parzellen

Hintergrund und Kontext

Die Kleingartenanlage Bunte Gärten Alte Kirchstraße liegt am nordwestlichen Rand von Essen-Katernberg, in unmittelbarer Nähe zur Grenze zur Stadt Gelsenkirchen. Das Umfeld ist von unterschiedlichen Wohnbauten und -straßen, Frei- und Sportflächen sowie Infrastrukturen geprägt. Der Stadtteil war untrennbar mit der Montanindustrie verbunden und mit ihrem Rückzug begann ein gravierender Umbruch: Massive Arbeitsplatzverluste verursachten u. a. erhebliche soziale Probleme. Als Reaktion verfolgte die Stadt Essen in den 1980er Jahren sozialräumliche Stadterneuerungsprogramme für Katernberg, die im Quartiersmanagement fortgeführt werden. Dies ist in Essen auf eine dialogorientierte Planung mit intensiver Einbindung der Menschen vor Ort ausgerichtet. Im sogenannten Stadtteilprojekt Katernberg kooperieren u. a. das Büro Stadtentwicklung der Stadt Essen, das Institut für Stadtteilentwicklung, Sozialraumorientierte Arbeit und Beratung der Universität Duisburg-Essen, das Stadtteilbüro Kon-Takt sowie die Arbeiterwohlfahrt und die Evangelische Kirchengemeinde.

Entstehung und Umsetzung des Gartens

Die Initiative für die Entstehung der interkulturellen Kleingartenanlage geht auf eine engagierte türkische Gärtnerin zurück, die sich auf der Suche nach einer Ersatzfläche für ein Grabeland an das Stadtteilbüro wandte. Aufgrund geänderter Gesetzgebung konnte kein neues Grabeland vergeben werden, so dass die Zusammenarbeit mit dem lokalen Kleingartenverband gesucht wurde. Da in bestehenden Anlagen keine Parzellen für die Interessierten zur Verfügung standen, wurde die Gründung einer neuen, interkulturellen Kleingartenanlage angestrebt. In einem langen, sechs- bis siebenjährigen Prozess wurde dafür eine Fläche gefunden, die vom Stadtverband der Essener Kleingärtner erworben wurde und dem in Gründung befindlichen Verein „Bunte Gärten Alte Kirchstraße e.V.“ zur Verfügung gestellt wurde. Mit Unterstützung des kommunalen Stadtentwicklungsbüros wurden baurechtliche Aspekte geklärt, sowie Genehmigungen und Fördergelder für infrastrukturelle Baumaßnahmen organisiert.

Gartenanlage und Gemeinschaft

Die interkulturelle Gartenanlage grenzt unmittelbar an eine etablierte Kleingartenanlage an und unterscheidet sich optisch sehr: Der einheitliche Duktus der neu errichteten Lauben und die Offenheit der

Anlage aufgrund fehlender Heckenstrukturen vermitteln eine offener Atmosphäre, obwohl auch hier die Regeln des Bundeskleingartengesetzes zur Gestaltung der Gärten beachtet werden. Die Parzellen sind etwa 300 Quadratmeter groß und neben der jährlichen Pacht mussten die Pächterinnen und Pächter die Kosten für den Neubau der Laube bzw. heute die Übernahme existierender Lauben übernehmen.

Die insgesamt 25 Parzellen der Anlage werden von 21 Familien genutzt. Sie sind unterschiedlicher nationaler Herkunft und wohnen in benachbarten Stadtteilen oder Städten. Der Garten wird also weniger von Menschen des angrenzenden Quartiers, als von Interessierten genutzt, die hier die Möglichkeit zum Gärtnern auf gepachtetem Boden bekommen. Im Laufe des mehrjährigen Entstehungsprozesses hatte sich die Zusammensetzung der gärtnernden Gemeinschaft verändert. Von der ursprünglich türkischen Gruppe, die bereits auf dem Grabeland im benachbarten Gelsenkirchen gemeinsam gearbeitet hatte, sprangen im Laufe der Zeit viele aufgrund der hohen Kosten ab, die für Neuerschließung der Anlage und Einrichtung der Parzellen anfielen.

Eine Parzelle in der Anlage hebt sich nicht nur durch die Materialität der Laube, sondern vor allem durch ihre Nutzung als Familiengarten ab. Sie wird von den Kindern der nahegelegenen Kindertagesstätten genutzt, die regelmäßig mit ihren Erzieherinnen zum Gärtnern kommen.

Perspektiven: Chancen und Risiken

Sowohl die Unterstützung des Quartiersmanagements für das Anlegen einer neuen Kleingartenanlage als auch die Begleitung des nachfolgenden, mehrjährigen Prozesses war Ausgangspunkt für den Erfolg des Gartens. Die Strukturen des Kleingartenwesens haben bei der Einbettung der Gartengruppe zwar eine hilfreiche Organisationsstruktur geschaffen, jedoch werden sie auch als Herausforderung für das interkulturelle Miteinander angesehen.

3. Hannover-Sahlkamp: Internationaler Spessartweggarten



Abbildung 17: Gemeinschaftsgarten statt Tiefgaragentristesse

Hintergrund und Kontext

Der Internationale Spessartweggarten befindet sich auf dem Dach einer Tiefgarage inmitten einer Hochhaussiedlung im Hannoverschen Stadtteil Sahlkamp. Der Stadtteil ist von relativ hoher Arbeitslosigkeit, Jugendgewalt und Drogenmissbrauch geprägt. Darüber hinaus haben mehr als ein Drittel der Bewohnerinnen und Bewohner einen Migrationshintergrund, viele verfügen über keinen gesicherten Aufenthaltsstatus und kaum eine berufliche Perspektive. Der Austausch zwischen Einheimischen und Migranten ist gering. Daher wurde das Gebiet 2009 in das Städtebauförderungsprogramm Soziale Stadt aufgenommen.

Entstehung und Umsetzung des Gartens

In dieser sozial-räumlichen Situation entwickelte der von der Kommune getragene Stadtteiltreff Sahlkamp 2005 die Idee, einen Interkulturellen Garten zu initiieren. Ziel war es, insbesondere den Migrantinnen und Migranten über das gemeinschaftliche Gärtnern eine bessere Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen und in der Nachbarschaft positive Impulse zu senden. Hierzu wurde zunächst der gemeinnützige Verein Internationale StadtteilGärten Hannover e.V. als Träger gegründet. Als mögliche Gartenfläche wurde bald das Dach einer Tiefgarage im Spessartweg identifiziert. Mit der Eigentümerin, einer Wohnungsbaugesellschaft, wurde für die ca. 1.200 Quadratmeter große Fläche eine zeitlich unbefristete Nutzungsvereinbarung getroffen, die keine Pacht oder andere Zahlungen vorsieht.

Ein im Verein aktiver Landschaftsarchitekt erstellte einen Gartenentwurf, der u. a. 13 Gartenparzellen von ca. 50 Quadratmetern sowie Gemeinschaftsflächen vorsah. In einer gemeinsamen Aktion räumten 2007 etwa 30 Bewohnerinnen und Bewohner aus der Nachbarschaft das verwucherte und vermüllte Gelände auf und ließen Mutterboden aufschütten, den eine Baufirma gespendet hatte. Die offizielle Eröffnung des Gartens wurde eine Woche später mit einem Pflanzfest gefeiert.

Neben den Gartenparzellen gibt es eine Gemeinschaftsfläche mit einem Grillplatz, sowie einen Pavillon, einen Werkzeugschuppen und ein kleines Gemeinschaftsgewächshaus. Angepflanzt werden Gemüse, Beerenobst, Kräuter und Blumen. So können die Familien einen Teil ihres Bedarfs an frischen Lebensmitteln decken. Der Garten ist über eine ca. zwei Meter hohe, auf das Dach führende Treppe zu erreichen. Andere Zugänge ergeben sich über die Erdgeschossausgänge der angrenzenden Wohnungen. Ein Zaun und ein verschließbares Tor am Ende der Treppe verhindern Unbefugten den Zugang; vor allem außerhalb der Anwesenheitszeiten der Gärtnerinnen und Gärtner.

Organisation und Beteiligung

Der Vorstand des Vereins, dessen Aktivitäten von der Kommune finanziell unterstützt werden, beauftragte 2013 einen Geschäftsführer, der die Aufgabe hat, alle administrativen und kommunikativen Verpflichtungen des Vereins zu übernehmen. Er kümmert sich im Rahmen seiner Tätigkeit nicht nur um den Garten im Spessartweg, sondern betreut auch vier weitere Gärten, die der Verein Internationale StadtteilGärten Hannover e.V. seit 2007 im Sahlkamp und im benachbarten Stadtteil Hainholz eingerichtet hat.

Ausstrahlungseffekte ins Quartier

Im Spessartweggarten kommen Menschen unterschiedlicher Herkunft, Kultur und Sprache in Kontakt. Fast alle Gärtnerinnen und Gärtner wohnen in der Nähe und haben einen Migrationshintergrund. Die Stabilität der Gemeinschaft zeigt sich in der geringen Fluktuation und in der großen Zahl der Menschen, die den Garten regelmäßig besuchen: Mit dem Garten werden ca. 300 bis 400 Personen erreicht. Gemessen an der Zahl der erreichten Menschen, sind Ausstrahlungseffekte auf das Quartier deutlich spürbar.

Es zeigt sich zudem, dass viele der im Garten Aktiven motiviert sind, sich auch außerhalb für die Stadtteilentwicklung zu engagieren. Durch den Garten haben die Gärtnerinnen und Gärtner erlebt, dass es sich lohnt, Verantwortung für das Zusammenleben zu übernehmen.

4. Leipzig-Lindenau: Nachbarschaftsgärten Josephstraße



Abbildung 18: Nachbarschaftsgarten statt Brache

Hintergrund und Kontext

Die Nachbarschaftsgärten Josephstraße befinden sich im gründerzeitlichen Stadtteil Leipzig-Lindenau. Bis in die beginnenden 2000er Jahre hinein war der Stadtteil von Leerständen, Sanierungsrückständen und einem hohen Anteil sozial und wirtschaftlich benachteiligter Haushalte geprägt. Im Zuge umfänglicher öffentlicher Förderprogramme wurden bauliche Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen umgesetzt. Allerdings blieben nennenswerte private Investitionen zunächst aus, so dass substanzielle Verbesserungen in den baulichen Strukturen im Stadtteil nur langsam vorankamen.

Entstehung und Umsetzung des Gartens

In dieser Atmosphäre sich nur mühsam entwickelnder Aufwertungsprozesse erkannten vor allem bildungsnahe Gruppen und junge Familien Chancen, in den Leerständen und Brachen ehrenamtlich neue Formen des gemeinschaftlichen Engagements zu erproben. Maßgeblich für die Entstehung der Nachbarschaftsgärten in der Josephstraße war die Initiative des Lindenauer Stadtteilvereins. Sein Anliegen war es, brachliegende Areale zu wohnungsnahen Grünflächen zu entwickeln. Bald fiel der Blick auf den Block zwischen Josephstraße und Siemeringstraße, der sich für die Anlage eines Gemeinschaftsgartens anbot.

Doch die Rahmenbedingungen waren schwierig: Ein erheblicher Teil der Blockrandbebauung war ruinös, und der gesamte Blockinnenbereich geprägt von Schutt und Unrat. Zudem lag eine komplexe Eigentümerstruktur vor, und es musste mit jedem einzelnen privaten Eigentümer eine bilaterale befristete Nutzungsvereinbarung geschlossen werden. Diese sahen von jährlichen Pachtzahlungen ab, so dass die finanzielle Grundbelastung der Gartengemeinschaft gering gehalten werden konnte. Im Frühjahr 2004 konnte mit der Urbarmachung des ca. 5.500 Quadratmeter großen Areals begonnen werden, das eigentlich für Wohnbebauung ausgewiesen ist.

Im Laufe der folgenden Jahre wurden die Nachbarschaftsgärten kontinuierlich weiterentwickelt. Heute gibt es auf der Fläche neben den Gärten eine Holz- und Fahrradwerkstatt, ein Strohballenhaus, Grillmöglichkeiten und einen Lehmbackofen, Spielgelegenheiten sowie verschiedene andere Angebote. 2008 ging die Trägerschaft für den Gemeinschaftsgarten auf den neu gegründeten Verein über. Die Nachbarschaftsgärten sind immer wieder Ort für soziale Projekte und Aktionen, anlässlich derer die Gartengemeinschaft mit zahlreichen Sozial- und Bildungseinrichtungen im Quartier kooperiert.

Garten und Gemeinschaft

Die Nachbarschaftsgärten werden durch je einen Eingang im Westen und im Osten erschlossen. Mit Zahlenschlössern gesicherte Tore ermöglichen nur „Insidern“ den Zutritt. Das offen und frei gestaltete Gartenareal gliedert sich in einen größeren Gemeinschaftsbereich mit Grillplatz, Sitzmöbeln und Gartenflächen mit circa 20 Beeten. Die Parzellen selber machen einen bunten und teilweise recht „wild“ Eindruck – gestalterische Konventionen sind den Gärtnerinnen und Gärtnern nicht wichtig. An eine Regel müssen sich jedoch alle halten: Hunde sind auf dem gesamten Areal nicht gestattet.

Von besonderem Wert für die Gärtnerinnen und Gärtnern ist die Möglichkeit, sich mit Freunden und Bekannten in den Gärten zu treffen, gemeinsam zu reden, zu grillen und zu feiern. Insgesamt dürfte der erweiterte Kreis der Gartennutzer und -besucher rund 200 Personen umfassen.

Perspektiven und Risiken

Mittlerweile ist ein Aufwertungsdruck im gesamten Viertel deutlich zu spüren. Den Gärtnerinnen und Gärtnern ist bewusst, dass die Gärten von vornherein als Zwischennutzung konzipiert waren. Viele Akteure sehen den spektakulären Aufschwung des Viertels ursächlich mit der Entstehung der Nachbarschaftsgärten verbunden. Insofern entbehrt es aus Sicht vieler Freunde des Nachbarschaftsgartens nicht einer gewissen Tragik für die lokalen Akteure, wenn es doch zu einer Bebauung des Areals käme und die Gärten so zu Opfern ihres eigenen Erfolges würden.

5. Marburg-Stadtwald: Interkulturelle Gärten Stadtwald



Abbildung 19: Gemeinschaftsort zwischen Siedlung und Landschaftsraum

Hintergrund und Kontext

Die interkulturellen Gärten in Marburg-Stadtwald bilden einen von zwei Gemeinschaftsgärten in Marburg. Seit 2003 wird dort am Rande der ehemaligen Tannenber-Kaserne auf einer kommunalen Wiesenfläche am Übergang zur Landschaft gegärtnert. Mitte der 1990er Jahre wurde die Kaserne aufgegeben, viele Gebäude von der kommunalen Wohnungsbaugesellschaft übernommen und in Sozialwohnungen umgewandelt. Aufgrund der kurzen Entwicklungszeit, der unabhängig voneinander verlaufenden Entwicklung von Gewerbe- und Wohnungsbau und der fehlenden Infrastruktur ist der Stadtwald noch immer geprägt von Defiziten: mangelnde Quartiersbildung, problematische soziale Verhältnisse, hohe Fluktuation und schlechtes Image.

Der Stadtwald ist ein Quartier mit sehr junger Bevölkerung. Haushalte mit Kindern sind stark vertreten, der Anteil von Ausländern ist höher als in der Gesamtstadt, ebenso die Sozialhilfequote. Die soziale Armut verstetigt sich und wird als Grundproblem gesellschaftlicher Integration gesehen.

Entstehung und Umsetzung des Gartens

Bevor die Idee interkultureller Gärten nach Marburg kam, waren im Rahmen von Maßnahmen zur Wohnumfeldverbesserung schon verschiedene Gartenprojekte mit kommunaler Unterstützung realisiert worden. Im Laufe der Zeit wandelten sich die Bedürfnisse der Bewohner und mit dem Zuzug vieler Spätaussiedler verstärkte sich der Ruf nach größeren Nutzgärten. In diesem Kontext wurde die Idee der interkulturellen Gärten an die Stadt herangetragen und traf auf Interesse. Die Suche nach einer Fläche führte zu einer Ausgleichsfläche im Außenbereich, die die Stadt zeitlich unbefristet für gärtnerische Zwecke freigab. Bedenken des Naturschutzes wurden ausgeräumt, indem der Verzicht auf Pestizide versprochen wurde. Auf dieser 3.000 Quadratmeter großen ehemaligen Wiese am Rande des alten Kasernengeländes gärtnern heute 21 Familien nebeneinander und verbringen Zeit miteinander.

Die Nutzung der Fläche wurde per Nutzungsvertrag zwischen der Stadt und der im Stadtteil aktiven Initiative für Kinder, Jugend und Gemeinwesenarbeit e.V. als Vertreterin der Gartengemeinschaft ermöglicht. Die Stadt stellt die Fläche pachtfrei zur Verfügung und unterstützte die Einrichtung des Gartens u. a. auch durch den Einsatz der städtischen Baukolonne.

Garten und Gemeinschaft

Die Gruppe der Gärtnernden ist sehr gemischt: Menschen mit Migrationshintergrund, verschiedenen Alters, Familien mit Kindern, Studenten aus dem Stadtteil und nahegelegenen Quartieren nutzen den Garten als Ort der Begegnung, Erholung und zum Anbau von Gemüse. Die Zusammensetzung der Gruppe ändert sich jedes Jahr; einige sind viele Jahre dabei, andere nur eine Saison.

Jenseits der eigentlichen Gartenfläche, die sich aus Gemeinschaftsfläche und den einzelnen Parzellen zusammensetzt, liegt der sogenannte Abenteuergarten. Er ist auf Betreiben der Initiative für Kinder, Jugend und Gemeinwesenarbeit (IKJG e.V.) entstanden und bietet neben Kletter- und Spieleinbauten auch Sitzgelegenheiten sowie Beete explizit für Kinder. Dieser Abenteuergarten ist eine Reaktion auf die besonderen Bedürfnisse von Kindern, und ermöglicht der IKJG ihre offene Arbeit in der Natur anzubieten. Insgesamt haben der rege Austausch und die enge Kooperation zwischen Stadt, IKJG und der Gartengemeinschaft dazu beigetragen, dass wichtige Impulse aus dem Quartier aufgegriffen und auf kooperative Weise umgesetzt wurden. Der Stadt ist genau an dieser Weiterentwicklung gelegen. Sie freut sich über die Verselbstständigung der Gartengemeinschaft und ihrer Aktivitäten.

Erfolgsfaktoren und Perspektiven

Die konstruktive, unkomplizierte Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen kommunalen Akteuren und dem Gemeinwesenprojekt hat genauso zum Gelingen des Projekts beigetragen, wie die Offenheit gegenüber neuen Ideen und Impulsen aus dem Quartier, die Bereitschaft neue Wege zu gehen und in das Projekt zu investieren.

6. München-Neuperlach: ZAK Bewohnergärten



Abbildung 20: Bewohnergärten am Rand einer Großwohnsiedlung

Hintergrund und Kontext

Die ZAK Bewohnergärten liegen am westlichen Rand von München-Neuperlach, einer Trabantensiedlung der späten 1960er Jahre, in der zwischen mehrgeschossigen Wohngebäuden primär Abstandsflächen zu finden sind. Mit etwa 60.000 Einwohnern gehört Neuperlach zum bevölkerungsstärksten Stadtbezirk Münchens. Gemessen am gesamtstädtischen Durchschnitt sind dort Familienhaushalte mit Kindern überrepräsentiert, der Migrantenanteil liegt über dem Wert für die Gesamtstadt und die Zahl der Arbeitslosen ist die höchste aller Stadtbezirke. Neuperlachs soziale Probleme werden u. a. auch mit seiner städtebaulichen Konzeption in Zusammenhang gebracht, die von großen Wohnblöcken geprägt ist, in denen Anonymität statt nachbarschaftlicher Beziehungen dominiert.

Entstehung und Umsetzung des Gartens

Mit dem Ziel, ungenutztes Abstandsgrün in nutzbare Freiflächen zu verwandeln, haben sich bereits Anfang der 1990er Jahre Anwohnerinnen und Anwohner für die Anlage von Gärten inmitten der Wohnbebauung eingesetzt. Aus der Aktion „Neuperlach soll blühen“ hat sich eine rege Quartiersarbeit entwickelt: Es wurde der Verein für Gemeinwesenarbeit und Stadtteilgestaltung „Zusammen aktiv in Neuperlach“ (ZAK) gegründet, der nicht nur die heutigen Bewohnergärten betreut, sondern auch ein Café, eine Küche, eine Rad- und Holzwerkstatt und eine Beratungsstelle unterhält. Zur Betreuung der Bewohnergärten finanziert der Verein eine Honorarkraft, die regelmäßige Treffen der gärtnernden Gemeinschaft organisiert, Konflikte innerhalb der heterogenen Gruppe moderiert, in baulichen und gestalterischen Aspekten berät und als Bindeglied zur Stadt agiert. Der Verein ZAK erhält dafür Unterstützung vom Referat für Gesundheit und Umwelt der Landeshauptstadt München; andere Referate sind weniger kooperativ, so dass unterschiedliche Aussagen zur seiner Perspektive am derzeitigen Standort existieren. Da die Gärten auf einem als Grünfläche ausgewiesenen Areal liegen, auf der weder bauliche noch Gartennutzungen erlaubt sind, gelten sie nur als toleriert; ihre Perspektive ist also genau genommen ungewiss. Die aufgeteilten Zuständigkeiten der verschiedenen kommunalen

Referate für unterschiedliche Gartenfragen machen die Kommunikation schwierig; von Menschen mit geringen Deutschkenntnissen wäre sie nicht zu leisten.

Von ihrer ursprünglichen Lage inmitten des Neuperlacher Wohnrings sind die Bewohnergärten mittlerweile an den Rand der Siedlung gezogen, wo auf knapp 4.000 Quadratmetern auf unterschiedlich dimensionierten Gartenparzellen gegärtnert wird. Das Areal ist von einer Hecke umschlossen, die lediglich ein unkontrolliertes beliebiges Durchqueren einschränken soll.

Garten und Gemeinschaft

Die Gemeinschaft der Gärtnernden umfasst derzeit 50 Parteien aus zwölf Nationen, die vornehmlich Anwohnerinnen und Anwohner der benachbarten Wohnblöcke sind. Die ethnische und kulturelle Herkunft der Menschen ergibt sich aus der Bewohnerschaft des Stadtteils. Die Gärten bieten insbesondere denjenigen Menschen die Möglichkeit auf eigener Parzelle zu gärtnern, die sich keinen Klein- oder Krautgarten leisten können. Ihnen bedeutet der Anbau von eigenen Lebensmitteln oft viel: sie kommen häufig aus ländlichen Regionen, sind entsprechend kenntnisreich und schätzen die Ergänzung ihrer Ernährung mit Selbstgeerntetem. Über das gemeinsame Gärtnern entstehen überdies Berührungspunkte und Kontakte, die in den wohnungsnahen Frei- und Erschließungsräumen der Trabanstenstadt sonst nur selten zu Stande kommen. Die Nachfrage nach einer Gartenparzelle ist groß; es stehen bisher immer zwischen 50 und 100 Interessierte auf der Warteliste.

Perspektiven und Herausforderungen

Der Erfolg der Bewohnergärten in Neuperlach ist zu einem großen Teil dem Verein ZAK zu verdanken, der intern in der Gartengruppe koordinierend und moderierend wirkt und gleichzeitig die Kommunikation mit externen Akteuren, vor allem der Kommune, übernimmt. Diese gestaltet sich insofern schwierig, als dass Zuständigkeiten aufgesplittet sind und die Kommunen-interne Kommunikation lückenhaft ist. Die Beliebtheit der Gärten spricht aber für ein Fortbestehen.

7. Potsdam-Schlaatz: Integrations- und Internationaler Schulgarten



Abbildung 21: Lebendiges „Draußen-Stadtteilzentrum“

Hintergrund und Kontext

Der Integrations- und Internationale Schulgarten im Potsdamer Wohngebiet Schlaatz entstand als eine engagierte russische Biologin aus dem Viertel nach einer Fläche zum Gärtnern suchte. Der Schlaatz ist ein Wohngebiet im Potsdamer Süden, das in den 1980er Jahren im Rahmen damaliger Wohnungsbauprogramme entstand. Schon früh entwickelte der Stadtteil einen schlechten Ruf. Er ist geprägt von einem hohen Anteil arbeitsloser Bewohnerinnen und Bewohnern, von Menschen mit Migrationshintergrund und hoher Fluktuation. Aus diesen Gründen steht der Schlaatz schon lange im Fokus städtebaulicher Förderung: Zunächst waren es Städtebaufördermittel, dann schloss ein EU-Programm an und seit 2006 ist der Schlaatz Soziale Stadt-Gebiet.

Entstehung und Umsetzung des Gartens

Wie viele russische Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler hatte die Initiatorin des Gartens eine Affinität und viel Wissen zum Gärtnern. Auf der Suche nach einer Fläche wurde von den Akteuren im Stadtteil der ungenutzte Schulgarten anvisiert. Der u. a. in diesem Prozess angesprochene Brandenburgische Kulturbund pachtete schließlich die Fläche vom städtischen Immobilienservice, es wurden Parzellen für Familien abgeteilt und die zentralen Gemeinschaftsflächen angelegt. Heute ist der Garten mit Obstbäumen, Sträuchern und Blumen dicht bewachsen. Obwohl die Fläche noch immer gepachtet ist – ein Kauf ist aufgrund des Preises illusorisch – ist seine Zukunft gewiss. Der Gemeinschaftsgarten ist eine feste Größe im Quartier, dessen Existenz keiner in Frage stellt. Gut zehn Jahre nach Erschließung der Fläche gärtnern noch einige Gründungsmitglieder mit. Andere sind durch Alter und Krankheit zur Ruhe gezwungen, werden aber noch immer von der Gruppe unterstützt und betreut.

Gemeinschaft und Aktivitäten

Parallel zum Anbau von Nutzpflanzen auf eigenen Beeten ist der Integrationsgarten Ort zahlreicher Projekte, die in enger Kooperation mit Bildungsinstitutionen, Vereinen, Gruppen und Einrichtungen aus dem Quartier durchgeführt werden. Im Jahr 2012 wurden beispielsweise insgesamt 1.400 Kinder betreut, neben den 14 Familien, die heute den engen Nutzerkreis des Gartens bilden. Die meisten Aktiven kommen aus dem benachbarten Schlaatz.

Durch unterschiedliche Fördermaßnahmen konnten die verschiedenen Projekte punktuell unterstützt werden. So gab es im Laufe der Zeit finanzielle Mittel, zahlreiche Sachspenden sowie handwerkliche Leistungen, die kostenlos eingebracht wurden. Insbesondere nach einem von insgesamt acht Brandanschlägen wurde handwerkliche Arbeit gespendet. Außergewöhnlich profitierte der Garten von Mitteln des Dezernats Gesundheit und Soziales der Stadt Potsdam, das durch den Umzug des Asylbewerberheims in den Schlaatz in Projekte vor Ort investieren konnte. Diese Förderung wird vom Quartiersmanagement verwaltet und für Personalmittel im Garten eingesetzt, die zur Organisation und Durchführung der Projekte erforderlich sind. Insgesamt wird die Finanzierung von Personal als sehr schwierig bezeichnet. So wurden früher zwar Ein-Euro-Jobber dem Garten zur Verfügung gestellt und derzeit sind vier Bürgerarbeiter aktiv, aber für die langjährigen Hauptbezugs- und Betreuungspersonen der Gartengruppe stehen kaum und vor allem keine langfristig kalkulierbaren Mittel zur Verfügung.

Erfolgsfaktoren und Perspektiven

Kooperative, offene und engagierte Menschen haben den internationalen Garten ins Leben gerufen und sind nach über zehn Jahren noch immer über die Maßen engagiert. Dieses oftmals intensive ehrenamtliche Engagement einzelner Personen aus der Zivilgesellschaft trägt wesentlich zum Erfolg des Gemeinschaftsgartens bei.

Literatur

- Appel, Ilka; Grebe, Christina; Spitthöver, Maria (2011): Aktuelle Garteninitiativen. Kleingärten und neue Gärten in deutschen Großstädten. Kassel university press
- Baier, Andrea (2011): Urbane Landwirtschaft und Stadtteilentwicklung. Die Nachbarschaftsgärten in Leipzig. In: Müller, Christa (Hg.): Urban Gardening. Über die Rückkehr der Gärten in die Stadt. 2. Auflage. Verlag Oekom, München, S. 104-117
- Baier, Andrea (2012): Interkulturelle Gärten als Impulsgeber für die Nachbarschaft. Vortrag auf Netzwerktagung 2012 Marburg, Stiftung Interkultur. In: <http://www.stiftung-interkultur.de/netzwerktagungen-stiftung-interkultur> am 09. November 2012
- BBR: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hg.) (2004): Zwischennutzung und neue Freiflächen. Städtische Lebensräume der Zukunft Bonn. Dezember 2004
- Berding, Ulrich; Havemann, Antje (2011): Zwischen privat und kommunal. Öffentlich nutzbare Räume im Schnittbereich. In: PlanerIn 2_11 April 2011, S. 54f.
- Berding, Ulrich; Havemann, Antje; Pegels, Juliane; Perenthaler, Bettina (Hg.) (2010): Stadträume in Spannungsfeldern. Plätze, Parks und Promenaden im Schnittbereich öffentlicher und privater Aktivitäten. Verlag Dorothea Rohn. Detmold
- BMVBS: Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (2008): Städtebauliche, ökologische und soziale Bedeutung des Kleingartenwesens. Forschungen Heft 133.
- Bochnig, Stefan; Selle, Klaus (Hg.) (1992): Freiräume für die Stadt. Wiesbaden/Berlin
- Borgstedt, Silke (2011): Das Paradies vor der Haustür: Die Ursprünge einer Sehnsucht aus der Perspektive soziokultureller Trendforschung. In: Müller, Christa (Hg.) (2011): Urban Gardening. Über die Rückkehr der Gärten in die Stadt. 2. Auflage. Verlag Oekom, München, S. 118-125
- Die Welt (30.05.2008): Neuer Trend: Kleingarten statt Eigenheim. In Deutschland gibt es 1,24 Millionen Parzellen – Lange Wartelisten in den Großstädten. In: http://www.welt.de/welt_print/article2048955/Neuer-Trend-Kleingarten-statt-Eigenheim.html (Stand: 06. November 2012)
- Drenckhan, Ulla (2010): Inseln im Straßenmeer. Community Gardens in New York und Berlin. In: Fensterplatz. Zeitschrift für Kulturforschung, S. 82-91
- Dünzelmann, Anne E. (2007): Von der Yala zum Kleingarten. Kleingärten – Räume der Integration und Akkulturation für Zugewanderte? IKO Verlag, Karben
- Fester, F. Marc; Kraft, Sabine; Metzner, Elke (1983): Raum für soziales Leben. Eine Arbeitshilfe für Planungs- und Entwurfspraxis. Karlsruhe
- Gälzer, Ralph (2001): Grünplanung für Städte. Planung, Entwurf, Bau und Erhaltung. Eugen Ulmer Verlag, Stuttgart
- Glaser, Hermann (2001): Schreber- und Nutzgarten: Das Nützliche und das Schöne. In: Die Geschichte der Gärten und Parks, Insel Verlag, Frankfurt, S. 279-291
- Grünsteidel, Irmtraud (2000): Community Gardens. Grüne Oasen in den Ghettos von New York. In: Holl, Anne; Meyer-Renschhausen, Elisabeth (Hg.): Die Wiederkehr der Gärten: Kleinlandwirtschaft im Zeitalter der Globalisierung. Studien-Verlag, Innsbruck, S. 25-139
- Haidle, Isabella; Arndt, Christoph (2004): Urbane Gärten in Buenos Aires. Gemeinschaftsdiplomarbeit Technische Universität Berlin, Stadt- und Regionalplanung (Haidle) und HU Berlin, Landschaftsplanung (Arndt).
- Halder, Severin; Martens, Dörte; Münnich, Gerda; Lassalle, Andrea; Aenis, Thomas; Schäfer, Eckhard (2014): Wissen wuchern lassen. Ein Handbuch zum Lernen in urbanen Gärten. AG Spak Bücher, Neu-Ulm
- Häpke, Ulrich (2012): Freiraumverluste und Freiraumschutz im Ruhrgebiet. Common-Property-Institutionen als Lösungsansatz? Blaue Reihe, Dortmunder Beiträge zur Raumplanung 139

- Haubenhofer, Dorit; Enzenhofer, Karin (2013): Gartentherapie: Theorie, Wissenschaft, Praxis. Umweltschutzverein Bürger und Umwelt, Geschäftsbereich Natur im Garten. St. Pölten, Österreich
- Holl, Anne; Meyer-Renschhausen, Elisabeth (2000): Die Wiederkehr der Gärten – Eine Einführung. In: Holl, Anne; Meyer-Renschhausen, Elisabeth (Hg.) (2000): Die Wiederkehr der Gärten: Kleinlandwirtschaft im Zeitalter der Globalisierung. Studien-Verlag, Innsbruck, S. 19-20
- Hou, Jeffrey; Johnson, Julie; Lawson, Laura (2009): Greening Cities, Growing Communities: Learning from Seattle's Urban Community Gardens. Landscape Architecture Foundation, Seattle, WA
- Kastorff-Viehmänn, Renate (Hg.) (1998): Die grüne Stadt. Klartext, Essen
- Krasny, Elke (Hg.) (2012): Hands-On Urbanism. 1850-2012. Vom Recht auf Grün. Architekturzentrum Wien
- Lange, Bastian (2011): Koop Stadt? Was ist von der „kreativen Stadt“ zukünftig zu erwarten? In: Müller, Christa (Hg.) (2011): Urban Gardening. Über die Rückkehr der Gärten in die Stadt. 2. Auflage. Verlag Oekom, München, S. 104-117
- Lawson, Laura (2004): The Planner in the Garden: A Historical View into the Relationship between Planning and Community Gardens. In: Journal of Planning History, Vol. 3, No. 2, May 2004, S. 151-176
- Lohrberg, Frank (2001): Stadtnahe Landwirtschaft in der Stadt- und Freiraumplanung. Ideeengeschichte, Kategorisierung von Konzepten und Hinweise für die zukünftige Planung. Dissertation Uni Stuttgart
- Lohrberg, Frank (2011): Agrarfluren und Stadtentwicklung. In: Müller, Christa (Hg.): Urban Gardening. Über die Rückkehr der Gärten in die Stadt. 2. Auflage. Verlag Oekom, München, S. 140-149
- Madlener, Nadja (2009): Grüne Lernorte. Gemeinschaftsgärten in Berlin. Erziehung, Schule, Gesellschaft, Bd. 51, Ergon Verlag, Würzburg
- Maessen, Hubert (Hg.) (1995): ...und dann kommst du nach Hause. Treuhandstelle für Bergmannswohnstätten im Rheinisch-Westfälischen Steinkohlenbezirk. Berg-Verlag, Bochum
- Manufactum (2012): Deutsche Gartenland: (R)evolution im Kleingarten? In: <http://www.manufactum.at/deutsche-gartenland-r-evolution-kleingarten-c-1664/> (Stand: 30. Oktober 2013)
- Mees, Carolin (2010): Städtisches Land gemeinschaftlich genutzt. Bürgerparks und Nachbarschaftsgärten in Berlin. In: Stadt und Grün 03, März 2010, S. 24-30
- Mees, Carolin (2012): Zwischen Hobby und Stadtplanung. In: Bauwelt 39, Urbane Landwirtschaft, 12. Oktober 2012, S. 14-15
- Meyer-Renschhausen, Elisabeth (2011): Gemeinschaftlich betriebene Gemüsegärten in Berlin. Eine Studie. Finanziert von der Stiftungsgemeinschaft anstiftung&ertomis, München
- Meyer-Renschhausen, Elisabeth (2013): Gärtnern als Politik. Community Gardening – Urban Agriculture – Interkulturelle Gärten in den Städten. In: www.lebendigeerde.de/index.php?id=essay (Stand: 02. Mai 2013).
- Meyer, Friederike (2012): New Yorker Ackerbau. In: Bauwelt 39 Urbane Landwirtschaft, 12. Oktober 2012, S. 24-25
- Milchert, Jürgen (2013): Kartoffeln statt Blumen. In: Garten + Landschaft, August 2013
- Misselwitz, Philipp; Oswalt, Philipp; Overmeyer, Klaus (Urban Catalyst) (2007): Stadtentwicklung ohne Städtebau. Planerischer Alptraum oder gelobtes Land? In: Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Berlin (Hg.): Urban Pioneers. Jovis Verlag, Berlin
- Müller, Christa (2002): Wurzeln schlagen in der Fremde. Die „Internationalen Gärten“ und ihre Bedeutung für Integrationsprozesse. Oekom Verlag, München
- Müller, Christa (2011): Urban Gardening. Grüne Signaturen neuer urbaner Zivilisation. In: dies. (Hg.): Urban Gardening. Über die Rückkehr der Gärten in die Stadt. 2. Auflage. Verlag Oekom, München, S. 22-53

- Müller, Christa (2012). Informelles Gärtnern. Zur Freestyle-Architektur des Urban Gardening. In: Urbane Landwirtschaft. Bauwelt 39, 103. Jg. 12. Oktober 2012, S. 16-19
- MWEBWV NRW: Ministerium für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr des Landes NRW (Hg.) (2011): Verstetigung integrierter Quartiersentwicklung in benachteiligten Stadtteilen in Nordrhein-Westfalen. Düsseldorf
- Nasr, Joe im Interview mit Carolin Mees (2012): Urbane Landwirtschaft wird für Architekten Routine werden. In: Bauwelt 39 Urbane Landwirtschaft, 12. Oktober 2012, S. 20-21
- Oldengott, Martina; Vogt, Christine (2010): Zwischen Kappes und Zypressen – Gartenkunst an Em-scher und Ruhr, Katalog zur Ausstellung in Oberhausen
- Planergruppe Oberhausen (1982): Türkische Gärten im Ruhrgebiet. Analysen und Beobachtungen zum Thema „Freiraumansprüche der türkischen Bewohner des Ruhrgebietes“ im Auftrag des KVR, Essen
- Polinna, Cordelia (2013): Wer plant die Stadt? Wer baut die Stadt? In: Garten + Landschaft, August 2013
- Rasper, Martin (2012): Vom Gärtnern in der Stadt. Die neue Landlust zwischen Beton und Asphalt. Oekom Verlag, München
- Reimers, Brita (Hg.) (2010): Gärten und Politik. Vom Kultivieren der Erde. Oekom Verlag, München
- RESET gemeinnützige Stiftungs-GmbH (Hg.) (2012): „Urban Gardening – Eine andere Welt ist pflanzbar“, in: RESET – For a better world: http://reset.to/knowledge/urban-gardening-eine-andere-welt-ist-pflanzbar?gclid=CJvlzajqurMCFUW_zAodSDQAEg am 06. November 2012
- Reynolds, Richard (2010): Guerilla Gardening. Ein Botanisches Manifest. 2. Auflage 2010. orange-press.com
- Ritscher, Axel (2014): „Wie die Guerilla-Gärtner illegal Städte verschönern“. In: Die Welt vom 21.07.14: <http://www.welt.de/130397998>
- Rosol, Marit (2006): Gemeinschaftsgärten in Berlin. Eine qualitative Untersuchung zu Potenzialen und Risiken bürgerschaftlichen Engagements im Grünflächenbereich vor dem Hintergrund des Wandels von Staat und Planung. Dissertation Humboldt-Universität zu Berlin
- Schwerzmann, Laura (Hg.) (2013): Kleingärten. Traditionelle und neue Formen des gemeinschaftlichen Gärtnerns im städtischen Umfeld. Institut für Geschichte und Theorie der Landschaftsarchitektur Hochschule Rapperswil
- Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Berlin (Hg.) (2007): Urban Pioneers. Jovis Verlag, Berlin
- Stevens, Miller; Voigt, Christian (Stadt Land Fluss) (2007): Spielfeld Zwischennutzung – Regelwerke und Instrumentarium in Bewegung. In: Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Berlin (Hg.): Urban Pioneers. Jovis Verlag, Berlin
- Stierand, Philip (2010): Was sind Gemeinschaftsgärten? In: <http://speiseraeume.de/faq-gemeinschaftsgaerten/> (Stand: 30. Oktober 2013)
- Stierand, Philipp (2012a): „Was leistet die urbane Landwirtschaft für die Stadt? Vier Stichworte“. In: <http://speiseraeume.de/stadternaehrungsplanung/> (Stand: 06. November 2012)
- Stierand, Philipp (2012b): Den Städtern aufs Dach steigen: Gebäudeintegrierte Landwirtschaft. In: <http://speiseraeume.de/gebaeudeintegrierte-landwirtschaft/> (Stand: 06. November 2012)
- Stiftung Interkultur (o. J.): www.stiftung-interkultur.de/ (Stand: 14. August 2012)
- Tessin, Wulf (2004): Freiraum und Verhalten. Soziologische Aspekte der Nutzung und Planung städtischer Freiräume. Eine Einführung. Wiesbaden
- Thomma, Norbert (2011): Robert Shaw: früher Regisseur und Videokünstler, heute Gärtner. SZ-Magazin, Heft 48/2011

- Überall, Daniel; Stiftungsgemeinschaft anstiftung & ertomis gemeinnützige GmbH (V.i.S.d.P.) (2014): Urban Gardening Manifest (2014) In: www.urbangardeningmanifest.de (Stand: 11. September 2014)
- Weber, Ulrike (2012): Essbares Andernach. In: Urbane Landwirtschaft. Bauwelt 39, 103. Jg. 12. Oktober 2012, S. 28-29
- Wiggerhaus, Rolf (2001): Garten und Park der Gegenwart. In: Die Geschichte der Gärten und Parks, Insel Verlag, Frankfurt, S. 292-306
- Wollersheim, Birgit (1994): Mietergärten in sozial benachteiligten Stadtteilen, ein Mittel und Weg in der Sozialarbeit, um soziale Beziehungen und Strukturen zu verändern. Diplomarbeit, Katholische FH Köln
- Zöch, Peter (2011): Kraut und Rüben. In: Garten+Landschaft-Blog (gepostet: 09. November 2011)

Abbildungsverzeichnis

Wenn nicht anders angegeben, alle Abbildungen und Grafiken: stadtforschen.de

Abbildung 1: Projektablauf	16
Abbildung 2: Fachwerkstatt in Potsdam, 25. September 2013	16
Abbildung 3: Community Garden in New York City	19
Abbildung 4: Gärten in der Stadt	20
Abbildung 5: In Andernach wächst Gemüse im Schlossgraben.	24
Abbildung 6: Fallstudienauswahl (Grafik: BBSR)	34
Abbildung 7: Essen-Katernberg: Direkt neben einem etablierten Kleigartenverein gärtner eine interkulturelle, „bunte“ Gemeinschaft im Garten „Bunte Gärten Alte Kirchstraße e.V.“	36
Abbildung 8: München-Neuperlach: Die Beliebtheit des Projektes macht deutlich, dass es das richtige Angebot am richtigen Ort ist.	38
Abbildung 9: Potsdam-Schlaatz: Der internationale und interkulturelle Gemeinschaftsgarten am Schlaatz ist im Laufe der Jahre zu einem wichtigen Stadtteilzentrum im Quartier geworden.	39
Abbildung 10: Leipzig-Lindenau: Absprache auf einfache, aber effektive Weise	41
Abbildung 11: Marburg-Stadtwald: Wohnumfeld-Verbesserungen entwickelten sich weiter und ließen letztlich den beliebten interkulturellen Gemeinschaftsgarten entstehen.	43
Abbildung 12: Berlin-Neukölln: Ehrenamtliches Engagement junger Menschen ließ aus einer vermüllten Baulücke einen sozial-integrativen Garten entstehen.	44
Abbildung 13: Hannover-Sahlkamp: Erfolg ernten: Zum Höhepunkt der Gartensaison genießen die Gärtnerinnen und Gärtner die Früchte ihrer Arbeit.	46
Abbildung 14: Nachbarschaftsgarten Prachttomate in Berlin-Neukölln	53
Abbildung 15: Grüne Oase inmitten der Großstadt	63
Abbildung 16: Gemeinsam gärtnern und auf eigenen Parzellen	65
Abbildung 17: Gemeinschaftsgarten statt Tiefgaragentristesse	67
Abbildung 18: Nachbarschaftsgarten statt Brache	69
Abbildung 19: Gemeinschaftsort zwischen Siedlung und Landschaftsraum	71
Abbildung 20: Bewohnergärten am Rand einer Großwohnsiedlung	73
Abbildung 21: Lebendiges „Draußen-Stadtteilzentrum“	75